



Politische Berichte

Nummer 15 / 13. Jahrgang

17. Juli 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Weitere Einschränkung von Grundrechten unter dem Vorwand der Bekämpfung organisierter Kriminalität

Anfang Juni verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität“ (OrgKG) mit einschneidenden Änderungen u. a. der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuchs. Zentrale Punkte dieses Gesetzes sind:

1. **Rasterfahndung.** Bei Ermittlungen bis in die sog. „mittlere Kriminalität“ hinein darf die Polizei künftig „personenbezogene Daten von Personen, die bestimmte auf den Täter vermutlich zutreffende Prüfungsmerkmale erfüllen“, mit anderen Daten maschinell „abgleichen“. Sozialversicherungsträger und sonstige Stellen, die personenbezogene Daten speichern, sollen für diesen Zweck herangezogen werden, ohne daß die Betroffenen davon etwas erfahren.

2. **Einsatz verdeckter Ermittler.** Der Einsatz solcher verdeckter polizeilicher Ermittler soll nicht nur weit über den Bereich der sog. „organisierten Kriminalität“ hinaus ausgedehnt werden. Sie sollen auch, „soweit es für den Aufbau oder die Aufrechterhaltung der Legende unerlässlich ist“, falsche Urkunden erhalten und einsetzen dürfen. Die Identität dieser Ermittler soll auch nach Beendigung des Einsatzes geheim bleiben. Bei den Staatsanwaltschaften soll die doppelte Aktenführung diese Geheimhaltung ermöglichen, d. h. es soll Akten geben, die nicht zu den Gerichtsakten und damit auch nicht zu Verteidigern und Angeklagten gelangen.

3. **Vermögensstrafe.** Bei einigen Delikten und bei Freiheitsstrafe ab zwei Jahren ist in Zukunft die vollständige Einziehung des Vermögens des Beschuldigten möglich — ein „radikaler Bruch mit dem traditionellen und rechtsstaatlich bewährten Schuldstrafrecht“, wie die Baden-Württembergische Strafverteidiger e. V. und der Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen in einem kurz vor Verabschiedung des OrgKG veröffentlichten Flugblatt schreiben (1). Nur zwischen 1934 und 1945 hat eine ähnliche Bestimmung existiert, die auf Existenzvernichtung des Beschuldigten zielt.

4. **Geldwische-Straftatbestand.** Danach soll schon bestraft werden, wer „leichtfertig nicht erkennt“, daß ein Vermögensgegenstand aus bestimmten Straftaten stammt. Wer beispielsweise mehr als 30000 DM in bar bei einer Bank einlegt, dem kann es passieren, daß er polizeilichen Ermittlungen ausgesetzt wird. Die Banken sollen unter be-

Das BKA verlangt weitere Aufrüstung der Polizei

stimmten Umständen dazu verpflichtet werden können, Daten über Personen zu sammeln, die derartige Geldbeträge einzahlen.

Um dieses Gesetz — dem auch die SPD zugestimmt hat — über die Bühne zu bekommen, wurde wieder einmal das Schreckensgemälde der sog. „organisierten Kriminalität“ von führenden Politikern der Regierung, besonders aber von Polizeiführern wie dem Präsidenten des Bundeskriminalamts, Zachert, an die Wand gemalt. Immer wenn es um die Aufrüstung des Polizei- und sonstigen Staatsapparates ging, wurde in diesem Zusammenhang „der Schutz von Sicherheit und damit Freiheit rechtstreuer Bürger“ (so die FAZ am 17.2.1978 im Zusammenhang mit Gesetzesvorhaben gegen den „internationalen Terrorismus“) gegen Rechtsbrecher bemüht. Ein angebliches Grundrecht „rechts-treuer Bürger“ auf Sicherheit vor Kriminalität und damit verbunden die Konstruktion des Staates als Träger einer materiellen Wertidee „Gerechtigkeit“ sollen dafür herhalten. Auch jetzt bemüht BKA-Präsident Zachert dieses Konstrukt: „Wir müssen wegkommen, nur immer den Täterschutz im Auge zu haben. Wir sind ja auch Opfer und als Opfer haben wir auch Anspruch auf Sicherheit und Bewahrung vor Rechtsbruch“ (2), meint er und fordert über das verabschiedete Gesetz hinaus den

sog. „Großen Lauschangriff“, d. h. die Befugnis für die Polizei, ohne Wissen des Betroffenen oder in einigen Fällen auch Nichtverdächtiger Wanzen und Richtmikrophone z. B. in dessen Wohnung unterzubringen, dessen Telefon abzuheben usw.

Dabei geben selbst Experten des BKA zu, daß durch eine wie auch immer gear-tete Aufrüstung der Polizei den Phänomenen der sog. „organisierten Kriminalität“ nicht beizukommen ist, weil „die Strukturen organisierter Kriminalität in der BRD so wenig hierarchisch festgelegt, so wechselnd und flexibel und in einem solchen Umfang mit den Strukturen legaler Wirtschaftsmacht verwoben und darüber hinaus ... in einem solchen Umfang durch komplexe soziale und politische Zusammenhänge bedingt“ sind. Darüber hinaus kam es schon in den letzten Jahren zu einer immer weiteren Verstrickung staatlicher Stellen in Kriminalität. Z. B. „ist in Bayern im Zeitraum von Dezember 1988 bis Anfang 1991 Kokain in einer Gesamtmenge von ca. einer Tonne (!) auf Veranlassung eines privaten V-Manns und eines verdeckten Ermittlers als Lockspitzel des LKA Bayern in die BRD eingeschleust worden, was ca. 25 % der Menge entspricht, die insgesamt in diesem Zeitraum in der BRD sichergestellt worden ist“ (1). Und nicht zuletzt zeigen die Erfahrungen in den USA, daß der Einsatz verdeckter

Ermittler z. B. zur Bekämpfung der Drogenkriminalität völlig ungeeignet ist, worauf selbst der US-Wirtschaftsliberale Milton Friedman in einem Interview im „Spiegel“ hinwies (3). Statt z. B. im Drogenbereich immer weiter zu kriminalisieren, fordern die Strafverteidiger-vereinigungen, aber auch andere eine Entkriminalisierung in diesem Bereich sowie andererseits strikte Ausfuhrbeschränkungen für Drogenrohstoffe.

Alle Strafverteidigerorganisationen, der Deutsche Anwaltverein, auch Richter und Staatsanwälte u. a. warnen im Zusammenhang mit dem OrgKG vor immer weiteren Eingriffen in die Grundrechte (für den Großen Lauschangriff z. B. ist die faktische Beseitigung des Rechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung erforderlich, Art. 13 GG), besonders auch in Beschuldigtenrechte. Sie verweisen auf den Zusammenhang solcher Vorhaben mit den Plänen einer Zentralisierung polizeilicher Strukturen innerhalb der EG (Schengener Abkommen und andere Vorhaben). Im Herbst wird erneut die Einführung des „Großen Lauschangriffs“ zur Debatte stehen.

Quellenhinweis: (1) Baden-Württembergische Strafverteidiger/Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, Unter falscher Flagge. Kein wirksames Mittel gegen organisierte Kriminalität — aber Gefahr für den Rechtsstaat (Flugblatt); (2) Frankfurter Rundschau vom 30.6.1992 (3) Spiegel Nr. 14/1992 — (ulb)

Anschlußgebiet: Weiterhin Vernichtung der Industrie

Nachdem bereits 1991 die Zahl der Industriebeschäftigten in der früheren DDR um fast eine Million auf 1,1 Millionen fast halbiert worden ist, soll 1992 die Deindustrialisierung des Annexionsgebietes zügig weitergehen. Das Münchner Ifo-Institut hat zusammen mit dem „Institut für Wirtschaftsforschung“ in Halle bei einer Umfrage bei 733 Betrieben festgestellt, daß diese 1992 weitere ca. 300000 Stellen abbauen wollen. Von den 1990 2,1 Millionen Industriebeschäftigten in der DDR wären nach diesen Plänen Ende 1992 noch etwa 800000 übrig — weniger als 40 %. Schwerpunkte der Entlassungswellen in diesem Jahr sollen die Textil- und Bekleidungsindustrie sein und — quer durch alle Branchen — weiterhin die sogenannten „Verwaltungsbereiche“. 80 Prozent der befragten Betriebe rechnen dabei insbesondere mit einem weiteren Rückgang der Frauenbeschäftigung.

Quelle: Handelsblatt, 10./11.7. — (rü)

Protestaktionen nach Mord an jugoslawischem Arbeiter

Sieben Neonazis, zwei einschlägig vorbestraft und als „Rädelführer“ bekannt, überfielen in der Nacht zum 8. Juli im Kemnat (Landkreis Esslingen) das Arbeiterwohnheim einer Stuttgarter Baufirma. Sie schlugen brutal auf zwei schlafende Männer ein, ein 55-jähriger Arbeiter aus Kosovo starb, sein 46-jähriger Kollege ist schwer verletzt. Die IG Medien, das Antifa-Plenum Stuttgart u. a. riefen zu einer Trauer- und Protestdemonstration in Kemnat am 11. Juli auf, an der 200 bis 300 Menschen teilnahmen. Der AK Asyl sammelt Unterschriften und Spenden für eine Traueranzeige in der örtlichen Presse. Für den 25. Juli wird erneut eine Demonstration vorbereitet. — (evc)

CDU-Programm: Schulzeit kürzer, weniger Kindergeld

Die CDU-Programmkommission unter ihrem Vorsitzenden Reinhard Göhner hat den zweiten Zwischenbericht über ihre Arbeit zur Entwicklung eines neuen CDU-Grundsatzprogramms vorgelegt. Ziel ist, 1994 ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden. Das bestehende Grundsatzprogramm war von einer Kommission unter dem Vorsitz des heutigen Bundespräsidenten von Weizsäcker erstellt und 1978 verabschiedet worden. Kernpunkte des zweiten Zwischenberichts: Der neue Programmpunkt „Gleichheit“, so Göhner, dürfe auf keinen Fall mit „Gleichmacherei“ verwechselt werden; die Schulzeit solle verkürzt werden, das Kindergeld „einkommensabhängig“ gezahlt werden. Bei der Sozialpolitik gelte künftig der Grundsatz „Umbau“ statt Ausbau, die geplante Pflegeversicherung sei dafür ein „Musterbeispiel“. — (rü)

CDU-Rechte formieren sich

Der baden-württembergische Finanzminister und CDU-Kreisvorsitzende in Stuttgart, Mayer-Vorfelder, lud zu einem „konservativen Gesprächskreis“ ein, an dem dann über 60 CDU-Mitglieder, darunter einige Stadträte teilnahmen. Der ebenfalls aus Baden-Württemberg stammende CDU-Bundestagsabgeordnete Claus Jäger wirbt für ein bundesweites „christlich-konservatives Konrad-Adenauer-Forum“, nach seinen Angaben unterstützen ihn weitere Parlamentarier. Der CDU-Landesvorstand mißbilligt alles; die Presse berichtet breit. Über das Ziel, das die CDU-Rechte zusammenbringt, herrscht dagegen verdecktes Schweigen; die Versammlung war nicht öffentlich. Bekannt ist jedoch, daß genau dieselben Leute, die jetzt in Stuttgart die Gründung des „konservativen Gesprächskreises“ betreiben, die Gemeinderatsfraktion der CDU dazu nötigen wollten, eine Zusammenarbeit mit dem Rep anzustreben. Ein Beschluß in dieser Richtung wurde nur durch die Rücktrittsdrohung jüngerer CDU-Stadträte verhindert. — (alk)

Kriegshetze für BRD-Intervention

Mit dieser Schlagzeile meldete „Bild“ am 13. Juli, worüber das Bundeskabinett erst zwei Tage später, am Mittwoch, beschließen sollte: Der Zerstörer „Bayern“ (Bild) habe Befehl erhalten, Kurs auf die Adria zu nehmen. Und: Kommandeur des NATO-Flottenverbandes sei ein türkischer Kapitän. Wer hat hier einen Spannungsfall festgestellt? Oder gar den Kriegsfall? Egal: „Kurs Adria!“ — (rü)



Neue Angriffe auf Asylbewerber

Was tun die Asylgruppen und Flüchtlingsräte?

Kaum war am 1. Juli das neue Asylverfahrensgesetz in Kraft, werden weitere Maßnahmen gegen Asylbewerber ausdowert. Innenminister Seifers verkündete umgehend, daß sich im ersten Halbjahr die Flüchtlingszahlen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hätten. Wohl wissend, daß 72415 von den 187455 Flüchtlingen aus Jugoslawien, also aus Bürgerkriegsgebiet stammen und nach der Genfer Konvention aufenthaltsberechtigt sind, behauptete er, die Steigerung sei auf eine Zuwanderung „aus wirtschaftlichen Gründen“ zurückzuführen. „Aufwendige Prüfungsverfahren mit einem vorläufigen Bleiberecht und Sozialhilfeansprüchen könne man nicht mehr bewältigen“. Dies war eine Aufforderung, sich weiterer Grausamkeiten gegen die Flüchtlinge nicht mehr länger zu enthalten. Bekanntlich liegen in den Ausschüssen noch Anträge wie z. B. aus Baden-Württemberg, Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfe-recht auszuschließen, um die Sozialhil-fesätze für Flüchtlinge um bis zu 20 %

pauschal kürzen zu können. Und ausgerechnet Engholms Sozialminister in Kiel, Günter Jansen (SPD), der durch einen hinterlistigen „Zählappell“ sich einen Namen und 20 % aller Asylbewerber, die sich nicht kurzfristig meldeten, zu kriminellen Sozialhilfebetrügnern gemacht hatte, glaubt, einen weiteren Dreh gefunden zu haben, um Polizeigewalt und Behördenwillkür gegenüber den Flüchtlingen ausdehnen zu können. Alle diejenigen, die behaupten, keinen Paß bei sich zu haben, seiner Ansicht nach 87 % aller Flüchtlinge, sollen sich einer Leibesvisitation unterziehen müssen. Nach einem Bericht der Welt vom 6.7.92 herrsche unter den Parteien auch bereits Einigkeit darüber, daß für straffällig gewordene Asylbewerber weitere Sanktionen, wie Ausschuß aus dem Asylverfahren und schnelle Abschiebung gefunden werden müßten. Was viele Asylgruppen und Flüchtlingsräte befürchtet hatten, daß mit den Lagern eine unkontrollierbare Grauzone, ein rechtsfreier Raum geschaffen würde,

zeichnet sich bereits ab. Für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das nach dem neuen Asyl-gesetz über die Asylanträge entscheidet, ist das Kriterium für „offenkundig unbedrängte“ Anträge eine Anerkennungs-quote von unter 1 %. Die mit einer Grundgesetzänderung geplanten Län-derlisten werden so vorweggenommen.

Die Asylinitiativen und Flüchtlingsrä-te kämpfen gegenwärtig darum, durch die Lager nicht von den Flüchtlingen isoliert zu werden. In Baden-Württem-berg haben die Wohlfahrtsverbände die Sozialbetreuung in den Lagern gekün-digt, weil eine Mindestversorgung nicht mehr gewährleistet sei, was jedoch von den Asylgruppen kritisiert wurde. Zu-sammen mit Kirchen und Wohlfahrts-verbänden soll ein Rechtsberatungsnetz aufgebaut werden. Gemeinderäte und Parlamentarier will man zu Besuchen in den Lagern bewegen, um sie mit den Zu-ständen dort zu konfrontieren. Gegen das neue Asylgesetz soll Verfassungsbe-schwerde eingelegt werden. — (rac)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Autobahngebühr

Noch vor Verabschiedung des neuen „Verkehrswegeplans“ und des Privatisierungskonzepts für die Reichsbahn/Bundesbahn hat Bundesverkehrsminister Krause gleich mehrere Steuer- und Gebührenanhebungen angekündigt. So überlege man eine Anhebung der Mineralölsteuer um 30 Pfennig je Liter und mehr sowie die Einführung von Autobahngebühren zwischen 200 und 400 DM im Jahr. Ohne solche Mehreinnahmen sei weder die Bahnprivatisierung noch der Bau neuer Autobahnen und Schnellzugtrassen finanzierbar. Insgesamt müßten die Kosten für den Betrieb eines Autos um 30% erhöht werden. Vom Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel ist dabei keine Rede.

Bahn privat

„Das einschneidendste Ereignis deutscher Eisenbahngeschichte“ preist die Welt die Beschlüsse des Kabinetts zur Privatisierung der Bahn. Geplant ist eine „Deutsche Eisenbahn AG“, die drei Untergesellschaften kontrolliert: Fahrwege, Personenbeförderung und Gütertransport. Später sollen private Aktionäre einsteigen. Dafür sind eine Änderung des Grundgesetzes und mehrere Gesetzesänderungen nötig. Verbunden damit ist eine nochmalige Reduzierung der Belegschaft von 426 000 auf 285 000 Personen. Zugleich kursieren wilde Zahlen über die angebliche „Entlastung“ des Bundes durch die Privatisierung. 105 Mrd. DM werde der Bund in zehn Jahren „sparen“, weil die Zuschüsse für die Bahn statt 510 Mrd. DM „nur noch“ 405 Mrd. DM betrügen. Die „Altschulden“ soll sowieso der Bund übernehmen. Wenn der Plan aufgeht, bekämen private Aktionäre eine mit enormen Steuern „sanierte“ Bahn.

Waffenbrüderschaft ungetrübt

Nach dem Besuch von Bundesaußenminister Kinkel in Ankara und der Wiederaufnahme bundesdeutscher Waffenlieferungen stehe einem Besuch von Kanzler Kohl in der Türkei im Herbst nichts mehr im Wege, heißt es in der Presse. Bei den Waffenlieferungen soll die türkische Seite zynisch zugesichert haben, deutsche Waffen nur zur Landesverteidigung einzusetzen. Von Wiederherstellung der Menschenrechte, Aufhebung des Ausnahmezustands oder irgend einer politischen Konzession an die kurdische Bevölkerung keine Spur. Vor Kinkel waren die Chefs des BRD-Verfassungsschutzes und des BND beim türkischen Geheimdienst MIT, um die Zusammenarbeit gegen den kurdischen Befreiungskampf zu verstärken. Nach dem Kinkelbesuch meldete die Welt: In Bonn werde ein Verbot der PKK erwogen, dies „stoße allerdings auf rechtliche Hindernisse“ (14.7.).

Airbus spottbillig an Daimler

Ein „außerordentlich erfreulicher Ab-

schluß der Bonner Luftfahrtindustrie-Politik“ sei die Verschenkung der letzten 20 Prozent Anteile der Bundesregierung an der Deutschen Airbus GmbH in Hamburg an den Daimler-Benz-Konzern, hat der Bonner CSU-Staatssekretär Riedl behauptet. Deutlicher kann man Konzern-Bereicherung als Staatsziel nicht beschreiben. Denn die Airbus GmbH schreibt nach jahrelanger Staatsförderung „schwarze Zahlen“, ist hochprofitabel. 421 Mio. DM Gewinne allein letztes Jahr. Weitere Milliardenaufträge sichern, so die Geschäftsleitung, auch in den nächsten Jahren „schwarze Zahlen“. Kein Wunder, daß Daimler zugriff, als Bonn seinen Anteil nun zum Geschenk anbot.

Zinssteuer schont Reiche

„Das wichtigste Ergebnis“ bei dem Kompromiß zwischen Bundestag und Bundesrat über die neue Zinssteuer sei, „daß das Bankgeheimnis nicht aufgebrochen wird“, berichtet die Welt über Reaktionen „aus Bankenkreisen“ über das neue Gesetz. Mit anderen Worten: Kontrollen über die wirklichen Vermögen und Zinserträge der Reichen wird es auch in Zukunft nicht geben. Weitere Ergebnisse des „Kompromisses“: Statt 25 Prozent sollen nun 30 Prozent Zinssteuer erhoben werden, was die Einnahmen von Bund und Ländern steigert. Versteuert werden Zinserträge über 6000 DM im Jahr (Alleinstehende) bzw. 12000 DM (Verheiratete). Die vom Bundestag in das Gesetz eingebaute Vierzehnfachung der Freibeträge bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer (jeweils von bisher 10000 auf künftig 100000 DM) ist gestrichen.

Wolgarepublik endlich „deutsch“?

Kaum hat die Bundesregierung ihren Vertrag mit Rußland über die „Wieder“-Ansiedlung von „Rußlanddeutschen“ in einer „deutschen Wolgarepublik“ unterzeichnet, da weitet sie ihre Einmischungen in russische Angelegenheiten weiter aus. „In den Hauptsiedlungsgebieten der Rußlanddeutschen sollen Kontaktstellen der Bundesregierung eingerichtet werden“, kündigte Staatssekretär Waffenschmidt nach seinem Rußland-Besuch am 12. Juli an. Man habe entdeckt, daß örtliche Unternehmer mit Boden, auf dem „Deutsche“ angesiedelt werden sollten, Spekulation betrieben. Das „dürfe keinesfalls geduldet werden“ (alle Zitate aus: FAZ, 13.7.). Offenbar soll auch die Bodenspekulation „Deutschen“ vorbehalten werden. So schürt die Bundesregierung mit Staatsmitteln Nationalitätenkonflikte in der früheren UdSSR.

Was kommt demnächst?

Am 16. Juli reist Kanzler Kohl zu einem Besuch nach Oslo. Am gleichen Tag berät der Zentralbankrat der Bundesbank zum letzten Mal vor seiner „Sommerpause“ über die Geld- und Zinspolitik. Bundestag und Bundesrat sind bereits in der „Sommerpause“. Diese endet Anfang September. Erster Beratungspunkt des Bundestags im Herbst wird dann der Bundeshaushalt 1993 sein.

„Wiedervereinigung führte bis jetzt nur zu Koalitionen des Negativen“

Halt! Bis hierhin und nicht weiter, hatte der Kölner Kardinal Meisner gerufen, als ein Teil der CDU-Bundestagsfraktion in der Frage des Abtreibungsparagraphen 218 einer begrenzten Fristenregelung zustimmte. Der Kardinal sieht sich am Kreuzweg (siehe dazu die dokumentierten Interviewauszüge).

Da die katholischen Kirchengesetze nicht unisono von der CDU als staatliche Zwangsgesetze beschlossen wurden, spricht der Kardinal der CDU das Recht ab, sich weiter „christlich“ zu nennen, und folgert dann: Entweder muß die CSU, die er für noch christlich verbunden ansieht, bundesweit wählbar werden, oder die Christen müssen eine neue Partei aufbauen und charismatische Politiker müssen tätig werden. Die angesprochenen Politiker antworteten zügig. In den Tageszeitungen war zu lesen, daß sich verschiedenenorts christliche Politiker getroffen hätten und die Arbeit in Arbeitskreisen organisiert aufnehmen wollten. Sie treten dafür ein, daß konservativ-christliche Werte in der Politik gestärkt werden. Das wird dem Kardinal nicht reichen, denn er wies im Interview den Gedanken an eine klerikal festgelegte Partei, wie das frühere Zentrum, nicht zurück. Aber ein Beginn sind diese neuen Arbeitskreise schon. Sie passen in den Versuch, die politische Willensbildung in der neuen großen Bundesrepublik Deutschland in Richtung einer nationalistisch autoritären Entwicklung zu drücken. Ein Geruch drängt sich auf. Die neubraunen Republikaner scheinen in der Nähe zu sein.

Warum nahm Kardinal Meisner den Streit um den § 218 als Ausgangspunkt für seine Forderung nach einer neuen christlichen Partei? Er sieht die Anbindung der Menschen an christliche Religion und Kirche im Wesen geschwächt. Denn der göttliche und kirchliche Zugriff auf die Sexualität des einzelnen Menschen und auf die Kinderzeugung ist eine wichtige kirchliche Fessel gegen ein verantwortlich durch die Menschen allein bestimmtes Leben. Das katholische verbindliche Lehramt legt fest, daß Sexualität und Kinderzeugung „Teilnahme an Gottes schöpferischem Wirken“ ist (siehe dazu die Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“ (Freude und Hoffnung), Abschnitt 50 und 51, aus dem Jahr 1965). Liebende sind nur Mitwirkende eines Schöpfers und daher den göttlichen Gesetzen in der verbindlichen Auslegung der katholischen Kirche unterworfen. Diese Fessel will der Kardinal Meisner straff halten mit dem Mittel der staatlichen Gerichte und Gefängnisse, für alle Staatsbürger, ob Kirchenmitglieder oder nicht. Eine gesellschaftliche Emanzipation der abhängig Gehaltene ist aber verbunden mit der Lösung dieser Sorte sexueller Fremdbestimmung. Der Kardinal und die anderen konservativen und reaktionären Kräfte

haben hier Schulterschluß.

Der Kardinal reagiert mit seiner Feststellung der „Koalitionen des Negativen“ nach der Einverleibung der DDR auf die reale Schwächung des Einflusses der katholischen Kirche im jetzigen 80-Millionen-Staat BRD. Der Prozentanteil der Katholiken in der heutigen Bundesrepublik Deutschland ist deutlich geringer als in der früheren BRD, weil von den 16 Millionen Bewohnern der DDR nur ein geringer Prozentsatz in der katholischen Kirche Mitglied war.

Umso mehr fordert Kardinal Meisner ein „Querlegen gegen den Zeitgeist“. Gegen welchen Zeitgeist eigentlich tritt Meisner auf? Einige Tage, nachdem die Bundeswehrführung im Januar ihre Forderung nach weltweitem Einsatz der Bundeswehr, um z.B. den weltweiten Zugang zu den Rohstoffen für die bundesdeutsche Industrie freizuschließen, in einem Planungspapier veröffentlicht hatte, predigte der Kardinal Meisner im Kölner Dom zum internationalen Soldatentag. Er forderte vor den versammelten Soldaten: Die Bundeswehr muß endlich weltweit eingesetzt werden gegen das Böse in der Welt.

Der sich zum Lebensschützer stilisiert, steht an der Seite derer, die weltweit die Massentötung der Feinde der deutschen Industrie vorbereiten. Kein Gegensatz? Für den Kardinal nicht. — (gba)

Auszüge aus Interviews des Kardinals Meisner

1. Aus: „Die Kirche wird sich immer querlegen“, Weltbild, 12. 6. 1992

„In der sogenannten Wohlstandsgesellschaft neigt der Mensch dazu, auch das Gottesbild seinem Wohlstandsdenken anzupassen. Dieser Gott darf nur noch gütig und lieb sein zu allen Menschen. Und es soll ihm gleichgültig sein, wie die Menschen leben, wenn sie nur nicht gegen die vom Zeitgeist heiliggesprochenen Idole, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, angehen ...

Die Kirche ist nicht geboren von dieser Welt, sondern sie ist geboren aus Gott, aber sie ist geboren in diese Welt. Darum ist die Kirche immer die Alternative zum jeweiligen Zeitgeist. Sie wird sich immer querlegen ...

Ich habe die Kirche nie anders erlebt, als daß der Wind ihr ins Gesicht geblasen hat ... Denken Sie daran, daß unser Firmenschild das Kreuz ist. Es erschreckt mich nur, daß unsere eigenen Leute so verführbar sind, daß sie diesen Gegenwind nicht gewöhnt sind. Das wird meines Erachtens deutlich in der sogenannten christlichen Partei. Es geht in der Diskussion um den Paragraphen 218. Diese Partei erträgt es auch nicht, nonkonform zum Zeitgeist zu leben, sondern sie macht in einer fundamentalen christlichen Frage, wo es nicht um Nuancen von Schrifterklärung geht,

sondern wo es buchstäblich um Tod und Leben geht, gleichsam Anpassungen an den Zeitgeist. Sie verläßt die christliche Nonkonformität, um in eine weltliche Konformität zu gelangen. Damit verliert sie das Recht, das „C“ noch weiter zu benutzen ...

Deswegen will ich der Partei sagen: Wenn sie meint, sie findet keine Mehrheiten mehr in den typisch christlichen Grundüberzeugungen, dann soll sie sich aber auch anders nennen. Dann müßten Christen versuchen, eventuell eine neue Partei zu gründen. Es gibt ja eine andere Partei, die sich christlich nennt, die ist bloß nicht überall wählbar, die zeigt meines Erachtens viel stärker Flagge im Hinblick auf das Evangelium.“

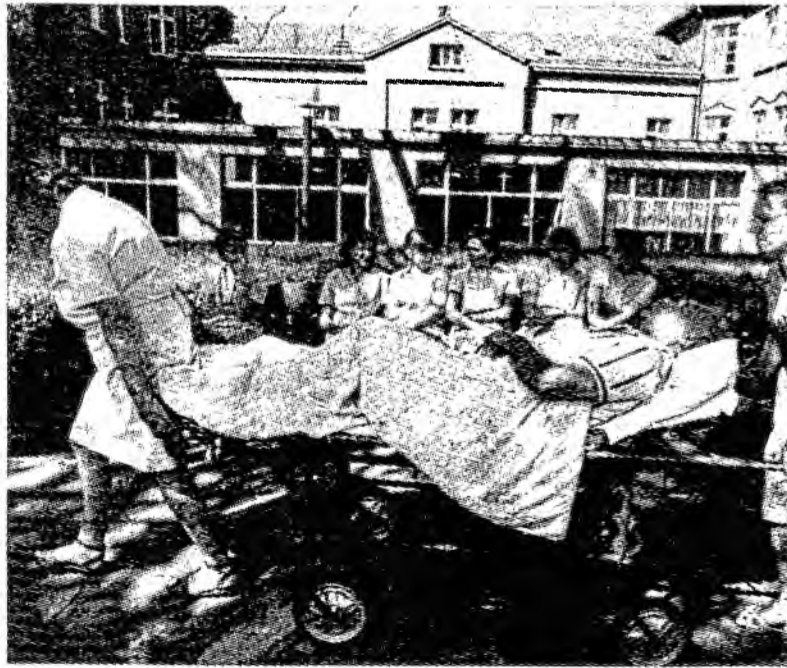
2. Aus: „Wir befinden uns im offenen Kulturkampf“, Deutsche Tagespost, 20. 6. 1992

„Unsere Welt stellt sich dar als eine ‚homonisierte‘ Welt, quasi als eine Schöpfung des Menschen ... In einer solchen Welt tritt Gott notgedrungen in den Hintergrund und der Mensch nimmt die Rolle Gottes ein. Das hat natürlich immense Folgen für den Menschen, weil der Mensch nicht sein eigenes Maß sein kann. Nur Gott ist das Maß des Menschen, nur Gott ist wirklich menschlich. Und aus dieser geistigen Grundbefindlichkeit resultiert der miserable geistige Zustand, in dem sich unser Volk heute vorfindet ... Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes hat dazu geführt, daß zwischen Ost und West bis jetzt nur Koalitionen des Negativen geschlossen werden ... Ganz typisch wird das manifest bei der Debatte um die Novellierung des Paragraphen 218. Hier haben sich die Kräfte der Libertinage verbunden mit dem ganzen atheistischen und nihilistischen Potential der ehemaligen DDR, für die das überhaupt keine Frage war. Diese Liberalisierungstendenzen haben im Westen eine ungeheure Schubkraft erhalten ... Das sieht man nicht nur an der Problematik des Paragraphen 218, sondern auch an der Zahl der Kirchenaustritte ...

(Frage:) ... wird an dieser Frage eine Bruchstelle der Unionsparteien offenbar? (Meisner:) Wenn das menschliche Grundrecht des Evangeliums, das Recht auf Leben, von einer christlichen Partei derart relativiert wird, bin ich persönlich als Christ und als Bischof an einem Kreuzweg angelangt ...

(Frage:) Denken Sie an die Neuaufgabe einer Partei wie das Zentrum? (Meisner:) ... Noch einmal: Das ist die Aufgabe der Laien, die auch das entsprechende Charisma dafür haben. Natürlich können wir Kleriker den Politikern mit Rat zur Seite stehen ...

(Frage:) Befinden wir uns nicht schon in einem schleichenden Kulturkampf? (Meisner:) Ich würde gar nicht sagen, einen ‚schleichenden‘ Kulturkampf, sondern einen ganz offenen.“



Eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im Renten- und Sozialrecht hat das Bundesverfassungsgericht verlangt. Die Forderung ist in einer Entscheidung enthalten, mit der das Gericht die Beschränkung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht auf Frauen, die nach 1921 geboren wurden, trotz Klagen gebilligt hatte (Az.: 1 BvL 51/86 und 50/87, 1 BvR 873/90 und 761/91). Kindererziehung müsse als „gesellschaftliche Aufgabe“ anerkannt werden. Die Richter ließen offen, ob die durch Prämien für Kinderaufzucht oder durch Strafen für Kinderlosigkeit geschehen muß. Arbeitsminister Blum will noch über Konsequenzen nachdenken. Einer Anhebung von Renten baute er schon vor, indem er kritisierte, höhere Renten für Personen mit Kindern würden Personen mit höheren Einkommen (die sich Kinder leisten können) begünstigen.

Statt Jäger 90 mobiles Jagdflugzeug für neue Aufgaben

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, war zufrieden. Die Bundesregierung sowie die Fraktionen von CDU/CSU und FDP hatten Anfang Juli beschlossen, nicht ersatzlos aus dem Jäger-90-Programm auszusteigen, sondern mit den noch zur Verfügung stehenden Entwicklungsmitteln ein leichteres und in der Produktion billigeres Jagdflugzeug zu planen. Die bisherigen technischen Entwicklungsergebnisse des Jäger 90 sollen in die neue Entwicklung einfließen. Verteidigungsminister Rühe spricht von neuen Verteidigungserfordernissen. Es bestehe nun Bedarf für einen neuen Flugzeugtyp, der mobiler sein müsse als der Jäger 90, nachdem man nicht mehr den Feind in der UdSSR, sondern außerhalb Europas berücksichtigen müsse (Handelsblatt, 7.7.92).

Bereits im Vorfeld der Entscheidung über den Jäger 90 hatten die Militärs ein präzises Anforderungsprofil für ein neues Jagdflugzeug veröffentlicht (Europäische Sicherheit 5/92). Jagdflugzeuge gehören zu den Luftverteidigungskräften, was hauptsächlich bedeutet, die Bodenkraftkräfte, wo auch immer sie ope-

rieren, vor gegnerischen Luftangriffen zu schützen. Die Militärs brauchen ein Jagdflugzeug, welches Luftverteidigungsaufgaben „insbesondere auch Sofortinsätze im Rahmen des Krisenmanagements“ wirkungsvoll wahrnimmt; gefordert sind daher Eigenschaften wie „hohe Agilität im Unterschall- und Überschallbereich“, „gute Steig- und Beschleunigungsleistungen“ und „Fähigkeit zum autonomen Einsatz“. Das bisherige Jäger-90-Programm, Planungsbeginn 1984, geht wohl zu sehr von Luftwaffeneinsätzen zur Unterstützung feldzugartiger Heeresoperationen aus und ist für die neuen Anforderungen etwas zu behäbig. Das Argument, der neue Jäger werde billiger, macht die Sache öffentlich verkaufbarer, wird aber in der Presse schon gelegentlich angezweifelt.

Reuter scheint aber nicht bloß deshalb mit der Regierungsentscheidung zufrieden zu sein, weil die Daimler-Tochter Deutsche Aerospace beim neuen Jäger wieder voll im Geschäft ist, sondern auch, weil der Abschied vom Jäger-90-Konzept einen weiteren Konzentrationschub in der europäischen Luft- und

Raumfahrtindustrie bedeutet. Am Jäger 90 sind neben der BRD (33%) Großbritannien (33%), Italien (21%) und Spanien (13%) beteiligt. Das Handelsblatt vom 2.7.92 schreibt: „Die Aufgabe des Jäger 90 könnte zudem für die italienische Flugzeugindustrie das Aus bedeuten und nach Auffassung von Experten für die italienische Industrie insgesamt ein technologisches Waterloo werden“. Ein Festhalten Italiens am Jäger 90 nur noch mit Großbritannien und Spanien würde alle drei Länder und die entsprechenden Luftfahrtkonzerne finanziell stärker belasten, während die zu erwartenden Verkaufszahlen der fertigen Flugzeuge deutlich zurückgingen. Damit könnte, so wohl die Spekulation, die italienische Flugzeugindustrie mit Fiat an der Spitze überfordert sein. Entschlüsse sich Großbritannien trotz seines bisherigen Festhaltens am Jäger 90 zum Mitmachen beim neuen leichten Jäger, würden die Karten neu gemischt. Italien und Spanien würden weiter an den Rand gedrängt, zumal Großbritannien schon seit längerem für das Jäger-90-Projekt eine stärkere Konzentration auf zwei Standorte verlangte. — (gba)

Regierung beschließt Pflegeversicherung und Deregulierungspaket

Rechtzeitig vor der Sommerpause hat die Regierungskoalition eine ganze Anzahl von Beschlüssen und Zielerklärungen über Deregulierungsmaßnahmen bekanntgegeben. Im einzelnen ist die diesbezügliche Regierungstätigkeit, einschließlich der auf EG-Ebene erfolgenden Abklärungen, nicht mehr zu überblicken. Einige wesentliche Felder, um die sich die Auseinandersetzungen der letzten Tage gedreht haben, waren:

Die **Pflegeversicherung** soll von 1996 an durch eine neue Sozialversicherung passieren. Die Beiträge dafür tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen. Die Kosten für die Arbeitgeber sollen durch eine Reihe von Maßnahmen jedoch kompensiert werden, insbesondere durch Wegfall der Verpflichtung des Arbeitgebers zur **Lohnfortzahlung** am ersten Arbeitstag der Arbeitsunfähigkeit (Karenztag).

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag einer eingesetzten „Arbeitsgruppe Deregulierung“ beschlossen, welche Positionen der sogenannten Deregulierungskommission in Gesetzentwürfen zu fassen sind. Unter anderem soll der Bundesarbeitsminister eine **Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes** vorbereiten, damit zunächst fünf Jahre lang in den neuen Bundesländern „in eng eingegrenzten Notfällen“ die tariflichen Mindestbedingungen unterschritten werden können. Dabei sollen die Tarifvertragsparteien ein Vetorecht haben.

Bundesarbeitsminister Blum hat dem Kabinett eine Neufassung des § 128 Arbeitsförderungsgesetz vorgelegt, wonach der finanzielle Anreiz für Unternehmen, ältere Arbeitnehmer durch Entlassung in die Arbeitslosigkeit und mit 60 Jahren in die Rente zu schicken (**58er-Regelung**), verringert wird. Die Erstattungspflicht der Unternehmen für Arbeitslosen- und Rentenleistung war aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aufgehoben worden. Nach den jetzigen Plänen wird die **Erstattungspflicht zum Teil wieder eingeführt** und der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschwert.

Direkt tätig war der IBM-Konzern. Die IBM-Deutschland GmbH hat ihre Mitgliedschaft im Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg gekündigt. Damit will sich IBM den „Weg aus starren Tarifstrukturen“ bahnen und flexiblere Arbeitszeiten und eine „leistungsgerechtere“ Entlohnung erreichen. Der Konzern wird als Holding geführt mit vier selbstständigen Konzern-töchtern. Der Metalltarifvertrag soll langfristig nur noch für die Produktionstochter mit 7000 Beschäftigten gelten. Für die rund 18000 Beschäftigten in den „Dienstleistungsunternehmen“ will die IBM Haustarifverträge oder Betriebsvereinbarungen abschließen.

Insbesondere die IG Metall hat gegen die geplante Einführung eines Karenztages protestiert. Mehr als 100000 Beschäftigte haben sich an den Kundgebungen, Unterschriftensammlungen oder den Informationsveranstaltungen betei-

ligt. In der VW-AG nahmen 40000 Beschäftigte an Protestaktionen und Kundgebungen teil. In Sachsen beteiligten sich 25000 Metallbeschäftigte. Gegen die beabsichtigte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes hat der DGB Verfassungsklage angekündigt, weil damit „die im Grundgesetz vereinbarte Tarifautonomie faktisch außer Kraft“ gesetzt würde. Der VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Volkert machte darauf aufmerksam, daß mit dem wahrscheinlichen Wegfall der 58er-Regelung ein wichtiges Instrument für „sozialverträglichen Personalabbau“ fehle und im Konzern einzuführende neue Produktionskonzepte („Schlanke Produktion“) neu überdacht werden müßten.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und das Handwerk lehnen das Sozialversicherungsmodell der Pflegeversicherung als „ordnungspolitisch falsch“ und „mittelstandsfeindlich“ ab. Handelsblatt-Redakteur Mundorf kanzelt den Dilettantismus des Arbeitsministeriums hinsichtlich untertariflicher Bezahlung:



Die Lohnfortzahlung bei Krankheit haben sich die Metallarbeiter im bisher längsten Streik der deutschen Nachkriegsgeschichte hart erkämpft. 16 Wochen dauerte 1956/57 der Ausstand der schleswig-holsteinischen Metaller, schreibt die IG Metall in einer „metall-extra“-Ausgabe gegen die Regierungsbeschlüsse.

„Schaltet der Gesetzgeber die Tarifvertragsparteien bei der Öffnung des Tarifvertrages aus und erlaubt Arbeitgebern und Betriebsräten, Betriebsvereinbarungen auf eigene Faust abzuschließen, beschädigt er die Tarifautonomie und handelt vermutlich verfassungswidrig. Gibt er aber den Tarifparteien ein Vetorecht, bleibt alles beim alten. Also nur keine Erregung über den neuen Bonner Vorstoß: Das ist ein schöner bunter Luftballon, mit heißer Luft gefüllt.“ (26.6.)

Die politische Szene quirlt durcheinander. Otto Graf Lambsdorff sagt, die FDP sei nicht Erfinder der Karenztage. Bundestagsvizepräsident Cronenberg legt den Vorsitz der Sozialpolitik-Arbeitsgruppe der FDP nieder, weil diese dem Sozialversicherungsmodell zugestimmt habe. Der CDU-Ministerpräsi-

dent Thüringens, Vogel, kritisiert gesetzliche Tariföffnungsklauseln usw. usf.

Im Kapitallager wird die regierungsamtliche Deregulierungsabsicht Vorstöße beschleunigen, praktisch bereits so zu verfahren, wie gesetzlich vielleicht noch nicht möglich. Unstete Arbeit und untertarifliche Beschäftigung findet ja bereits massenhaft statt. Der Wegfall von 58er-Regelungen wird nicht zur Überdenkung von Personalabbauplänen führen, sondern zur Suche nach Möglichkeiten, tariflichen Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer auszuhebeln. Ob IBM derartige Klauseln in neuen Regelungen haben will, dürfte fraglich sein. Die Sozialversicherungslösung der Pflegeversicherung ist keineswegs „durch“ und wird im Herbst sicher nochmal infrage gestellt werden. Auch wird für eine Reihe von Konzernen deutlich, und dies dürfte ein Grund für harsche Regierungsschelte von dort sein, daß die Gewerkschaften in vielfacher Hinsicht ihren Flexi-Plänen und sozialer Absenkung im Kernbereich ihrer Belegschaft

ten noch wirkungsvoll entgegengetreten können. Eine antigewerkschaftliche Stoßrichtung faschistischer Politik wird sich ziemlich sicher zunehmend herauschälen.

Die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit gegen den Karenztag zeigt die große Bereitschaft, für soziale Mindestsicherung einzutreten. Die Verabschiedung des Pflege-Sozialversicherungsmodells zeigt bis in die Union verbreitete Aversionen, Lebensverhältnisse zu schroff auseinanderdriften zu lassen. Die Gewerkschaften stehen vor dem Problem, gegen Deregulierung und Flexibilisierung für ganz verschiedene Forderungen und unterschiedliche Betroffene gegenseitigen Beistand zur Wahrung und Erlangung gleichartiger Lebensverhältnisse herzustellen. — (gka)

der Verpflichtung des Arbeitgebers zur Lohnzahlung am ersten Arbeitstag der Arbeitsunfähigkeit. Den Arbeitnehmern wird ein Wahlrecht eingeräumt, statt dessen einen Urlaubstag in Anspruch zu nehmen,

— Einsparungen bei der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherung durch Bekämpfung von Mißbrauch.

Die Anzeigen- und Nachweispflichten der Arbeitnehmer werden vereinfacht und verschärft, es werden strengere Anforderungen und Kontrollen bei den AU-Bescheinigungen eingeführt, die Krankenkassen und der Medizinische Dienst werden im Zusammenwirken mit den Arbeitgebern in stärkerem Umfang zur Vermeidung von Mißbrauch eingeschaltet.

— Die Einsparungen bei der Sozialhilfe infolge Wegfall von Pflegeleistungen. II. Der BMA wird beauftragt, bis zum 1. Oktober 1992 auf der Grundlage dieses Beschlusses einen Gesetzentwurf vorzulegen ...

Die Pflegeversicherung soll spätestens zum 1. Januar 1996 in Kraft treten.

Quelle: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Pressedienst vom 1. 7. 1992

Regierungsbeschlüsse zur Deregulierung

Im folgenden dokumentieren wir Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe Deregulierung, die jetzt Grundlage für die weitere Gesetzestätigkeit der Regierung bilden. Neben dem Teil Arbeitsmarkt gibt es weitere Teile über das Versicherungswesen, das Verkehrswesen, die Stromwirtschaft, das Technische Prüfungs- und Sachverständigenwesen, die Märkte für Rechtsberatung und Wirtschaftsberatung und das Handwerk.

Vorschlag 86
Der Tarifvertrag kann im Notfall durch Betriebsvereinbarung zeitweilig abbedungen werden.

Votum: Die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen als generelles Prinzip muß erhalten bleiben. Der Tarifvertrag kann im eng eingegrenzten Notfall durch Betriebsvereinbarung zeitweilig abbedungen werden. Die Tarifpartner haben bei der Feststellung des Notfalls ein Vetorecht. Die Abbedingung kann nur zeitlich befristet (längstens zwei Jahre) vorgenommen werden.

Bei den Mitgliedern der Koalitionsarbeitsgruppe besteht Einigkeit, daß dies in eng eingegrenzten Notfällen möglich sein soll. Die Vertreter der CDU sprechen sich für eine Beschränkung auf die neuen Bundesländer aus. CSU und F.D.P. wünschen eine Geltung im gesamten Bundesgebiet.

Vorschlag 87
Die Vereinbarung untertariflicher Arbeitsbedingungen bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen wird zugelassen. Solche Vereinbarungen sollen max. 3 Jahre gelten.

Votum: Die Tarifparteien werden aufgefordert, Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose aller Tarifgruppen anzubieten. Den Tarifparteien wird vorgeschlagen, dies mit Weiterbildungsmaßnahmen zu verbinden.

Protokollnotiz: 1. Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit mit vergleichbarer Zielrichtung sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden. 2. Sollten die Tarifparteien hier keine geeigneten Schritte einleiten, bleiben gesetzliche Maßnahmen vorbehalten.

Vorschlag 88
Die Möglichkeit der staatlichen Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen wird beschränkt.

Votum: Über diesen Vorschlag konnte keine Einigung erzielt werden ...

Vorschlag 89
Befristete Arbeitsverträge sind bis zu einer Höchstdauer von 18 Monaten zulässig. Sie können einmal um höchstens 18 Monate verlängert werden.

Votum: Zustimmung zu Satz 1: Befristete Arbeitsverträge sollen als Dauereinrichtung über 1995 hinaus zulässig sein. Die mögliche Höchstdauer der Befristung wird im Gesetzgebungsverfahren geregelt. Ablehnung von Satz 2. ...

Soweit Projektbezogenheit oder ein anderer sachlicher Grund die Befristung eines Arbeitsvertrages über einen Zeitraum von mehr als 18 Monaten erfordert, ist dies bereits nach geltendem Recht möglich (Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts).

Vorschlag 90

Beim allgemeinen Kündigungsschutz ist die Pflicht zur Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte im Rahmen der betriebsbedingten Kündigung zu präzisieren. Die Gewichtung der verschiedenen sozialen Gesichtspunkte wie Alter, Gesundheit, Unterhaltspflichten sollte Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen vorbehalten bleiben.

Votum: Unterstützung der Zielsetzung, aber kein Regelungsbedarf, da nach neuer Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes den Betriebspartnern bei der Präzisierung und Gewichtung der sozialen Gesichtspunkte bei einer betriebsbedingten Kündigung ein von den Arbeitsgerichten zu beachtender Beurteilungsspielraum zugestanden wird.

Vorschlag 91

Der besondere Kündigungsschutz wird in seinen Grundzügen beibehalten. Bei Neueinstellung von Schwerbehinderten wird diesen die Möglichkeit eingeräumt, zwischen dem allgemeinen und dem besonderen Kündigungsschutz zu wählen.

Votum: Der Vorschlag wird abgelehnt.

Vorschlag 92
Gesetzliche Sozialplanleistungen werden auf einen Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile begrenzt, die den entlassenen Arbeitnehmern bei bestmöglicher eigener Anpassung und unabhängig von einem etwa bestehenden Ungleichge-

wicht am Arbeitsmarkt entstehen.

Votum: Der Vorschlag wird abgelehnt.

Vorschlag 93
Der gesetzliche Anspruch auf einen Sozialplan kann abbedungen werden durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen ...

Votum: Der Vorschlag wird abgelehnt.

Vorschlag 94

Bei einem rechtsgeschäftlichen Betriebsübergang im Insolvenzfall kann der Erwerber des Betriebs die Belegschaft verkleinern.

Votum: Der Vorschlag ist durch den Entwurf zur Insolvenzrechtsreform hinfällig.

Vorschlag 95

Bei der gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung wird die Höchstdauer verlängert. Beschränkungen in Bezug auf bestimmte Berufsgruppen oder Branchen werden aufgehoben.

Votum: Bei der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerüberlassung wird die Höchstdauer auf höchstens 9 Monate verlängert. Kleinere Unternehmen sollten ohne die einschränkenden Hinweise in § 1 a AÜG auf den selben Wirtschaftszweig sowie auf den angrenzenden Handwerkskammerbezirk Arbeitnehmer überlassen dürfen. Dies gilt nicht für Verleihunternehmen ...

Vorschlag 96

Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit wird aufgehoben, die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung wird zugelassen.

Votum: Die Vermittlungsmöglichkeiten privater Arbeitsvermittler sollen ausgeweitet werden. Es besteht Handlungsbedarf. ...

Vorschlag 97

In der gesetzlichen Arbeitszeitordnung ist möglichst viel Flexibilität anzustreben. Dies schließt auch die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ein.

Votum: Es besteht Übereinstimmung, daß in der gesetzlichen Arbeitszeitordnung möglichst viel Flexibilität anzustreben ist.

Protokollnotiz: Nach Meinung der Vertreter der F.D.P. schließt dies die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ein.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die AG folgenden Beschluß:

Im Bereich des Arbeitsmarktes fanden viele Vorstellungen der Deregulierungskommission Zustimmung. Dazu gehören die Beibehaltung der Möglichkeit, einmalig auf 18 Monate befristete Arbeitsverträge abzuschließen, die Verlängerung der Dauer bei der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerüberlassung — geeignet hat man sich auf höchstens 9 Monate — und Lockerungen der Auflagen für kleinere Unternehmen bei der Kollegenhilfe sowie das Ziel, die Arbeitsvermittlungsmöglichkeiten Privater auszuweiten (die Einzelheiten bleiben der hierfür gesondert eingesetzten Koalitionsarbeitsgruppe überlassen). Die Koalitionsarbeitsgruppe fordert die Tarifparteien auf, Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose vorzusehen. Es bestand Übereinstimmung, daß die gesetzlichen Arbeitsregelungen zu flexibilisieren sind.

Die Arbeitsgruppe konnte sich den Vorschlägen nicht anschließen, die Lockerungen beim besonderen Kündigungsschutz für Schwerbehinderte vorsehen oder Änderungen bei den gegenwärtigen gesetzlichen Sozialplanregelungen; sie verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die neuere Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und die anstehende Insolvenzrechtsreform. Die Koalitionsarbeitsgruppe war sich einig, daß die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen grundsätzlich erhalten bleiben muß. In eng begrenzten Notfällen soll aber eine zeitweilige Abdingbarkeit durch Betriebsvereinbarungen möglich sein. Unterschiedliche Auffassungen bestanden darin, ob dies für das gesamte Bundesgebiet oder nur für die neuen Bundesländer gelten soll. Keine Einigung wurde über den Vorschlag erzielt, die Möglichkeiten der staatlichen Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu beschränken.

Mit den empfohlenen Liberalisierungen, die der Besonderheit des Arbeitsmarktes Rechnung tragen, kann die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert und die Lösung der Beschäftigungsprobleme erleichtert werden. Sie sollten daher zügig umgesetzt werden.

Quelle: Beschlüsse der Koalitionsarbeitsgruppe Deregulierung ... 30. 4. 1992

Grundzüge zur Ausgestaltung der Pflegeversicherung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 30. 6. 1992 folgenden Beschluß zur Pflegeversicherung gefaßt:

1. Es soll eine soziale Pflegeversicherung geschaffen werden, finanziert im Umlageverfahren mit einem Finanzvolumen von 1,7 Beitragsprozentpunkten ...
2. Für diejenigen Personen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht pflichtversichert sind, sollen Befreiungsmöglichkeiten ... vorgesehen werden ...
3. Der Leistungsumfang der sozialen Pflegeversicherung ist auf Beträge bis 2100 DM monatlich beschränkt ... weitergehender Sicherungsbedarf kann im Wege einer freiwilligen Versicherung abgedeckt werden.
4. Die Beiträge werden je zur Hälfte von den Versicherten und den Arbeitgebern aufgebracht.
5. Die Höhe des Umlagebeitrages wird vom Gesetzgeber festgesetzt ...
6. Maßnahmen der Prävention und der Rehabilitation mit dem Ziel der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit haben Vorrang vor Pflegeleistungen ...

7. Die Pflegebedürftigen sollen, soweit dies möglich und zumutbar ist, in der Familie oder in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können ...

8. Zur häuslichen Pflege sollen grundsätzlich Geldleistungen vorgesehen werden ...

9. Wichtiger Bestandteil des Pflegekonzepts ist die soziale Sicherung von Pflegepersonen, die wegen der Pflege von Familienangehörigen auf eine Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise verzichten ...

10. Die Belastungen der Wirtschaft durch die Pflichtbeiträge zur Pflegeversicherung sollen ausgeglichen werden durch

— die Einsparung der bislang von der GKV zu erbringenden Leistungen bei Pflegebedürftigkeit,

— den Abbau von Fehlbelegungen in Krankenhäusern,

— die Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit durch Änderungen der Leistungen an Aussiedler und durch eine Neufassung des § 128 AFG,

— die Modifikation der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch Wegfall

Wir dokumentieren Auszüge aus einem Interview, das der ARGK-Kommandant Cemil Bayik der Wochenzeitung *Yeni Ülke* Ende Mai gegeben hat. Die Übersetzung hat uns die Redaktion des Kurdistan-Rundbriefs zur Verfügung gestellt.

In den Frühjahrsmonaten, vor allem vom März bis zum Juni, hat es jedes Jahr einen großen Anstieg der Guerillaaktionen gegeben. Nach den Newrozereignissen hat das Volk damit gerechnet, daß im Frühjahr 1992 die Guerillaaktionen noch stärker steigen würden als in den Jahren zuvor, es ist jedoch ein Rückgang der Guerillaaktionen eingetreten. Können Sie die Gründe für diesen Rückgang erklären?

Cemil Bayik: Es gibt keine Regel dafür, daß sich die Aktionen in einer bestimmten Zeit entwickeln. Der Krieg hat seine eigene Logik. Da müssen die Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden, das politische Klima berücksichtigt werden, die Lage des Volkes berücksichtigt werden, die Lage des Feindes berücksichtigt werden und die kriegsführende Kraft muß ihre eigene Lage berücksichtigen. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren kann der Krieg entweder gesteigert oder aber auf der gleichen Stufe gehalten werden, oder es können manchmal taktische Rückzüge unternommen werden. Bekanntlich herrschte dieses Jahr ein sehr harter Winter. Das hatte natürlich negative Auswirkungen auf die Aktionen der Guerilla. Eine weitere Ursache ist, daß die TR nach dem Newroz unter verschiedenen Vorwänden Massaker begehen wollte. Es war notwendig, auf diese Massakerpläne zu reagieren. Aus diesem Grund ist es zu einer gewissen Verzögerung gekommen. Ansonsten gibt es da keine anderen Gründe.

War es geplant, große Aktionen als Stimme der beabsichtigten Kriegsregierung zu unternehmen oder Stellungen für sie zu schützen?

Cemil Bayik: Die Sache mit der Kriegsregierung darf nicht falsch verstanden werden. Die Kriegsregierung darf nicht verstanden werden als eine solche bekannte klassische Art der Regierung. Die Autorität der TR steht heute in vielen Gebieten Kurdistans in Frage. In vielen Gebieten kann heute von einem Machtgleichgewicht gesprochen werden. Oder gar davon, daß unsere Partei die Autorität besitzt. Die Selbstverwaltung des Volkes entwickelt sich zunehmend. Was unsere Partei tut, oder tun will, ist, dieses Machtgleichgewicht zugunsten unseres Volkes weiter auf eine bestimmte Stufe auszubauen, die Selbstverwaltung des Volkes zu erreichen. Das Volk ist dabei, seine eigenen Vertreter hervorzubringen. Die Kriegsregierung muß unter diesem Aspekt gesehen werden. Es wäre nicht richtig, sie als eine Regierung im klassischen Sinne zu betrachten. Sicherlich wird mit all diesen Entwicklungen auch der Krieg größere Dimensionen annehmen. Es waren niemals wir, die den Krieg vorangetrieben haben. Es gab immer einen schmutzigen Krieg, den die TR geführt hat, und zwar einseitig. Unser Volk hat angesichts dieses einseitigen schmutzigen Krieges den Kampf um sein eigenes Überleben begonnen und von da an entwickelte sich daraus ein gegenseitiger Krieg. Wenn die TR ihren schmutzigen Krieg einstellen und den Willen unseres Volkes anerkennen würde, dann würde der Krieg nicht größere Ausmaße annehmen. Aber wenn sie auf ihrer alten Form beharrt, die Realität und den Willen unseres Volkes nicht anerkennt, mit unserem Volk unter freien und gleichen Bedingungen zusammenzuleben, dann wird sich dieser Krieg noch weiter steigern. Wir sind ein Volk, eine Kraft, das und die zu diesem Krieg gezwungen wird. Solange wie dieser Zwang weiterbesteht, werden wir uns auf gar keinen Fall dem türkischen Staat beugen, werden wir uns ihm nicht ergeben, sondern werden kämpfen. Wir werden entweder sterben oder Freiheit und Unabhängigkeit erreichen.

Der türkische Staat behauptet, sehr harte Maßnahmen ergriffen zu haben. Haben diese Maßnahmen, die er ergriffen zu haben erklärt, Auswirkungen auf Ihre Bewegung?

Cemil Bayik: Der türkische Staat hat den Beschluß gefaßt, mit der Machtübernahme der neuen Regierung den Spezialkrieg auf die Spitze zu treiben. Er setzt seine ganze Kraft dafür ein. Er sagt „Wir werden sie fertigmachen, koste es, was es wolle.“ Dazu ist er entschlossen. Er sagt, er würde genauso wie seine eigenen Kräfte auch auf internationaler Ebene alle Kräfte, auf die er sich stützen könne, mobilisieren und damit sein Ziel



Bild: af/mz

Es ist die Türkische Regierung, die die Massen verliert

erreichen. Seine Maßnahmen sind keine neuen Maßnahmen. Er wendet Maßnahmen an, die er schon immer in Kurdistan angewendet hat. Diese Maßnahmen hat er jetzt nur auf eine etwas andere Weise strukturiert. Daß diese Maßnahmen auch für ihn auch zu nichts geführt haben, ist klar erkennbar. Welche Maßnahmen auch immer gegen den Willen eines Volkes ergriffen werden, sie werden kaum Erfolg damit haben. Das ist eine Tatsache, die sich in der ganzen Geschichte der Völker zeigt. Deshalb können alle Maßnahmen, die der türkische Staat ergriffen hat oder die er noch ergreifen wird, welche das auch immer sein mögen, den Freiheitskampf des kurdischen Volkes nicht behindern. Sie können vielleicht dazu führen, daß der Krieg noch blutiger wird, daß der Preis, der dafür bezahlt werden muß, noch größer wird, aber sie können die Forderung des Volkes nach Unabhängigkeit und Freiheit nicht verhindern.

Hat die syrische Regierung eine negative Haltung zu den Camps in der Bekaa-Ebene?

Cemil Bayik: Für uns hat die Bekaa-Ebene keine größere Bedeutung mehr. Wir haben selbst den Beschluß gefaßt, die Bekaa-Ebene zu räumen. Wir haben diesen Beschluß gefaßt und die Bekaa-Ebene geräumt. Wir haben sie gleich nach den Gesprächen zwischen der Türkei und Syrien verlassen. Die TR hat immer behauptet, alle Entwicklungen unseres Kampfes seien von der Bekaa-Ebene abhängig. Die Bekaa-Ebene hatte eine Bedeutung in unserem Kampf. Aber auf der Stufe, auf der wir angelangt sind, hat die Bekaa-Ebene kaum mehr eine Bedeutung. Heute gibt es hunderte von Bekaa-Ebenen. Es kann im Zusammenhang mit unserer Räumung der Bekaa-Ebene nicht von negativen Auswirkungen auf unseren Kampf die Rede sein.

Welche Auswirkungen könnte die Aufgabe der Camps in der Bekaa-Ebene für die ARGK-Einheiten haben?

Cemil Bayik: Es ändert für uns nichts, ob es das Camp in der Bekaa-Ebene gibt oder nicht. Wir haben unsere Kräfte heute auch nicht in Südkurdistan, sondern alle unsere Kräfte befinden sich im Nordkurdistan (d. Übers.: türkisch besetzter Teil), innerhalb unseres Kampfgebiets. Im Süden gibt es keine Einheiten der ARGK. Was es im Süden (d. Übers.: irakisch besetzter Teil Kurdistans) gibt, ist die vom Volk entwickelte Unabhängigkeitsfront. Und es gibt in Verbindung mit dieser Unabhängigkeitsfront vereinigte Befreiungskräfte dort.

Die Regierung gibt Erklärungen ab, wonach das Volk die PKK nicht mehr unterstützen würde. Was möchten Sie zu diesem Punkt sagen?

Cemil Bayik: Die TR führt einen schmutzigen Krieg, einen unanständigen Krieg, bei dem sie sich nicht an die internationalen Kriegsregeln hält. Es gibt Kriegsregeln, und denen entsprechend müßten beide Kriegsparteien kämpfen. Aber die TR hat sich noch nie an diese Regeln gehalten. Aus diesem Grund ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die TR jede Art von Hetze und Lügenkampagnen betreibt. Wer die

Realität des türkischen Staates kennt, weiß, daß die TR sehr stark zu den Mitteln der Lüge und der Demagogie greift.

Sie tut eine Menge Dinge, die sie dann anderen in die Schuhe zu schieben versucht. Das ist die wohlbekannte Realität. Die TR legt heute ihren Schwerpunkt auf den psychologischen Krieg, versucht vor allem, die Meinung der Massen zu beeinflussen, denn ihr Problem ist es, die Massen wiederzugewinnen, die sie verloren hat. Das gibt sie auch selbst zu. Deshalb verbreitet sie eine Reihe von Lügen, um trotz ihrer Unterdrückungspolitik, Gewalt und Folter die Massen zu gewinnen. Sie versucht dadurch, daß sie behauptet, die Massen würden nicht dahinter stehen, den Freiheitskampf der Massen zu isolieren, die Massen von der Guerilla zu trennen und zu entfernen und die Guerilla von der Unterstützung des Volkes abzuschneiden. Sie glaubt nämlich, das kurdische Volk sei noch das gleiche wie vor 50 Jahren. Daher fangen sie nämlich schon mit einer Fehleinschätzung an.

Im Grunde weiß die TR auch selbst, daß sie damit keinen Erfolg haben wird. Zum Beispiel wurde bei unserer Aktion in Tasdelen behauptet, es seien 36-40 Guerilleros getötet worden. Das stimmt nicht. Von uns sind dreizehn Guerilleros als Märtyrer gefallen. Die anderen waren Bauern, die erschossen worden sind und von denen der Staat dann behauptet hat, es seien Guerilleros gewesen. Das Volk weiß das ganz genau. Nach dem Newroz hatte die Guerilla bei Gefechten in Solhan und Savur sehr hohe Verluste. Wie bewerten Sie das?

Cemil Bayik: Die als Märtyrer Gefallenen hatten sich erst neu unseren Reihen angeschlossen. Vor allem in Savur war das der Fall. Die Presse der TR hat geschrieben, „Wir haben soundsovielen tot gefangen genommen, also waren wir so sehr erfolgreich“. Aber da kann eigentlich nicht von einem Erfolg für sie die Rede sein. Die Öffentlichkeit weiß das natürlich nicht. Die Öffentlichkeit meint, daß das tatsächlich Guerillakräfte gewesen wären. Aber es ist so, wie ich gesagt habe. Die Ursache für diese Verluste war natürlich unser Fehler. Es war unser eigener Fehler, daß wir der TR die Gelegenheit zu einem solchen Massaker gegeben haben, daß wir diejenigen, die sich neu der Guerilla angeschlossen haben, tagelang dort gelassen haben, anstatt sie an einem anderen Ort zu schützen und Vorkehrungen zu treffen.

Wie sieht die aktuelle Lage der türkischen Regierung aus?

Cemil Bayik: Die türkische Regierung befindet sich in der Sackgasse. Es sind nicht wir, die sagen, daß sie heute in einer Sackgasse steckt, die Parteien und politischen Kräfte, die die Regierung bilden, sagen und schreiben das selbst. Sie steckt ökonomisch betrachtet in einer ernststen Ausweglosigkeit. Das hat auch zu einigen Auseinandersetzungen und einigen Problemen innerhalb der Regierung geführt. In letzter Zeit hat Demirel den Schwerpunkt auf den Versuch der Beseitigung dieser Probleme und Widersprüche gesetzt. Aber es ist offensichtlich, daß er das nicht geschafft hat. Die ökonomischen Probleme werden immer gravierender. Die türkische

Regierung ist auch auf internationaler Ebene mit sehr großen Problemen konfrontiert.

Als diese Regierung an die Macht kam, hatte sie eine Menge Dinge versprochen. Sie hat nichts davon verwirklicht. Die Massen haben in einer bestimmten Phase Hoffnungen in die neue Regierung gesetzt und Verbesserungen erwartet. Es hat sich aber herausgestellt, daß ihre Versprechungen falsche Versprechungen waren. Die Massen haben zunehmend auch keine Erwartungen mehr an diese Regierung.

Die Regierung ist keine Hoffnung mehr für die Massen. Die Probleme und ausweglose Lage dieser Regierung verstärken sich immer mehr. Wenn das so weitergeht, sage ich, dann wird diese Regierung stürzen. Es ist fraglich, ob sie so noch weiterkommen werden. Wenn diese Regierung tatsächlich die von ihr gemachten Versprechungen verwirklicht hätte und guten Willens dazu gewesen wäre, dann hätte sie zuallererst den Willen des kurdischen Volkes respektieren müssen. Dann hätte sie das in der Praxis überzeugend zeigen müssen. Denn die Lösung der anderen Probleme ist ziemlich davon abhängig. Jetzt ist die Haltung, die die TR verfolgt, klar. Diese undemokratische Regierung wird keines der Probleme lösen können. Das ist die Realität. Diese Regierung ist erfolglos und wird das auch bleiben. Auf diese Weise sinkt die Überlebenschance dieser Regierung immer weiter.

Besteht die Möglichkeit, daß die TR in den kommenden Tagen von Europa isoliert wird?

Cemil Bayik: Von Europa die Isolierung der Türkei zu erwarten wäre falsch. Denn Europa braucht nach dem Zerfall der Sowjetunion die Türkei. Einerseits bestehen zwar Widersprüche zur Türkei, auf der anderen Seite ist es auch eine Realität, daß die Türkei gebraucht wird. Die Türkei hat die Absicht, den Markt in den Mittelasiatischen Republiken (d. Übers.: der ehemaligen Sowjetunion) zu erobern. Europa will auch in diese Märkte vordringen. Aus ökonomischen und politischen Interessen will es in diese Märkte vordringen und das wird auch bewaffnete Auseinandersetzungen mit sich bringen. Einerseits besteht also ein solcher Widerspruch. Europa sieht andererseits auch, daß die Annäherung der Türkei an die USA und ihr gemeinsames Vorgehen nicht den Interessen Europas entspricht. In dieser Hinsicht besteht ein Widerspruch zwischen Europa und der Türkei. Es will die Türkei als Brücke benutzen, um in die Mittelasiatischen Republiken und teilweise in den Mittleren Osten vorzudringen. Aus diesem Grund ist kurzfristig nicht zu erwarten, daß es eine Haltung gegen die Türkei einnimmt. Es versucht ganz im Gegenteil, einerseits engere Beziehungen zur Türkei aufzubauen, andererseits sie zu bremsen und von den USA zu entfernen, um sie dazu zu bringen, den Interessen Europas entsprechend zu agieren.

Können Sie etwas dazu sagen, was für eine Szenerie als Konsequenz aus den in der Türkei ständig angeheizten chauvinistischen Emotionen gegen die Kurden entstehen wird?

Cemil Bayik: Ich möchte zuerst einmal

erklären, daß, wenn diese chauvinistischen Emotionen so weiter gehen, ein sehr beunruhigendes und erschreckendes Szenario entstehen wird. Wir sind der Meinung, daß die Entstehung eines solchen Szenarios nicht im Interesse des türkischen und des kurdischen Volkes ist. Die Entstehung von Feindschaft zwischen den beiden Völkern führt zu Schaden für beide Völker und zu Massakern. Der türkische Staat macht das heute.

Wir werden darauf, daß der türkische Staat das heute macht, nicht emotional und wütend reagieren. In dem Moment, in dem der türkische Staat die Feindschaft zwischen den beiden Völkern anheizen will, werden wir die Freundschaft der Völker entwickeln.

Wertvolle Kinder des türkischen Volkes haben in unserem Kampf einen wichtigen Platz eingenommen. Haki Karer und Kemal Pir zum Beispiel waren so wertvolle Kinder des türkischen Volkes. Das kurdische Volk wird in Erinnerung an diese Avantgardenkämpfer für das türkische Volk immer Respekt empfinden, dem türkischen Volk gegenüber immer Freundschaft, Solidarität und Brüderlichkeit praktisch entwickeln. Das kurdische Volk ist kein undankbares Volk. Das kurdische Volk ist ein Volk, das der Freundschaft großen Wert beilegt. Schon zu Beginn haben Kemal Pir und Haki Karer mit unserem Vorsitzenden Apo gemeinsam die ersten Schritte unternommen. Das ist das schönste Symbol für die Einheit der beiden Völker auf der Basis der Gleichheit auf höchster Ebene. Das ist die wichtige Besonderheit der PKK, derer, die die PKK gegründet haben. Die PKK ist eine Bewegung, die auf der Basis der gleichberechtigten und freien Einheit der beiden Völker entwickelt worden ist. Auf dieser Basis ist die PKK entwickelt worden und auf dieser Basis hat sie die heutige Stufe erreicht.

Vielleicht hat das kurdische Volk bis heute keine bedeutende Unterstützung durch das türkische Volk und die türkische Revolutionäre bekommen. Vielleicht haben sie ihre Pflicht dem kurdischen Volk gegenüber nicht erfüllt. Aber trotzdem hat das kurdische Volk keine negative Haltung zum türkischen Volk entwickelt, weil das seine Pflicht nicht erfüllt hat. Ganz im Gegenteil, das kurdische Volk zeigt ein großes Interesse, großen Respekt und große Sympathie für das türkische Volk. Es ist voller brüderlicher Gefühle.

Die PKK wird in letzter Zeit mit den Armeniern und den Griechen in Verbindung gebracht. Was ist der Sinn einer solchen Darstellung, wenn man sich die historische Antipathie gegen diese Völker in der türkischen Öffentlichkeit vor Augen führt? Gibt es tatsächlich diesen behaupteten engen Zusammenhang zwischen der PKK und den Armeniern oder Griechen?

Cemil Bayik: Der türkische Staat will die Gefühle des Volkes ausbeuten. Es gibt da einige aus der Geschichte herrührende Probleme zwischen dem türkischen Volk und anderen Völkern. Das ist eigentlich gar keine Probleme zwischen den Völkern, sondern im Grunde Feindschaften, die von den herrschenden Klassen entwickelt worden sind. Diese spiegeln sich im Volk wieder. Der türkische Staat betreibt heute die Feindschaft anderen Völkern gegenüber unter den neuen Bedingungen und in neuen Formen weiter. Um den türkischen Chauvinismus zu entwickeln, schürt er die Feindschaft gegenüber den Armeniern und den Griechen. Er will die Feindschaft gegen die Kurden in Verknüpfung mit der Feindschaft gegen die Armenier und Griechen entwickeln. Das ist es, was hinter dem Phänomen steckt, daß die PKK ständig im Zusammenhang mit den Armeniern und den Griechen genannt wird. Sie klammern sich daran, damit das türkische Volk eine feindliche Haltung gegen das kurdische Volk entwickeln soll. Das bringt aber auch nicht viel. Das bringt auch für das türkische Volk keinen Vorteil. Das griechische Volk und das armenische Volk sind schließlich Völker wie alle anderen auch. Sie haben keine solchen Probleme mit dem türkischen Volk, wie der türkische Staat das darzustellen versucht. Die türkischen herrschenden Klassen schüren beharrlich die Feindschaft zwischen den Völkern, womit sie versuchen, ihre Herrschaft weiter aufrechtzuerhalten. Die Völker dürfen das nicht unterstützen. Vor allem das türkische Volk darf sich nicht zum Werkzeug dafür machen lassen. Das türkische Volk, das griechische Volk, das armenische Volk, kurdische Volk und alle anderen Völker haben von der Feindschaft nichts als Schaden.

Schwangerschaftsabbruch legal, aber . . .

Das Oberste Gericht der USA hat am 29. Juni über die Anfechtung des neuen Anti-Abtreibungsgesetzes des Bundesstaats Pennsylvania entschieden. Die linksliberale Zeitschrift *The Nation* schreibt dazu, daß das Gericht das *Roe-v.-Wade*-Urteil von 1973, das das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibung begründete, auf dem Papier aufrecht erhalten. In Praxis aber ausgehöhlt habe. „Richtig, das Gericht schlug die ekelhafte Bestimmung der Benachrichtigung des Ehemannes nieder. Aber es hielt vier andere Bestimmungen aufrecht: eine 24stündige Wartezeit, eine zwangsweise Anti-Abtreibungslektion von einem Arzt verabreicht, Zustimmung der Eltern bei Minderjährigen und detaillierte Berichte (des Arztes an die Behörden über jede Abtreibung, d. Verf.).“

Die Verfassungsklage war von Organisationen, die das Recht auf Abtreibung verteidigen, angestrengt worden, um das Oberste Gericht, das jetzt eine Mehrheit von Reagan/Bush-Ernennungen hat, noch vor den Wahlen zu einer Entscheidung über die Zukunft des Rechts auf Abtreibung zu zwingen. Die erwartete Aufhebung des *Roe*-Urteils könnte dann zum Wahlkampfthema gemacht werden, um möglichst viele Abgeordnete für das Recht auf Abtreibung ins Abgeordnetenhaus zu bekommen.

Die Überlegung war, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Obersten Gerichts eine Sicherung des Rechts auf Abtreibung nur durch ein Gesetz möglich ist. Das mit 5 zu 4 Stimmen gefällte Urteil zeigt, daß das Gericht sehr wohl auf politischen Druck reagiert — drei der Richter für Aufrechterhaltung von *Roe* waren von Reagan/Bush ernannt. Das Urteil wird als Mittelweg gepriesen. Das zeige nur, so *The Nation*, wie weit nach rechts die Diskussion gedriftet ist. Ein anderer Grund, warum die Gefahr in diesem Urteil nicht gesehen werde, ist, daß nach 20 Jahren Propaganda Abtreibung heutzutage in der öffentlichen Meinung fest mit Tragödie, Gewissensbissen, emotionalen Störungen und Belastungen assoziiert ist. Was ist dann so schlimm dabei, die Frauen dazu zu bringen, „sich Zeit zum Nachdenken zu nehmen“ und „beide Seiten zu hören“. Die Einschränkungen des Pennsylvania-Gesetzes lasten am schwersten auf den Jungen, der Landbevölkerung und den Armen. Eine 24stündige Wartezeit mag kein Problem sein, wenn die Klinik gerade um die Ecke ist. Was aber, wenn es zwei 150-km-Trips bedeutet, Hotel, Ausgaben für Kinderbetreuung, ausgefeilte Geschichten, um die Fahrten zu begründen, und eine Woche Verzug. — (ger)

Kroatien: Die Rückkehr der Ustaschen

In einem Interview mit einer tschechischen Zeitung erklärte erst kürzlich der stellvertretende Vorsitzende der in Kroatien herrschenden Partei HDZ, Mesic, daß das „gegenwärtige demokratische Kroatien den Ustaschen ermöglicht, wenn sie es wünschen, in ihre Heimat zurückzukehren“. Was hier einer der führenden Repräsentanten des kroatischen Staates anbietet, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß die zu Zeiten der Volksrepublik Jugoslawien rechtmäßig verurteilten Kriegsverbrecher unbehelligt wieder an die Stätten ihrer Bluttaten zurückkehren können.

Der Ustascha-Staat (1941–1945) war ein von den italienischen und deutschen Faschisten gebildetes und mit dem höchsten Segen des Vatikans versehenes Völkergefängnis, in dem mehrere Millionen Menschen hingerichtet wurden. Der Staat wurde diktatorisch von Ante Pavelic geleitet, der von Papst Pius XII. vor Amtsantritt feierlich in Rom gesegnet wurde. Es war vor allem auch die katholische Kirche, die nach der Zerschlagung des Ustascha-Staates durch die Volksbefreiungskräfte dafür sorgte, daß deren führende Repräsentanten, in der Regel als Priester verkleidet, entkommen konnten. Die nun zur Rückkehr

Aufgeforderten wissen, daß sie dort von gleichgesinnten Mitstreitern erwartet werden. So hat sich der Staatspräsident Kroatiens, Franjo Tudjman, mit seinem 1989 erschienenen Buch „Irrwege der Wahrheit“ als würdiger Nachfolger des Ante Pavelic erwiesen, wenn er dort auf Seite 172 behauptet: „Völkermordende Gewalt steht in Übereinstimmung mit der menschlich-sozialen und mythologisch-göttlichen Natur.“ Tatsächlich aber braucht Mesic die Ustaschen nicht zurückrufen, sie sind schon längst tätig. Unter der Duldung der Regierungspartei HDZ hat sich in Kroatien unter dem Theologen und Faschisten Paraga die HSP etabliert, die nach gängigen Schätzungen in der sogenannten kroatischen Verteidigungsarmee (HOS) 20000 unter Waffen hat und mit noch zusätzlich 16000 Ustaschen in Bosnien für die Bildung eines Großkroatischen Reiches mordet. Paraga bezeichnet die Bildung des ersten Ustascha-Staates als demokratischen Akt. Seine Truppen kämpfen mit nachgebildeten Ustascha-Uniformen und sie verteilen in Kroatien Landkarten mit dem Bildnis Ante Pavelics, auf denen Kroatien in den Grenzen verzeichnet ist, die unter der Habsburgermonarchie galten. — (hav)

Verbotsverfahren gegen HEP-Partei in der Türkei

Anfang Juli wurde vor dem Kassationshof der Türkei auf Antrag des Generalstaatsanwalts der Türkischen Republik ein Verfahren zum Verbot der mit dem kurdischen Befreiungskampf und der antifaschistischen Linken in der Türkei verbundenen Partei HEP („Partei der Arbeit des Volkes“) eröffnet. Im folgenden — gekürzt — die Erklärung des HEP-Vorsitzenden Feridun Yazar. — (rül)

„Politische Parteien sind Mittel, die die Gedanken der Gesellschaft an die Öffentlichkeit bringen und durch die Diskussion darüber Lösungen suchen. Die HEP ist die einzige Partei in der Türkei, die die seit 70 Jahren bestehende und den Entwicklungen in der Welt widersprechende Staatsauffassung der Verleumdung, der Verbote erneuern und dem Zeitalter anpassen will. Eine Partei, die festgestellt hat, daß die kurdische Frage das wichtigste Hindernis vor der Demokratisierung der Türkei ist und die ihren Beitrag zu friedlichen und demokratischen Lösungswegen leisten will.“

Die Schließung einer Partei kann die Entwicklung des Gedankens nicht verhindern. Dies haben wir in unserer jün-

sten Geschichte bei der Schließung der DK am 27. Mai (Demokratische Partei am 27. Mai 1960, Anm. d. Übers.), bei der Schließung von allen politischen Parteien am 12. September (1980, Anm. d. Übers.) gesehen. . . Die Initiative zur Schließung unserer Partei zeigt das wahre Gesicht der Regierung, die demagogisch von der „Schaffung einer sprechenden Türkei“ spricht. Nun sollte man nicht vergessen, keine Gesellschaft, deren Gedanken und Glauben man verbot, konnte zum Schweigen gebracht werden. . . Die Partei der Arbeit des Volkes hat sich keine Straftat zuschulden kommen lassen. Eine Straftat ist dagegen das jetzige nicht zeitgemäße Rechtssystem, welches sehr weit hinter den Werten des universellen Rechts zurückbleibt. . . Die Geschichte lehrt uns klar und deutlich: Dort, wo demokratische Wege versperrt werden, gewinnen antidemokratische Wege Übergewicht. Die Schließung politischer Parteien ist kein juristischer Vorgang, sondern eine politische Bevorzugung. Niemand kann diesen Vorgang mit dem Schatten der Justiz verschleiern.“

Internationale Umschau



Mit mehrtägigen Protestaktionen haben zahlreiche Bewohner des hispanischen Viertels von New York auf einen neuen Polizeimord reagiert. Am 3. Juli hatten Polizeibeamte den aus der Dominikanischen Republik stammenden 23jährigen José Garcia erschossen, angeblich weil sie bei ihm eine Waffe vermuteten. Daraufhin hatten mehrere hundert Demonstranten im Stadtteil Washington Heights im Norden von Manhattan gegen diesen offensichtlichen Polizeimord und gegen andere Polizeibrutalitäten protestiert. Bei den folgenden Straßenschlachten (Bild) wurde mindestens ein weiterer Demonstrant von der Polizei erschossen. — (rül)

Belgien: Wehrpflicht wird abgeschafft, Berufsheer

Am 3. Juli hat die belgische Regierung beschlossen, die seit 1914 bestehende allgemeine Wehrpflicht 1994 abzuschaffen. Zur Zeit besteht die belgische Armee aus 48000 Mann Berufssoldaten und 32000 Wehrpflichtigen. Geplant ist eine Berufsarmee von 40000 Mann. Zwischen Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten besteht über die Rückkehr zur Berufsarmee keine Differenz mehr, nachdem die Sozialdemokraten ihren Widerstand aufgegeben haben. In den letzten Jahren hatte sich die belgische Armee mehrfach an militärischen Interventionen in der früheren belgischen Kolonie Zaire beteiligt, um westliche Rohstoffinteressen zu sichern. Solche Interventionen werden durch die Rückkehr zur Berufsarmee erleichtert. Quelle: *Neue Zürcher Zeitung*, 5.16.7. — (rül)

Mohawk-Indianer von Gericht freigesprochen

Im Sommer 1990 hatte die kanadische Regierung auf dem Gebiet der Mohawk-Indianer in Oka nahe Montreal mit bewaffnetem Polizeieinsatz den Bau eines Golfplatzes durchsetzen wollen; an einer von den Indianern errichteten Straßenbarrikade kam ein Polizist um. Erst nachdem die Regierung 3000 Soldaten schickte, gaben die Mohawk die Barrikade auf. Jetzt sprach ein Geschworenengericht 34 angeklagte Indianer von dem Vorwurf des Aufruhrs und des Waffenbesitzes frei. Die Gebietsansprüche der Mohawk sind allerdings immer noch nicht anerkannt. *NZZ*, 7.7. — (alk)

Speditionskapitalisten müssen nachgeben

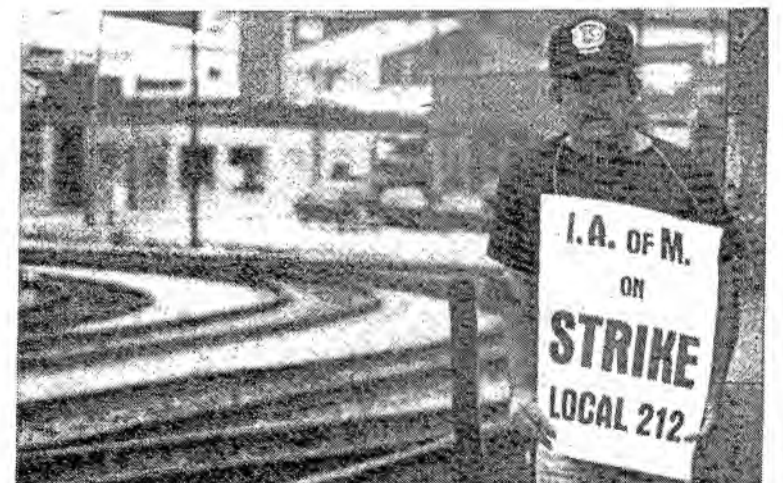
Hinter den Blockadeaktionen französischer LKW-Fahrer standen recht unterschiedliche Kräfte. Der Plan der Regierung, ein Punktesystem für Verkehrsverstöße mit Entzug des Führerscheins einzuführen, stieß bei den Fahrern auf Empörung, weil sie sich bei den herrschenden Arbeitsbedingungen zu ständigen Übertretungen gezwungen sehen. Die drei Kapitalistenverbände der Branche schürten diese Empörung und hofften damit das Punktesystem zu Fall zu bringen — Verkehrsregeln gelten weniger als Profitinteressen. Die Gewerkschaftsverbände CGT und FO, bei denen Teile der Fahrer organisiert sind, drängten auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die jetzt auch von den Arbeitgeberverbänden zugestanden wurden: Die Fahrer erhalten eine höhere Vergütung für die Arbeitszeiten, in denen sie nicht fahren; ihr Arbeitsplatz ist garantiert, falls sie den Führerschein wegen der neuen Regelung verlieren; die Unternehmen müssen freistellen für Nachschulungskurse, mit denen ein Fahrer seinen Punktestand reduzieren kann; bei Verstößen der Fahrer gegen die Ruhezeiten sollen künftig die Speditionen und Kunden Buße zahlen, nicht mehr der Fahrer. Das Punktesystem wird eingeführt; den Kapitalisten versprach die Regierung eine Erhöhung der Tarife und Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz. — (alk)

Südafrika: Generalstreik für den 3. August geplant

Am 15. Juli wird der UN-Sicherheitsrat auf Antrag der in der UNO vertretenen Befreiungsorganisationen aus Azania/Südafrika, dem ANC und dem PAC, über die Situation in Südafrika verhandeln. Beide Organisationen fordern jetzt gemeinsam internationale Kontrollen zur Entmachtung der weißen Minderheitsregierung und zur Durchführung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung. Internationale Kontrollen und insbesondere die Entmachtung von Militär und Polizei sind dringlich. Über 8000 Afrikaner haben seit 1990 in der Klerks „Demokratisierungsprozeß“ ihr Leben lassen müssen, die meisten von ihnen durch Massaker, in die die Sicherheitskräfte verstrickt waren. Die unabhängigen Gewerkschaftsverbände COSATU und NACTU hatten bereits seit längerem Vorbereitungen für eine Streikbewegung Anfang August getroffen. Dieser Streik sollte sich ursprünglich vor allem gegen Gesetzesplanungen der Minderheitsregierung zum Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und zur Steuergesetzgebung und gegen angekündigte Massenentlassungen in der Automobilindustrie wenden. Inzwischen ruft der ANC auf, den Streik zum Protest gegen die Minderheitsregierung zu nutzen. Die Gewerkschaften rufen zu einem einwöchigen Generalstreik ab dem 3. August auf. Die Rassistenregierung wird in ihren Drohungen gegen den Befreiungskampf immer unverhölicher. Ein Untersuchungsausschuß des Rassistenparlaments hat jede Beteiligung von „Sicherheitskräften“ am Massaker von Boipatong ausgeschlossen, aber die Zeugen des Tatortes nicht gehört. Der Ausschuß stützte sich auf Aussagen aus Reihen der Polizei und des Militärs. Das müssen diese rechten Kräfte als regelrechte Aufforderung zu weiteren Terroraktionen verstehen. Die Klerk und Minister Meyer erklärten, der ANC habe sich für den Konflikt und gegen Frieden und Verhandlungen entschieden. Die Regierung habe sich und das Land von der Apartheid befreit, aber die schwarze Opposition halte sich nicht an die demokratischen Spielregeln. So kann man einen erneuten Kriegszustand auch ankündigen. — (ulr)

Weg von der Neutralität, hin zu Nato und WEU

Der neue Bundespräsident Thomas Klestil machte bei seinem Amtsantritt deutlich, daß er die durch Verfassung vorgeschriebene Neutralität Österreichs so uminterpretieren will, daß sie für den beantragten EG-Beitritt, einschließlich politischer und militärischer Folgen, kein Hindernis darstellen soll. Klestil erklärte, Österreichs Politik werde sich „von der Neutralitätspolitik in Richtung Solidarität entwickeln“. Als Beispiel nannte er den Transit von Kriegsmaterial der Nato-Staaten während des Golfkrieges. „Wenn es in Zukunft ein Sicherheitssystem gibt, das Solidarität vorsieht — alle schützen einander gemeinsam vor einem Rechts- und Friedensbrecher —, dann wird Österreich meines Erachtens an diesem System teilnehmen“, sagte Klestil. Daß er dabei an WEU-Einsätze denkt, zeigt der Verweis auf Jugoslawien, gegen das Europa noch keine gemeinsame Sicherheitspolitik entwickelt habe. *NZZ*, 11.7. — (alk)



Anfang August endet das von US-Präsident Bush mit Unterstützung des Kongresses verhängte bundesweite Streikverbot für die US-Eisenbahngewerkschaften. Die US-Eisenbahner haben seit vier Jahren von den Eisenbahngesellschaften keine Lohnerhöhung mehr erkämpfen können. Nach Angaben der Maschinenengewerkschaft IAM verdienen die IAM-Mitglieder derzeit im Jahr im Durchschnitt nur etwa 40000 DM brutto, das sind ca. 3300 DM brutto im Monat. Die Eisenbahnkapitalisten setzen sie durch die Ausweitung von Leiharbeit weiter unter Druck, um so ihre Löhne weiter zu senken und die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern zu können. Bild: IAM-Streikposten vor Verhängung des Verbots. — (rül, Bild: AFL/CIO-News)

Jungheinrich stellt die Weichen neu

Hamburg. Am 24. Juni 1992 fand die diesjährige Hauptversammlung der Jungheinrich AG in Hamburg statt. Erneut hatte der Konzern seinen Umsatz zweistellig um 13 % auf 1,615 Mrd. DM steigern können. Zum vierten Male hintereinander hat damit der Hersteller von Gabelstaplern zweistellige Zuwachsraten seinen Aktionären präsentieren können. Seit 1985 hat sich innerhalb von sechs Jahren der Umsatz nahezu verdoppelt.

Nun sucht die Jungheinrich AG Mittel und Wege, ihren Profit durch ein zusätzliches Geschäftsfeld zu erhöhen und gleichzeitig abzusichern. Denn dieses Geschäftsfeld soll nach den Vorstellungen des Vorstandes in der Lage sein, konjunkturelle Schwankungen aufzufangen. Steht es schlecht um den Verkauf von Gabelstaplern, soll wenigstens das neue Geschäft ordentlich brummen. Allgemein ist die Spekulation jetzt groß, wen die Jungheinrich AG schlucken wird. Man will sich Zeit lassen. Ist aber gewappnet, in einer Größenordnung von einem Drittel des Umsatzes zuzuschlagen.

Auf der Hauptversammlung wurden bereits einige Negativ-Kriterien genannt: „Das neue Geschäftsfeld soll nicht in einem Bereich operieren, der sich durch eine konzentrierte Nachfra-

gemacht auszeichnet. Unter den Zulieferanten für die Automobilindustrie z.B. wird man Jungheinrich nicht finden. Auch von Hauptinteressengebieten von Großkonzernen werden wir uns fernhalten. Schließlich werden wir uns nicht in Märkten mit einseitiger Technologieabhängigkeit betätigen...“ So äußerte sich der Vorstand den Aktionären gegenüber.

Auf der anderen Seite verfolgt die Jungheinrich AG weiterhin hartnäckig eine Politik der Kooperation nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Erklärter Hauptfeind aller europäischen Gabelstaplerhersteller ist die japanische Konkurrenz; der größte europäische Konkurrent, der Lindekonzern, soll gewonnen werden für eine Kooperation bei der Fertigung von Elektromotoren.

Eine gemeinsame, in die Tschechoslowakei ausgelagerte Fertigung mit 80 Pfennig Stundenlohn auf hohem technologischen Niveau ist dabei so ganz nach dem Geschmack der Chefetagen. Nur bangt hier nun jede Seite, ob der jeweilige Konkurrent das lukrative Geschäft am Ende alleine machen wird.

Eine Kooperation mit Mannesmann Demag bei Fahrerlosen Transportsystemen (FTS) zum 1. Januar 1993 ist fast schon unter Dach und Fach. — (hel)

Grüne Regierungsbilanz in Niedersachsen

Nach zwei Jahren Landesregierung von SPD und Grünen in Niedersachsen haben die Regierungsparteien Bilanzen gezogen über ihre bisherigen Tätigkeiten. Wir dokumentieren Ausschnitte aus einem Text der Vorsitzenden der grünen Landtagsfraktion, Thea Dückert, zum „Wirtschaftsumbau“.

In umweltzerstörerischen Bereichen muß die Produktion — wenigstens relativ — schrumpfen (z.B. CO₂, Müll, Chlorchemie, Energieverbrauch, Individualverkehr, Massentierhaltung, Landschaftsverbrauch). In anderen Bereichen wird von uns Wachstum angestrebt (z.B. ÖPNV und Ö-Güterverkehr, Erschließung regenerativer Energiequellen, Gift- und Müllvermeidungstechniken, Wohnungsbau, artgerechte Tierhaltung, Bio-Landbau, sanfte Chemie) ...

Erreichtes
Die Wirtschaftspolitik in Niedersachsen hat sich tatsächlich verändert: im Anspruch, in den Instrumenten, in den Formen und Inhalten. Die Zielformulierung des Ökologiefonds bringt dies im Amtsdokument zum Ausdruck: „Eine der wesentlichen Aufgaben, denen sich die niedersächsische Landesregierung verpflichtet fühlt, ist die Umstrukturierung der Produktionsprozesse der niedersächsischen Wirtschaft auf umweltfreundliche Verfahren, die selbst bereits Rohstoffe und Energie einsparen, Emissionen deutlich verringern und Abfälle vermeiden helfen.“

Mit der Veränderung des Gesetzes für die Mittelstandsförderung wurde ein spezieller Darlehenstopp für Existenzgründungen durch Frauen geschaffen (1991 = 3,5 Mio. DM). Neu und auch auf grünem Mist gewachsen ist der mittlerweile zum Herzstück der niedersächsischen Wirtschaftsförderung gewordene Ökologiefonds. Mit einem Volumen von mehr als 250 Mio. bis 1994 ersetzt er Stück für Stück die alte Gießkannenförderung ...

Auch die Energieagentur ist eine bundesweite Neuheit. In einer gemeinsamen Gesellschaft des Landes und der Veba werden unter der Leitung von Stefan Kohler konkrete Projekte zur Energieeinsparung und rationalen Energieverwendung entwickelt und umgesetzt. Zur Zeit (nach einem Jahr) sind bereits 77 Projekte auf dem Weg ...

Wesentliche Infrastrukturentscheidungen werden in Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden inhaltlich ausgeführt. Beispiele:

— In Cuxhaven wird die Industriebrache Amerikahafen reaktiviert; der gegen GRÜNE und Umweltschutzverbände geplante Cuxport auf der Wiese ist begraben worden.

— Auch das Hafenprojekt am Rhysumer Nacken (Emden) ist im Kampf gegen den Dollarthafen von Umweltverbänden entwickelt worden und wird nun umgesetzt.

— Ganz sicher ist auch die Entscheidung zur Luneplate ein (wie der Landkreis Cuxhaven protestierend festgestellt hat) bundesweit einmaliges Ereignis. Eine unter großem Aufwand vorbereitete Fläche von ca. 1300 ha für großindustrielle Anlagen wird gegen den erheblichen Widerstand des SPD-Kreises und auch gegen die Wünsche der Ampelkoalition in Bremen auf 100 ha reduziert. Oder andersherum: 1200 ha werden dem Naturschutz überantwortet.

Nicht-Erreichtes

— Die Beteiligung des Landes zum Arbeitsplatzverlust bei der Olympia-AG Wilhelmshaven ist leider am Widerstand des Daimler-Benz-Konzerns gescheitert

— Der Fonds für Betriebsübernahmen durch Arbeitnehmer ist erst mickrig mit 200000 DM für Untersuchungen und Beratungen ausgestattet.

— Eine spezielle Förderung von Selbstverwaltern durch die Gründung einer Risikofinanzierungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft liegt auf Eis.

— Die Regionalisierung der Strukturpolitik kommt nicht in unserem Sinne mit echter Beteiligung von Umweltverbänden und Gewerkschaften voran ... die Idee der regionalen Entwicklungszentren ist zu neu, als daß sie so einfach zu realisieren wäre ...

Schwebendes und Schwieriges

Die Meyer-Werft macht sich nicht nur an die Ems, sondern nun auch an die Insel Rügen heran. Der politische Druck ist hoch und unsere Leute vor Ort sind nicht ganz geschlossen ... Es gibt keinen Grund, der Emsvertiefung zuzustimmen.

— Stadoil: Der Nationalpark Wattenmeer ist für uns tabu. Die Anlandung des Erdgases in Niedersachsen ist aus energiepolitischer Sicht allerdings wichtig. Es muß und kann eine Lösung ohne eine Verletzung des Nationalparks geben, z.B. über Emshaven (Holland) oder die Jade. Stellt sich Stadoil stur, kann das Projekt nur scheitern.

Fazit: Gerade in diesem Bereich ist unser größtes Hemmnis unsere zu enge Personaldecke, mit mehr Woman-power könnten wir besser am Ball bleiben. Dennoch bzw. auch deshalb ist es für uns erstaunlich, daß gerade in der Neugestaltung der Wirtschaftspolitik z.B. mit dem Ökologiefonds, beim Amerikahafen oder bei der Luneplate folgenreiche Umsteuerungen von uns kamen.

Quelle: grüne zeiten, Zeitung der GRÜNEN Niedersachsen, 6/92 — (gka)

Stahlindustrie: Neue Rationalisierungswelle

Düsseldorf. In der Stahlindustrie stehen erneut massive Rationalisierungsmaßnahmen an. Aus Planungsdaten, die der Landesregierung vorliegen, geht hervor, daß in den nächsten zwei Jahren in NRW mindestens 12000 Beschäftigte abgebaut werden sollen. Allein durch die Fusion der Thyssen Edelstahl AG mit der Thyssen Stahl AG sind 5000 Arbeitsplätze betroffen. Die bisherigen Sozialpläne stellte die Konzernleitung in Frage. Mehrere tausend Stahlarbeiter demonstrierten am 17.6. vor der Düsseldorf Konzernzentrale. Auch die 3500 Beschäftigten der Vereinigten Schmiedewerke GmbH (VSG) haben Arbeitsniederlegungen und andere Aktionen durchgeführt. Sie befürchten, daß dieser Betrieb — er gehört Thyssen, Krupp und Klöckner — in den Konkurs getrieben werden soll. — (wof)

Grenzen auf für bosnische Flüchtlinge!

München. Nahezu alle bosnischen Flüchtlinge, die an der österreichischen Grenze in die Bundesrepublik gelangen wollen, werden derzeit abgewiesen. Im Juni beschloß die Innenministerkonferenz Visa-Pflicht, wobei Visa nicht erteilt werden. In Österreich, besonders in Salzburg, sind alle Unterkünfte überbelegt. Die Kirchen, die Caritas und die Asylinitiativen in Salzburg kritisieren die deutsche Politik. Flüchtlingsräte aus Nordrheinwestfalen, Berlin, Niedersachsen, der Bayer. Flüchtlingsrat und die Grünen im Bayerischen Landtag rufen zu Aktionen an der deutsch-österreichischen Grenze auf. Mit Transparenten und Flugblättern wurde bei der ersten gemeinsamen Aktion von Gruppen aus

Österreich und der Bundesrepublik gefordert: „Grenzen auf für bosnische Kriegsflüchtlinge!“ — (lsc)

Information und Koordination: Bayer. Flüchtlingsrat, Daiserstr. 9, 8000 München 70. Tel.: 089/7257774 oder Grüne Landtagsfraktion, Pressesprecher, Tel. 089/4 1260

SPD Stuttgart gegen GmbHs im Gesundheitswesen

Stuttgart. Gegen die Stimmen der SPD, der Grünen und der fraktionslosen Stadträtin S. Blum beschloß der Gemeinderat, die herzchirurgische Klinik, die auf dem Gelände des Katharinenhospitals gebaut wird, an die Sana GmbH zu verpachten. Die Kreiskonferenz der SPD sprach sich am 13.6. einstimmig gegen GmbHs und für die Rechtsform der Eigenbetriebe aus. In der Begründung heißt es: „Die Gesundheitspolitik der Stadt Stuttgart droht der Kontrolle und Steuerbarkeit der politischen Gremien zu entgleiten. Damit werden Gewinne von privaten Eignern auf Kosten der Allgemeinheit finanziert, während die Verluste bei der Stadt verbleiben...“ Quelle: Krankenhausinfo der ÖTV — (evc)

Protest gegen Filbinger beim Jubiläum der Uni Ulm

Ulm. Bei einem Festakt zur 25-Jahr-Feier der Universität am 5. Juli protestierten einige AStA-, UStA- und Fachschaftsstudenten gegen den Regierungsplan zur Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft ohne politisches Mandat und gegen die Anwesenheit von Hans Filbinger. Die Studenten hatten sich Maulkörbe umgebunden und verteilten Flugblätter im Saal. Sie forderten Filbinger auf, das Podium zu verlassen. Der war als Zeitzeuge und ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württem-

berg geladen. Nachdem Filbinger den Studenten ein Gespräch anbot, beendeten sie die Protestaktion. Bei dem Gespräch verteidigte er die Auflösung der Verfaßten Studentenschaft 1977 als notwendige Maßnahme „gegen den politischen Terror“. Seine Marinerichtervergangenheit rechtfertigte er ebenfalls: Er sei das Opfer einer Rufmordkampagne gewesen. Der ihm vorgehaltene Anspruch, was damals recht war, könne heute nicht unrecht sein, sei böswillig ungezählte Male zitiert worden. Tatsächlich habe er ihn nur auf den Fall eines verurteilten Fahnenflüchtigen bei der Kriegsmarine bezogen. (Anmerkung der Redakteurin der SWP: Es war ein Todesurteil.) Das schwere Urteil sei notwendig gewesen, da die Marine die Aufgabe hatte, Ostflüchtlinge zu retten und dieser Einsatz gefährdet worden wäre, wenn das Beispiel Schule gemacht hätte. „Ihr habt es hingelassen“, warf er den Studenten vor, „daß ein Mann, der ein weißes Brustteil hat, diffamiert wird.“ Quelle: *Südwestpresse* 6.7. — (etr)

Strafanzeige gegen Wilhelmshavener Faschisten

Wilhelmshaven. Ende Juni verteilte der faschistische „Deutsche Kameradschaftsbund“ in Wilhelmshaven Flugblätter unter dem Titel „Achtung! Linker Radikaler“, in denen der örtliche Kreisvorsitzende des DGB, Manfred Klöpper, diffamiert wurde. Ihm wurde unterstellt, „Kontakte zu Gewalttätern und mutmaßlich zu Personen des terroristischen Umfeldes“ zu haben. Klöpfers Familie bekam Drohanrufe. Für ihn sei der Vorgang „Ansporn mehr zu tun, statt zurückzustecken“, erklärte er auf einer Pressekonferenz. Klöpper stellte jetzt Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede. — (jot)



Auch nach drei Jahren: Mahnwache für Kemal C.

Essen. Auf Initiative der Familie fand auch in diesem Jahr wieder eine Mahnwache zum Todestag von Kemal C. statt. Über 60 Leute versammelten sich am 30.6. in der Nähe der Stelle, an der der 13-jährige Junge vor drei Jahren von der Essener Polizei erschossen wurde. Eine gerichtliche Klärung der Vorgänge konnte von der Staatsanwaltschaft verhindert werden. Damit gibt sich die Familie nach wie vor nicht zufrieden. Im Rahmen des Zivilrechts hat sie jetzt den nordrhein-westfälischen Innenminister als obersten Polizeichef auf Schadensersatz verklagt. — (wof, Bild: syb)

Positionen der GEW zum CDU/SPD-Koalitionspapier im Schulwesen

Stuttgart. Nach den baden-württembergischen Landtagswahlen am 5.4.92 hegte die GEW die Hoffnung, die SPD werde die von ihr seit langem unterstützten gewerkschaftlichen Anliegen nachdrücklich in eine Koalitionsvereinbarung einbringen. Während der Koalitionsverhandlungen faxte die GEW einen Vorschlag nach dem ändern an die SPD-Verhandlungskommission. Mal sehen, mit welchem Erfolg.

Arbeitszeitverkürzung

GEW: Die Lehrerinnen und Lehrer müssen endlich an der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit beteiligt werden; die Umsetzung des Tarifvertrages von 1988 ist überfällig. Sofort muß die Unterrichtsverpflichtung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie der Technischen Lehrerinnen und Lehrer auf das Deputat der Schule abgesenkt werden, an der sie unterrichten.

Koalitionsvereinbarung: Die Arbeitszeit der Lehrer wird spätestens ab dem 1.8.1994 um eine Deputatsstunde gekürzt. Die drei unterrichtsfreien Tage entfallen dann (diese waren von der Landesregierung anstelle einer Arbeitszeitverkürzung 1989 verordnet worden). Die besondere Belastung der Fachlehrer/innen an Sonderschulen für Geistigbehinderte soll unabhängig davon durch eine Kürzung des Deputats um eine Wochenstunde zum 1.2.1993 abgebaut werden.

Sicherung der Unterrichtsversorgung GEW: Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung ist die Schaffung neuer Stellen notwendig. Um den Status Quo der Unterrichtsversorgung (Schuljahr 1989/90) zu erhalten, sind bis zum Jahr 2000 zusätzlich 20000 neue Lehrerstellen notwendig (pro Jahr 2500). Die beruflichen Schulen sind vorrangig auszubauen. Die Unterrichtsversorgung ist so zu verbessern, daß der im Schulentwicklungsplan II vorgesehene Unterricht an zwei Berufsschultagen erteilt werden kann (13 Wochenstunden Unterricht).

Koalitionsvereinbarung: Bildungspolitisch wäre die Schaffung von 1200 neuen Lehrerstellen notwendig. Aus heutiger Sicht sind jedoch haushaltspolitisch im äußersten Fall 1000 Neustellen finanzierbar. In den Haushaltsjahren 1993 und 1994 werden deshalb jeweils 1000 neue Lehrerstellen geschaffen.

Bewertung: Seit 1974 sind die Lehrkräfte an den staatlichen Schulen von den Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst (fünf Wochenstunden) ausgenommen worden. Seit 1988 hat die GEW eine Reallohnensicherungspolitik mitgetragen mit dem Argument, damit einen Teil der Arbeitszeitverkürzung zu finanzieren. Eine Unterrichtsstunde pro Woche weniger verpufft bei den gleichzeitig stark steigenden Schülerzahlen pro Klasse. Weiterhin sollen Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte über 30 Wochenstunden Unterrichtsver-

pflichtung haben bei 30 % weniger Lohn als Lehrkräfte der Sekundarstufe II. Die wenigen Neustellen werden in vielen Bereichen in den kommenden Jahren zu unerträglichen Zuständen für Schüler und Lehrkräfte führen, insbesondere im beruflichen Schulwesen zu massiven Kürzungen des Unterrichtsangebots.

Demokratisierung des Schulwesens

Die GEW verlangte hier u.a., daß die Schulleitungen auf Zeit gewählt werden, die Mayer-Vorfelderschen Kontrollinstrumente wie die Regelbeurteilungen durch den Schulleiter und die verbindliche Erstellung von Stoffverteilungsplänen fallen müssen. Weiter sollen alle zentralen Prüfungen (Abitur, Abschlußprüfung an Haupt-, Realschule, zentrale Klassenarbeiten am Gymnasium sowie die Abschlußprüfung an beruflichen Schulen) abgeschafft werden. Der Forderung der Schülerbewegung nach einer landesweiten Schülervertretung (LSV) ist nachzukommen.

SPD/CDU wollen das Schulgesetz neu formulieren mit der Zielsetzung, die *Mitwirkungsrechte* (das sind lediglich Anhörungsrechte, d.Verf.) aller am Schulleben Beteiligten zu stärken. Eine LSV wird eingerichtet. Wie sagte doch der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Oettinger gegenüber Kritikern aus den eigenen Reihen: „Da ist ein etwas moderiertes CDU-Programm herausgekommen.“ — (zsm)



Mannheim. In verschiedenen Betrieben gab es Kundgebungen gegen den geplanten Karenztag, u. a. bei Daimler-Benz, bei AAB und bei den Drais Werken. Bild: Protestkundgebung bei ABB Käfertal am 6. Juni. Es spricht gerade der Betriebsratsvorsitzende Dieter Münch. — (aus: Kommunal-Info Mannheim, Bild: scr)

Ausschluß vom Erziehungsgeld ist verfassungswidrig

Karlsruhe. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat jetzt entschieden, daß der Ausschluß türkischer Familien vom Landeserziehungsgeld verfassungswidrig ist. Das Land zahlt nach Ablauf des 1986 eingeführten Erziehungsurteils ein Jahr lang monatlich 400 DM. Anspruchsberechtigt sind Elternteile, die nicht erwerbstätig sind oder ihre Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung unterbrechen. Weitere Voraussetzungen: Das Nettofamilieneinkommen darf im Jahr vor der Geburt des ersten Kindes 2000 DM nicht übersteigen (für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um 300 DM) und das Kind muß deutsch sein oder von EG-Ausländern abstammen. In der Urteilsbegründung wird für die steigenden Kosten des Landes schon ein Ausweg angedeutet: Möglicherweise könnte „die Höhe reduziert oder die Gewährung gar ganz eingestellt werden müssen“. In der Entscheidung, die durch einen Musterprozeß des DGB herbeigeführt wurde, ist von einem Anspruch der ausländischen Familien auf Nachzahlungen keine Rede.

Quelle: BNN, 3. 5. 92, 16. 6. 92 — (bab)

Bayerns Milchbauern gehen auf die Barrikaden

München. Bayerns Milchbauern sind empört über die Aufstockung der Milchquoten in Italien, Spanien und Griechenland. Die bayerischen Milchzeuger hätten absolut kein Verständnis, wenn insbesondere Italien für gigantische Überbelieferung bei Milch keine Superabgabe bezahlen muß. Eine derartige Sonderbehandlung könne nicht akzeptiert werden.

Das Vertrauen in eine gemeinsame EG-Agrarpolitik werde ausgehöhlt, der Grundsatz der Gleichbehandlung eklatant verletzt. „Allein die Politik ist dafür verantwortlich“, so der Präsident des BBV, G. Sonnleitner, „wenn es auch bei uns zu Bauernprotesten ähnlich wie in Frankreich kommt.“ bbv-Pressedienst 8. 7. 92 — (ecg)

Roma suchen Schutz vor erneuter Vertreibung

Köln. Am 19. Juni haben fünf Roma-Familien in den Gemeinderäumen der Antoniter-Kirche in der Innenstadt Zuflucht gesucht. Sie sahen keine andere Möglichkeit mehr, sich und ihre Kinder vor der drohenden Abschiebung in den Bürgerkrieg des ehemaligen Jugoslawien zu schützen. Sie wünschen sich endlich ein gesichertes Bleiberecht, das den Teufelskreislauf von Vertreibung und Flucht durchbricht. Am 30. Juni endet die Duldung von weiteren ca. 20 Familien, die Anfang des Jahres gegenwärtig das „Re-Integrationsprogramm“ der NRW-Regierung unterschrieben hatten, um nicht schon damals abgeschoben zu werden. Deshalb ist zu erwarten, daß von den schätzungsweise 400 ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Köln lebenden Roma im Verlauf der nächsten Wochen weitere 100 Menschen ebenfalls illegalisiert werden. Nach einem gemeinsamen Fest auf dem Kirchengelände der Antoniter-Kirche zugunsten der Roma erklärte am 13. Juli der Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Köln, daß der Kirchenvorstand beschlossen haben, daß die fünf Roma-Familien bis zum 26. September geduldet werden. Er forderte die Stadt und die Landesregierung auf, ein Bleiberecht für Roma einzuführen. — (uld)

G 7-Treffen koordiniert imperialistische Politik

München. Am vergangenen Freitag ging die Meldung „WEU und NATO beschließen Einsatz vor jugoslawischer Küste“ durch die Medien. So schnell haben sich die inoffiziellen Beschlüsse der sieben mächtigsten Industrienationen während ihres Münchner G 7-Treffens vom 6. bis 8. Juli in praktische Politik umgesetzt, die häufig zu hörende Kritik „in München wurden keine konkreten Beschlüsse gefaßt“ und der damit verbundene naive Glaube an ein transparentes Treffen der imperialistischen Staatschefs ad absurdum geführt.

Schon in der am Dienstag, dem 7. Juli, veröffentlichten „Erklärung zum ehemaligen Jugoslawien“ wurde von Seiten der G 7 mit Militäreinsätzen gedroht. Am Mittwoch war das Thema dann noch einmal „Chefsache“ — in den hiesigen Medien verschwiegen. Dort wurden dann vermutlich die Pläne weiteren militärischen Eingreifens abgestimmt. Am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki, zu der u. a. Bush und Mitterand direkt weiterflogen, wurde dann die erste Stufe des Eingreifens im Mittelmehr bekanntgegeben.

Auch mit der Erklärung Kohls anläßlich der gemeinsamen Pressekonferenz mit Jelzin wurde deutlich, daß die G 7-Staaten den russischen Präsidenten „nachdrücklich bestärkt“ — also unter Druck gesetzt — haben, den „Reformkurs“ fortzusetzen. Der wichtigste Punkt der Gespräche war die Sicherheit der Atomkraftwerke und die Kontrolle über die Nuklearwaffen der GUS. Höchste Bedeutung messen die westlichen Führungsnationen der Etablierung weltweiter wirksamer Exportkontrollen von Nuklearmaterial, Waffen und anderen, sensiblen Gütern und Technologien bei. Dafür wollen sie Schulungsmaßnahmen und praktische Hilfe bereitstellen.

Auch bei diesem Thema wird die Verquickung politischer und militärischer Interessen deutlich. In den Ländern Ost- und Mitteleuropas gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Reaktortypen — den auch bei uns gebauten Druckwasserreaktor und den Tschernobyltyp Druckröhrenreaktor. Letzterer wurde von der Siemens-Tochter Kraftwerkunion (KWU) mitgebaut und Anfang der achtziger Jahre in deutschen Atommagazinen als sicher bezeichnet — dies wurde nach dem Unfall 1986 meist verschwiegen. Die Druckwasserreaktoren werden kaum sicherer sein, aber nur für die Tschernobylbaureihe wird eine sofortige Stilllegung gefordert. Grund: Er ist für die militärische Produktion von Atomwaffen geeignet.

Es geht bei diesen Forderungen nicht

um eine gemeinsame Regelung der Abschaffung aller Atomwaffen, sondern einzig und allein darum, daß in Zukunft nur die G 7-Staaten, und unter ihnen auch nur die USA, Großbritannien und Frankreich, die Verfügungsgewalt über die entsprechende Technologie besitzen. In diesem Sinne müssen auch die Hilfen zur „Sicherung und Stilllegung“ der AKWs und zur Eingliederung ehemaliger sowjetischer AtomwissenschaftlerInnen in die sogenannte zivile Forschung verstanden werden.

Die Proteste gegen diese Weltherrschaftspolitik sollten dagegen von Beginn an im Keim erstickt werden. Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels wurden zwei von 500 Personen besuchte Mobilisierungsveranstaltungen zum Gegenkongress und den Aktionstagen von der Polizei gestört. Wenige Tage vor Beginn des Kongresses wurden die bisher zugesagte Nutzung der Universitätsräume rückgängig gemacht. „Die Universität könne Schaden nehmen“, so Rektor Steinmann. Jugendzentren und Campingplätze wurden von den bayerischen Behörden angewiesen, „alles was nach WWG-Gegner aussieht“ abzuweisen.

Gerade aufgrund dieser Repression, die dann in den brutalen Knüppeleinsätzen der bayerischen USK-Sturmtruppen ihre konsequente Weiterführung fand, ist die Durchführung aller geplanter Gegenaktivitäten als Erfolg zu werten. Nach anfänglichen Streitereien inner-



500 Menschen wurden — weil sie pfliften, statt zu jubeln — in diesem Kessel drei Stunden lang festgehalten, dann zum Unterbindungsgewahrsam abtransportiert, aber auf Anordnung des diensthabenden Amtsrichters nach weiteren sechs Stunden alle entlassen. — (ecg)

halb des sehr breiten Anti-WWG-Bündnisses über Unibesetzung ja oder nein, fand die Eröffnungsveranstaltung des Gegenkongresses am Freitagabend (3. 7.) in den Räumen einer Kirche statt. Dem ging eine Spontandemonstration mehrerer tausend Menschen voraus. Die in den Uniräumen geplanten Foren, zu Ökologie, Herrschaftssicherung, Bevölkerungspolitik etc. mußten am Sonntagabend und Sonntag in sieben verschiedenen Kirchengemeinden dezentral stattfinden. Mehr als 2000 Menschen beteiligten sich.

Die Dezentralität führte natürlich zu inhaltlichen Problemen. Einerseits wurde angesichts der Tatsache, daß die Kirche in der 500jährigen Geschichte des neueren Kolonialismus immer auf Seiten der Herrschenden stand das Thema Unibesetzung wiederbelebt. Andererseits konnten die Diskussionen nicht wie geplant vernetzt werden. Dazu diente jetzt ausschließlich das gemeinsame Abschlusssplenum.

Am Sonnabend setzten etwa 20000 Menschen unter massiven Polizeiprovisionen eine Grundkundgebung und Demonstration gegen den G 7-Gipfel durch. Vom 6. bis zum 8. Juli fanden parallel zum Gipfel der Herrschenden Gegenaktivitäten statt, die immer wieder vom bayerischen „Unterstützungskommando“ — einer knapp 700 Mann starken paramilitärischen Sondereinheit — angegriffen wurden, aber nicht verhindert werden konnten.

Die Öffentlichkeit, vor allem auch die Münchner Boulevardpresse, stand häufig auf Seiten der GipfelgegnerInnen. Es kam zu mehr als 500 vorläufigen Festnahmen, eine Person befand sich vier Tage in „Unterbindungsgewahrsam“.

Begleitet waren die Knüppeleinsätze der Staatsmacht von einer technisch perfektionierten Repression. Zivile Videodokumentationstrupps der Polizei sendeten ihre Aufnahmen von Demonstrationen direkt in die Zentrale der Einsatzleitung. Dort wurden nicht genehme Personen auf einem Videoprinter ausgedruckt. Diese Steckbriefe wurden wiederum sofort an Sondereinsatzkommandos und Festnahmetrupps ausgehändigt. Diese verprügelten bzw. nahmen die entsprechenden Leute fest.

Ob sich der aktuelle Erfolg der Gegenaktivitäten langfristig bemerkbar machen wird, wird vorrangig davon abhängen, ob die meisten TeilnehmerInnen nur als KonsumentInnen anwesend waren oder ob sie die Möglichkeiten der internationalen Kontaktaufnahme und Vernetzung genutzt haben und in ihrer alltäglichen Arbeit umsetzen. — (ike)

Geld strahlt nicht . . . Unzulässige Einnahmen

Gorleben. Seitdem auf dem Gemeindegebiet von Gorleben verschiedene Anlagen zur „nuklearen Entsorgung“ der BRD geplant und gebaut werden, fließen in das Dorf an der Elbe Ströme von Geld. Jährlich gibt der Bund sogenannte „Ausgleichszahlungen“ in Höhe von 208 500.- DM, von Gegnern der Atomanlagen als „Schmiergelder“ bezeichnet. Jährlich kommen weitere 300 000.- DM hinzu, direkt vom Betreiber des atomaren Zwischenlagers, der Brennelement-Lagergesellschaft Gorleben (BLG). Als 1982 das Lager gebaut wurde, hatte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) mit dem Landkreis Lüneburg-Dannenberg, der Samtgemeinde Gartow und der Gemeinde Gorleben einen Vertrag unterzeichnet, der eine solche Infrastrukturhilfe vorsieht. Einmalig erhielten die drei kommunalen Körperschaften fünf Millionen Mark für ihre Haushalte. Eine weitere Million, brüderlich geteilt im Verhältnis 30 : 40 : 30.

Als 1990 die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) zur Behandlung von hochradioaktiven Abfällen für ein mögliches Endlager genehmigt werden mußte, gab es wieder Geld für die Kommunen: Die BLG zahlt einmalig 5 Mio, in jedem folgenden Jahr weitere 500 000.- DM. Damit das Interesse der kommunalen Körperschaften an der PKA auch anhält, werden die Zahlungen bei Inbetriebnahme fällig. Für Gorleben bedeutet das

einmalig 1,5 Mio und jährlich weitere 150 000.- Mark.

Aber auch die BLG hat im Gegenzug ihre Vorteile. Bis zum Juni 1992 ist da z. B. eine Rate ihrer Gewerbesteuerzahlungen fällig gewesen. Aber davon wird die BFG kaum etwas bezahlen müssen. Denn die Gewerbesteuer der Atomfirma, so vereinbarten es die Gemeinde Gorleben und die BLG 1990 schriftlich, wird als Tilgung eines Darlehens verrechnet. 1,25 Mio. Mark reichten die Atomwerke der Gemeinde 1990, nach PKA-Baubeginn, über den Tisch, zinslos und unbefristet.

Damit nicht etwa andere Einnahmen für die Rückzahlung dieses günstigen Kredits in Anspruch genommen werden müßten, reserviert der Vertrag ausdrücklich nur die Gewerbesteuererinnahmen soweit sie 500 000.- Mark überschreiten für die Tilgung des Darlehens. Der Bund der Steuerzahler in Niedersachsen sieht darin eine „unzulässige Vorabbindung von Steuereinnahmen“. Für den Landkreis Lüneburg-Dannenberg besteht jedoch kein Anlaß, den Gorleber Kreditvertrag zu beanstanden, es gebe „keine Handhabe dagegen“. Die rot-grüne Landesregierung in Hannover gab sich mit dieser Auskunft zufrieden. Der Erfolg liegt vor Ort: Bürgermeister Krüger eröffnete für sein 623 Einwohner zählendes Dorf Gorleben eine 6,5 Mio. DM teure, nur aus „Eigenmitteln“ finanzierte Mehrzweckhalle. — (edt)

Mieterhöhungen — Wohnungskrise verschärft sich weiter

Hamburg. Der Hamburger Senat hat beschlossen, die Mietobergrenzen für die ca. 275 000 Sozialwohnungen um mindestens 0,40 DM pro Quadratmeter zum 1. 8. 1992 heraufzusetzen; die Mieten der rund 17 000 Sozialwohnungen in Großsiedlungen sollen sogar um 0,70 DM je Quadratmeter steigen.

Die Mietobergrenzen legen die Brutto-Kaltmieten (Grundmiete plus Betriebskosten) fest, die die Mieter von Sozialwohnungen zu bezahlen haben. Die Mietobergrenzen sind nicht immer die tatsächlichen Kostenmieten; für knapp ein Fünftel der Wohnungen wird die Differenz zwischen der Kostenmiete und der festgesetzten Brutto-Kaltmiete vom Senat mit ca. 50 Mio. DM subventioniert. Die Mietobergrenzen beziffern sich ab 1. 8. 92 bei Wohnungen, die bis 1964 erbaut wurden, je nach Ausstattung auf 8,65 DM bis 9,25 DM, bei Wohnungen, die bis 30. 6. 1970 erbaut wurden, liegt die Mietobergrenze bei 9,45 DM, in Großwohnanlagen bei 8,80 DM und bei Wohnungen, die ab 1970 erbaut wurden, liegt die Miete bei 9,85 DM, in Großwohnanlagen zwischen 8,70 DM und 9,20 DM pro Quadratmeter. Anlaß für die Mieterhöhungen seien gestiegene Kosten, so die Pressestelle.

Die Mieterhöhungen betreffen 43 % des Mietwohnungsbestandes in Hamburg. Die Mieterhöhungen treffen die Bevölkerungsteile, die von niedrigsten Einkommen leben müssen und wachsen-

der Verarmung ausgesetzt sind. Diese Mieterhöhung ist ein weiterer Schritt in die Richtung, die vielen Mietern die Existenz sprich die Wohnung kosten kann. Denn gleichzeitig läßt der Vorstand des größten Eigentümers an Sozialwohnungen, der vom Senat kontrollierten städtischen SAGA, verlauten, daß es einen Anspruch auf billigen Wohnraum nicht mehr geben könne.

Das müsse „allgemeine Erkenntnis“ werden. Schon jetzt sei klar, daß die neu festgesetzten Mietobergrenzen nicht von langer Dauer sein können, weil die Kosten steigen würden. Verschärfend kommt noch folgender Umstand hinzu: Sozialwohnungen sind Mietpreis- und Belegungsgebunden, solange die öffentlichen Darlehen nicht vorzeitig bzw. planmäßig getilgt sind. Ist dies der Fall, wird die Mietpreis- und Belegungsbindung aufgehoben, die Wohnungen sind frei vermietbar, was Mietsteigerungen mit sich bringt. Berechnungen zeigen, daß in Hamburg bis zum Jahre 2000 156 000 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen werden.

Also nicht nur der Mangel an Wohnungen, sondern auch das viel zu niedrige Einkommen wird immer mehr Menschen in die Obdachlosigkeit bzw. auf Wohnschiffe, Zeltplätze etc. zwingen. 1991 lebten schon 20 000 Menschen auf Wohnschiffen, in Holzbaracken und in Containern. 70 000 waren 1991 ohne Wohnung.

Das Wohnungsbauprogramm des Senats für die nächsten Jahre, daß sich gerade mal im vierstelligen Bereich bewegt, zielt schon gar nicht mehr auf die gedrücktesten Schichten. Denn die durch die Standortpolitik entstandene hohe Nachfrage nach Grund und Boden hat die Preise explodieren lassen. Die SAGA beziffert den Baupreis auf 4000 DM je Quadratmeter Wohnfläche. Die Anfangsmieten für Sozialwohnungen beim Erstbezug liegen sodann je nach Förderungsweg bei ca. 11,20 DM bis 14 DM (brutto-kalt) je Quadratmeter. Dies schließt schon von vornherein ganze Schichten der Bevölkerung aus.

Die Diskriminierung und Demütigung etwa von Sozialhilfeempfängern durch den Staatsapparat nimmt durch die Wohnungskrise zu. Per fachlicher Weisung gibt der Senat Richtwerte mit einer gewissen Bandbreite für Miethöhe und Wohnungsgröße an die Sozialämter, die sodann kontrollieren, ob Wohnungsgröße und Miethöhe „angemessen“ sind. Wenn nicht, wird zusammen- bzw. ausquartiert.

Die grundlegende Verbesserung der Einkommen der gedrücktesten Schichten ist eine der Voraussetzungen für die Durchsetzung des Anspruchs, daß jeder eine ordentliche Wohnung zu haben hat.

Quellen: Staatliche Pressestelle, Mitteilung vom 16. 6. 92; Wohnen, Mieten, Bevölkerung in Hamburg, Hrsg. Arbeitskreis Wohnraumversorgung, August 1991 — (stg)

Kurz berichtet

Bundestag verlängert
erleichterte Kündigung

Ende Juni ist der Bundestag dem Antrag Sachsens gefolgt, die laut Einigungsvertrag bis zum 3. Oktober dieses Jahres befristete erleichterte Kündigungsmöglichkeit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands und Ostberlins zu verlängern und zwar bis zum 31. Dezember 1993. Zuvor hatte der Bundesrat den sächsischen Antrag unterstützt. Zweck der „Biedenkopf-Initiative“ ist es, weiterhin freie Hand bei der politischen Säuberung und Reduzierung von Personal im öffentlichen Dienst zu haben. Gegen diese rechtlich umstrittene und politisch die Beschäftigten in Ostdeutschland weiterhin diskriminierende Änderung des Einigungsvertrages hatten ÖTV und DGB massiv protestiert. Ein auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV verabschiedeter Initiativantrag verlangt, daß die Gewerkschaften nunmehr unverzüglich die Möglichkeit der Verfassungsklage prüfen sollen (vgl. Beschluß des Gewerkschaftstages der ÖTV in Politische Berichte Nr. 14/92). — (har)

Nachfolgerin von Fink an
der Humboldt-Uni gewählt

Berlin. Viele Werten gingen am 9.7. verloren, als nicht der SPD-Politiker Grotz, sondern die Berliner Abgeordnete Marlis Dürkop vom Bündnis 90/Grüne-AL im ersten Wahlgang als neue Präsidentin der Humboldt-Universität gewählt wurde. Abgeschlagen auf dem dritten Platz landete der amtierende Rektor Zschunke, obwohl er der einzige Kandidat „aus den eigenen Reihen“ war. Ihm wurde vor allem sein Verhalten im Zusammenhang mit der Amtsenthebung von Heinrich Fink nachgetragen. Marlis Dürkop ist hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne-AL und hat als Professorin von 1986 bis 1990 die Westberliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik geleitet. Ihre Wahl wurde vor allem von den Studierenden und den Beschäftigten befürwortet. Grotz, früherer Wissenschaftssenator in Westberlin, wurde als „Besserwessi“ abgelehnt.

Als Erster Vizepräsident wurde Bernd Bank gewählt, der bisher in der Zentralen Personal- und Strukturkommission mitgearbeitet hat und als „Finkianer“ bezeichnet wird, d. h. er steht für eine Reform der Universität mit eigenen Kräften.

Mit dieser ersten Präsidentenwahl wird die bisherige „Tradition“ der Humboldt-Universität, immer einen Rektor aus den eigenen Reihen zu wählen, beendet und der Westberliner Regelung angepaßt.

Der frühere Rektor Heinrich Fink war nicht mehr zur Wahl angetreten. — (har)

Spontane Streiks in Berliner
Kitas gegen Senatspläne

Berlin. Kaum haben ÖTV und GEW einem Kita-Tarifvertrag zugestimmt, der auf die Festschreibung von Gruppengrößen und Personalbemessung verzichtet (vgl. Politische Berichte Nr. 12/92), plant der Senat im Zuge der Sparmaßnahmen die Anzahl von Kindern pro Gruppe zu vergrößern. Gegen dieses Vorhaben haben mehrere hundert Erzieherinnen und Erzieher am 19.6. spontan die Arbeit niedergelegt. Schwerpunkt der Arbeitsniederlegungen, die zumeist von 6 bis 8 Uhr, teilweise jedoch auch den ganzen Tag über andauerten, waren die Westberliner Bezirke Schöneberg, Kreuzberg, Wedding und Reinickendorf, in Ostberlin die Bezirke Lichtenberg und Hohenschönhausen. — (har)

Demonstration gegen
Entlassungen an der Charité

Berlin. Rund 400 Beschäftigte des Klinikums der Humboldt-Universität (Charité) sollen den Sparbeschlüssen des Senats zufolge entlassen werden. Gemäß der von der Strukturkommission vorgelegten Liste am 7.7. sind davon rund 300 Wissenschaftler und 100 technische Angestellte betroffen. Gegen die geplanten Entlassungen demonstrierten am 6.7. mehrere hundert Beschäftigte und Patienten. Der Personalrat befürchtet, daß — wie an der Humboldt-Universität bereits üblich — auf die freien Stellen dann Westprofessoren und ihre Mitarbeiter eingestellt werden. Für diese Befürchtung spricht auch, daß auf der „schwarzen Liste“ u. a. 50 sogenannte belastete Professoren stehen sollen, die man auf diese Weise leichter los werden kann.

Ein „Aktionskreis 400“, der sich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Entlassungen gebildet hat, will im Herbst einen Generalstreik der Berliner Hochschulen organisieren. — (har)

Höheres Weihnachtsgeld
für Ostberliner Beschäftigte

Berlin. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ostberlin erhalten ab Oktober d. J. 80 % des vergleichbaren Westtarifs. Darüber hinaus wird das Weihnachtsgeld ebenfalls auf der Basis von 80 % berechnet, was eine Verbesserung von rund 250 Mark ist. Als „nicht befriedigend“ bewertet der Berliner ÖTV-Vorsitzende das am 30.6. ausgehandelte Ergebnis. Ohne die spontanen Arbeitsniederlegungen am 17.6. wäre jedoch auch dieser Nachschlag nicht erreicht worden. Die Erwartungen der Beschäftigten liegen jedoch erheblich höher, schließlich hatte der Senat mehrfach verkündet, daß im Haushalt für eine 80 %-Angleichung ab Mai vorgesorgt sei. Die Berliner Beschäftigten bei Bundesbehörden sind von der vorgezogenen Anpassung ausgenommen. — (har)

Was bringt die EG-Agrarreform
den sächsischen Landwirten?

Die Vorstellung vom Armenhaus im Osten ist so abwegig nicht / Debatte im Landtag / Von Detlef Wehner

Die gemeinsamen EG-Agrarbeschlüsse beeinflussen wesentlich die vollziehende Umgestaltung des west- und ostdeutschen Agrar- und Ernährungssektors. Vor allem aus folgenden Gründen:

1. Der westeuropäische Integrationsprozeß auf agrarpolitischem Gebiet wurde wesentlich weiter als auf anderen Wirtschaftsgebieten vorangetrieben und zentralisiert, so daß die nationalen Souveränitätsrechte weitgehend den Organen der EG übertragen sind. Damit ist eine allein deutsche Lösung für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Landwirtschaften ausgeschlossen. Kein Wunder, wenn die CDU-Fraktion dieses Landtages nun den dringlichen Antrag einbrachte: Gegen die Aushöhlung von Länderkompetenzen im europäischen Integrationsprozeß!, und die FDP-Fraktion über Auswirkungen aus den Maastrichter Verträgen für Sachsen aufgeklärt sein will. Bezeichnend gerade von den Fraktionen, die in Bonn die Regierung stellen. Es erhebt sich die Frage, warum durften sie vorher nicht wissen, was da ausgehandelt wurde.

2. Trotz aller agrarstrukturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern wird am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes orientiert und fast ausschließlich auf den Kleinbetrieb zugeschnittene Rahmenbedingungen geschaffen. Demgegenüber existieren innerhalb der EG relativ modern ausgestattete Agrar- und Verarbeitungsunternehmen mit entsprechenden Vorleistungen, Dienstleistungen und Absatzbeziehungen, deren Märkte im gesamten EG-Raum aufgeteilt sind.

3. Das EG-Agrarsystem selbst steckt in einer einseitigen Struktur- und Überproduktionsphase. Hinzu kommt, daß bestimmte Praktiken der letzten zwei Jahre in Form von Überflutung des ostdeutschen Marktes, mit rigorosem Abbau der Erzeugung von Produkten der landwirtschaftlichen Urproduktion und Ernährungsindustrie in den neuen Bundesländern nicht half, diese Krise zu entschärfen.

4. Die eigentlichen Gewinner sind erneut nicht die Bauern, sondern wiederum die Besitzer von Lagerhallen und Kühllhäusern, die Handelsketten, Banken und Agrar-Exporteure. Die EG hat immer ihre Sorgen mit arm und reich, insbesondere mit unterentwickelten Regionen, vor allem in Portugal, Spanien, Irland, Griechenland und Süditalien, in die nun auch die neuen Bundesländer einzuordnen sind. Das als Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Lage, von der in bezeichnender Weise der Arbeitsminister Herrn Blum in Dresden sprach: „Ein Europa mit einem Herrenhaus vorn und einem Armenhaus hinten darf es nicht geben.“

Das Wort Armenhaus ist für die neuen Bundesländer beim genauen Hinsehen auf die in Dresden vorgestellte EG-Studie nicht abwegig. Wurden im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der EG 1991 15000 ECU, in Westdeutschland sogar 19840 ECU erwirtschaftet, so betrug das in den neuen Bundesländern nur 5520 ECU. Sogar die bisherigen Schlußlichter Griechenland und Portugal liegen mit 5680 bzw. 5690 ECU darüber.

Was sind die Ausgangsgrößen für die neuen Bundesländer, insbesondere für Sachsen, zu Beginn des EG-Binnenmarktes und der EG-Agrarreform?

Flächenstilllegung en masse

1. Die Brutto-Bodenproduktion sank 1991 gegenüber 1989 um 4,5 t GE, ein Rückgang um 28 %. Tendenz weiter fallend und das ausschließlich bei Futterkulturen und Hackfrüchten.

2. In Folge wurden allein in Sachsen seit 1989 bis Dezember 1991 106300 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erwerbslos (63,1 %). Sachsen hat Vorreiterrolle beim Produktionsrückgang tierischer Erzeugnisse: die Durchschnittsbestände je Betrieb lagen um 56 Rinder, 37 Kühe, 65 Mastschweine und 48 Zuchtsauen sowie 124 Schafe schon 1991 niedriger als im Durchschnitt aller Betriebe der neuen Bundesländer.

3. Die ersten 10 Kalenderwochen des Jahres 1992 setzen diesen Abwärtstrend in Sachsen fort. So wurden in diesem Zeitraum gegenüber 1990 rund 162000 t Milch weniger angeliefert, was zur Folge hatte, daß 3518 t Käse, 1762 t Butter und 4198 t Magermilch weniger produziert wurden.

4. Geht man von den nun bekannten Konsequenzen der beschlossenen EG-Agrarreform aus, müssen allein durch die 1369 in Sachsen vorhandenen landwirtschaftlichen Unternehmen, welche eine Fläche über 20 ha bewirtschaften, 15 % Fläche stilllegen — 372000 ha Getreide- und 55800 ha Ölfruchtfläche.

Dabei ist es illusionär, Rückschlüsse auf eine eventuelle Produktionsdrosselung bei Hauptkulturen zu ziehen. Im Gegenteil. Zwei Beispiele aus Sachsen: — Einem Flächenrückgang von 10 % bzw. 37000 ha Getreidefläche seit 1989 stehen nur eine um 1,2 % geringere Produktionsmenge bzw. 22000 t 1991 effektiv gegenüber, und es wurden 4,9 dt/ha mehr produziert.

— Einer Flächenerhöhung um 19500 ha bzw. auf 253 % bei Ölfrüchten im gleichen Zeitraum steht eine Mehrproduktion von 603510 t bzw. auf 286,4 % ge-

des Landwirtes der Zukunft sein. Um für die sächsische Landwirtschaft eine agrarpolitische Alternative zu entwickeln, bedarf es:

1. des eindeutigen Bekenntnisses für den Erhalt, die Förderung und Entwicklung wettbewerbsfähiger Betriebe und deren Chancengleichheit in allen Eigentumsformen.

2. des schonungslosen Offenlegens der Maastrichter Beschlüsse und der EG-Agrarbeschlüsse, verbunden mit einer Vor-Ort-Beratung aller landwirtschaftlichen Unternehmen und Familienbetriebe über die sich für sie ergebenden materiellen und finanziellen Konsequenzen.

3. der Einschränkung der marktbeherrschenden Macht der Handelskonzerne, Nahrungsmittelfabriken und Endverbraucherketten, in dem die Landwirtschaft ihre Rohstoffe selbst be- und verarbeiten kann und so als Lieferant von veredelten Erzeugnissen, von eigenen Marktartikeln auftritt. Das setzt den regionalen und überregionalen Verbund solcher Einrichtungen voraus und schließt die Bereiche der Betriebsmittelbeschaffung und der Finanzwirtschaft ein. Dazu bedarf es einer eindeutigen gesetzlichen Ausgestaltung durch Bund



genüber. Effektiv wurden 3,3 dt/ha mehr produziert.

5. Alleinige Folge wird sein, daß beim gegenwärtigen AK-Besatz und der verordneten Flächenstilllegung weitere 2000 Arbeitskräfte allein in pflanzlichen Produktionsbereichen arbeitslos werden.

Auch die Effektivlöhne der neuen Bundesländer liegen 1991 bei 51,1 % des Gemeinschaftsdurchschnitt hinter Griechenland (59,1 %) an vorletzter Stelle gefolgt von Portugal (40,5 %). Als Hauptursachen sehen EG-Wissenschaftler das Wegbrechen ganzer Branchen der Industrie, der Landwirtschaft. Die Folge: hohe Arbeitslosigkeit, mit einer Arbeitslosenrate von 35 % weit über der von Irland mit 16,1 % und Spanien mit 15,9 %.

Osten mit der Bedürftigste

Bezeichnend ist weiter, daß diese EG-Studie dem zur Schau getragenen Optimismus der Politiker in Bonn und Sachsen widerspricht: „Überschätzt wurde die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft, ebenso die künftige Bedeutung des Handels mit den ehemaligen RGW-Ländern, die Privatisierungserfolge der Treuhand sowie die privaten Investitionen von Unternehmen aus EG und Drittländern.“ Absicht ist es nun, ab 1993 die gesamte ehemalige DDR als Zone I-Region zu erklären, unter der die bedürftigsten und meisten unterentwickelten Gebiete einzuordnen sind!

Die jüngsten Beschlüsse für die neue Agrar-Reform wird die Krise der Landwirtschaft nicht entschärfen, da sie eher struktur-konservierend wirkt als einen progressiven Strukturwandel befördert. Zugleich setzt sie eine Diskriminierung im Vergleich zu den übrigen Zweigen der Wirtschaft fort, insbesondere die Benachteiligung größerer Betriebe beim produktionsneutralen Einkommensvergleich wirkt sich für die Landwirtschaft langfristig negativ aus. Es ist unrealistisch und nicht vertretbar, über Dauersubventionen im Form von „Direkteinkommensbeiträgen“ jahrelang die „Nichtagrarpromotion“ finanzieren zu wollen.

Eine „dauersubventionierte Landschaftspflege“ kann nicht das Berufsbild

und Land sowie der Bauernmitsprache in Aufsichtsräten der Nahrungsmittelindustrie und des Nahrungsmittelhandels.

Spreu genug für andere?

Die Menschen in Süd- und Ostafrika und nicht nur dort brauchen dringend Nahrungsmittelhilfe. Für 1992/93 rechnet die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation für Getreide bei einem Exportbedarf von 10 Mio. t das Fünffache der normalen Einfuhr. Bleibt das aus, sterben erneut hunderte tausende Menschen, gehen weitere Stücke Natur kaputt. Denn Eindämmung des Hungers verlangt Ackerland. Zum Widersinn gehört es, daß zugleich in Europa 26 Mio. t Getreide (15 % der Jahreserzeugung), 1 Mio. t Rindfleisch (12 % der Jahreserzeugung), 700000 t Butter und Magermilchpulver (5 % der Jahreserzeugung) als unverkäufliche Überschüsse gelten und allein ca. 10 Mrd. DM nur für das Umschaulen von Getreide bezahlt werden. Nun wird erneut die bekannte kapitalistische Methode dieses Jahrtausends, Vernichtung von Lebensmitteln, praktiziert. Um in Europa mit der EG-Agrarreform den Überschüssen Einhalt zu gebieten, nicht aber im Sinn, die Überschüsse gerechter zu verteilen, sondern sie drastischer zu drosseln.

Statt den Darbenden von dem überreichlich Produzierten abzugeben, mehr man erneut die Gewinne von Banken und Handelsketten — nicht die der Erzeuger, der Bauern. Wenn man die Überschüsse in die weniger klimatisch begünstigten Gebiete und ökonomisch unterentwickelten Regionen liefert, aus denen man andererseits Naturerzeugnisse wie Erdöl, Erdgas, Bodenschätze, selbst Agrarhölzer zu Billigpreisen erhält, könnte man die Not lindern. Hier Flächenstilllegung — dort Raubbau an der Natur, hier Agrarpreissenkung — dort Export-Dumpingpreise helfen weder Menschen noch der Umwelt. Logische Folge muß eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung sein, damit nicht auf ewig die einen den Weizen und die anderen die Spreu essen müssen.

Der Autor ist Mitglied des Sächsischen Landtages und gehört der Fraktion LiLi-PDS an.



Massive Proteste von Beschäftigten, Kindern und Eltern gegen die beabsichtigte Schließung von 16 der 77 Potsdamer Kindertagesstätten führten zur Rücknahme eines entsprechenden Antrags der Bildungsstadträtin. Jetzt soll bis zum September eine neue Kita-Konzeption erarbeitet werden. An Schließungen komme man jedoch nicht vorbei, da rund 2000 Potsdamer Kinder nach den Ferien zur Schule wechseln und wegen des drastischen Geburtenrückgangs kaum neue Kinder aufgenommen werden können. Der Potsdamer Magistrat kündigte die Entlassung von 170 Erzieherinnen aus diesen Gründen an. Ein von der PDS-Fraktion im Stadtparlament eingebrachter Mißtrauensantrag gegen die Bildungsstadträtin erhielt zwar die absolute Mehrheit, erreichte jedoch nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit für eine Abwahl.

Bild: Demonstration gegen die Schließung der Kitas während der Sitzung des Stadtparlaments am 1.7.92 — (har)

Auf der 1. Internationalen Konferenz zur Gesundheitsförderung 1986 in Ottawa wurde die Charta „Gesundheit für alle bis zum Jahre 2000“ verabschiedet. Gesundheit wird darin als ein aktives Konzept gesehen, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer, individueller Faktoren und körperlicher Fähigkeiten betont. Bedingungen sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, ein stabiles Ökosystem, eine sorgfältige Verwendung von Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Gesundheit muß auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen große Bedeutung erlangen.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurde den östlichen Bundesländern das System der Organisation, Struktur sowie rechtlichen und finanziellen Regelungen der BRD im Gesundheits- und Sozialwesen in einem rasanten Tempo übergestülpt. Es gilt jetzt das Subsidiaritätsprinzip, das besagt, daß übergeordnete Einrichtungen des Staates erst dann mit Leistungen eintreten, wenn die niedergeordneten die gesetzlich gesicherten Leistungen nicht erbringen können. Freie Wohlfahrtsverbände haben dabei stets Vorrang vor dem Staat. Aus dieser Regelung erwächst eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Wohlfahrtsverbänden, eingetragenen Vereinen und Organisationen, was sich z. T. negativ auf die gesundheitliche und soziale Betreuung bedürftiger Menschen auswirkt.

Ein Problem in diesem System besteht in dem zunehmenden Vordringen marktwirtschaftlicher Denkweisen in den gesundheitlichen und sozialen Bereich, wo eigentlich das Wohl des Menschen Mittelpunkt sein sollte. Zum anderen sind aber auch staatliche Regulierungsmaßnahmen im kapitalistischen System möglich, wenn entsprechende Forderungen von der betroffenen Bevölkerung und den Gesundheitsträgern kommen. Ein positives Beispiel dafür ist Schweden. Bei langwährender konservativer Politik und geringem Druck von der Basis entfallen diese jedoch zunehmend (Beispiel USA, BRD).

In der DDR bestand ein relativ einheitliches, staatlich organisiertes Gesundheits- und Sozialwesen.

- Nachteile waren:
- die materiellen und finanziellen Einschränkungen,
 - die nicht ausreichende Flexibilität und

Zur Situation im Gesundheits- und Sozial-Bereich in Mecklenburg / Vorpommern

— daß der Initiative des Einzelnen nicht genug Raum gegeben wurde. Aber auch Vorteile sind beachtenswert, darunter:

- die leichte Orientierbarkeit für den Bürger, das überschaubare System;
- die gesicherte, kontinuierliche Betreuung, was besonders im psychologischen Bereich wichtig ist. Durch den Wechsel zwischen verschiedenen e. V. ist das Unterbleiben jeglicher Betreuung möglich. In diesem Bereich geschah in der DDR vieles zentral organisiert und auch unter Ausübung eines gewissen Druckes auf den Patienten bzw. deren Eltern u. a. Jetzt ist die Eigeninitiative des Betroffenen erforderlich;
- die enge Verbindung zwischen ambulantem und stationärem Bereich;
- die poliklinische Idee als Verbindung verschiedener Fachrichtungen in einem Haus und bestehende enge Kontakte zum Krankenhaus. Im Jahre 1989 gab es im Lande Mecklenburg/Vorpommern 81 Polikliniken und 101 Ambulatorien, darunter 55 Landambulatorien (aus: Statistisches Jahrbuch 1991 M/V);
- Einheit von Vorsorge, Diagnostik und Therapie. Bedeutsam waren Schwangeren- und Mütterberatung, Diabetesberatung, Impfwesen, Zahnvorsorge für Klein- und Schulkinder u. a. Im Lande Mecklenburg/Vorpommern erfolgte die Betreuung 1989 in 124 Schwangeren- und 1925 Mütterberatungsstellen sowie in 30 Geschwulstberatungsstellen.

Diese positiven Strukturen wurden im Einigungsprozeß nicht aufgegriffen — im Gegenteil. Im Einigungsvertrag wurde den Polikliniken z. B. eine Bestandsgarantie bis 1995 gegeben. Heute muß man aber objektiv sagen, daß damit bereits das Signal zu ihrer Zerschlagung gegeben wurde.

Situation in Mecklenburg-Vorpommern

Seit dem 1.1.91 ist auch in unserem Bundesland das Krankenhausfinanzierungsgesetz wirksam, besteht nach § 24 eine Krankenhausförderliste. Bei der Ermittlung der notwendigen Bettenkapazität wurde folgende Auslastung als Grundlage genommen:

Infektion	70 %
Pädiatrie	75 %
Psychiatrie	90 %
alle anderen	85 %

Dabei sind Universitätskliniken Häuser der Maximalversorgung. Einrichtungen der Schwerpunktversorgung sollen nicht mehr als 1 000 Betten haben (betrifft die ehemaligen Bezirkskrankenhäuser Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund, Wismar und Rostock). Für Häuser der Regelversorgung sind mindestens 300 Betten vorgesehen (ehemalige Kreiskrankenhäuser z. T.). Und dann gibt es noch Häuser der Grundversorgung mit über 100 Betten.

Im Januar 1992 wurde vom Sozialministerium des Landes Mecklenburg/Vorpommern ein Entwurf des Krankenhausplanes vorgelegt. Im Rahmen dessen ist vorgesehen, die Bettenzahl von 15 370 auf 13 995 zu reduzieren (einschließlich Uni-Kliniken). Der Bettenabbau soll also 2 388 Betten umfassen, dabei z. B. alleine in der Pädiatrie 835 Betten. Das würde einer Versorgung von 71,95 Betten auf 10 000 Einwohner entsprechen. In der BRD gab es 1988 3 069 Krankenhäuser mit 672 834 Betten. Das entsprach 110 Betten auf 10 000 Einwohner. Die Auslastung lag zwischen 85 % und 88 %. Die aufgeführten Zahlen machen deutlich, daß in den alten Bundesländern auch eine höhere Bettenzahl zur Versorgung der Bevölkerung erforderlich war, als jetzt im Lande M/V geplant ist. (aus: Statist. Jahrbuch 1991)

Im Rahmen der Reduzierungen wird vorgeschlagen, die Krankenhäuser Lübz, Plau und Röbbel bis 1997 zu schließen. Deren Versorgungsaufgaben sollen von den umliegenden Krankenhäusern Parchim, Güstrow und Waren/Müritz übernommen werden.

Demgegenüber sind ein gemeinsamer Ersatzneubau für die Krankenhäuser Teterow und Malchin sowie der Neubau einer Belegarztklinik in Rostock geplant.

Die o. g. Eckpunkte des Entwurfes des Krankenhausplanes des Landes M/V

befinden sich noch in der Diskussion und werden sicher noch Veränderungen erfahren. In einem Gutachten werden z. B. umfangreichere Reduzierungen angeraten. Es zeigen sich aber deutlich die Grundtendenzen der Entwicklung. Die Frage der Kosten spielt eine zentrale Rolle. So wird auch von den Krankenkassen eine Reform der Krankenhausfinanzierung sowie die bedarfsgerechte Neuordnung des Zugangs zur ärztlichen Niederlassung gefordert (Dr. Oldiges, AOK-Bundesverband). Der stationäre Bereich macht ein Drittel der Kosten aus. Aufgrund des Kostenanstieges versuchten die Spitzenverbände der Krankenkassen, besonders in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren mehrjährige Plegesatzabschlüsse zu erreichen. Bezeichnend für den Umgang mit den Krankenhäusern dieser Länder ist folgende Aussage eines internen Papiers der Spitzenverbände der Krankenkassen aus dem Jahre 1990: „Die Krankenhäuser der DDR werden z. Z. von allen Seiten — DKG, Industrie usw. — geschult

und informiert. Es kann unterstellt werden, daß die Krankenhäuser in 6-8 Monaten über ein anderes Hintergrundwissen verfügen und den Kassen erheblich höhere Forderungen präsentieren. Zur Zeit dürfte ein niedriges Kostenniveau erreichbar sein.“ (!!!)

Welche grundsätzlichen Forderungen sollten angesichts dieser Entwicklung erhoben werden?

- Erhaltung und Förderung des poliklinischen Grundgedankens in Form von Ärzthäusern, ärztlichen Gesundheitszentren u. a.
 - Einforderung der Sorgepflicht der Kommune für Gesundheitsvorsorge und Prophylaxe.
 - Wirtschaftlichkeit der medizinischen Einrichtungen darf nicht zu Lasten der flächendeckenden Versorgung der Patienten gehen.
 - Forderung nach staatlichen Regulierungsmaßnahmen, um die Finanzierung gesundheitlicher und sozialer Programme zu sichern.
- (Andrea)



„Brutal, unsozial und entwürdigend“ Betriebsräte gegen Treuhandanstalt

Rund 180 Betriebsräte aus 70 ostdeutschen Unternehmen, die von der Treuhandanstalt verwaltet werden, beteiligten sich am 20. Juni an einer Betriebs- und Personalrätekonferenz in Berlin.

Während die IG Medien zur Teilnahme an der Konferenz aufrief und die ÖTV auf ihrem Gewerkschaftstag eine Solidaritätsadresse an die Teilnehmer verabschiedete, lehnte die IG Metall eine offizielle Teilnahme ab. „Der Vorstand betrachtet eure Aktivitäten mit Skepsis und Sorge“, sagte denn auch ein anwesendes IGM-Vorstandsmitglied. Ganz offensichtlich befürchten manche Gewerkschaftsfunktionäre, daß aufgrund der zunehmenden Unzufriedenheit — auch mit der Gewerkschaftspoli-

tik — die Gründung einer eigenen Organisation anstehen könnte.

Hauptinhalt der Betriebs- und Personalrätekonferenz war die Beratung und Vorstellung ihrer Forderungen sowie die Koordinierung eines gemeinsamen Vorgehens. So verlangen sie von Bundesregierung und Treuhandanstalt, — daß in bereits privatisierten Betrieben weitere Entlassungen sofort zu stoppen sind; — daß gegebene Arbeitsplatzgarantien eingehalten und überprüft werden müssen bzw. bei Nichteinhaltung die Kaufverträge aufzuheben sind; — daß der Grundsatz „aktive Sanierung vor Privatisierung“ auf alle sanierungsfähigen Betriebe anzuwenden ist;

— daß ein Investitionsprogramm erstellt wird, das vorhandene Stellen erhält, neue schafft und ABM-Stellen zu festen Arbeitsplätzen ausbaut;

— daß ostdeutsche Firmen sofort zu entschulden und ihnen zinsgünstige Kredite zu gewähren sind;

— daß bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben in den ostdeutschen Ländern Betriebe zu bevorzugen sind, die dort ihren Sitz haben;

— daß eine Abgabe erhoben wird für diejenigen Betriebe, die nicht mindestens ein Viertel ihrer Investitionen in den neuen Ländern tätigen;

— daß das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ umzukehren ist ...

Die Betriebsräte beschlossen, am 30. Juni eine symbolische Besetzung der Treuhandanstalt durchzuführen, um Frau Breuel ihre Forderungen zu übergeben, aber auch um auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß am 30.6. weitere 150 000 Menschen arbeitslos werden. Frau Breuel lud zu einem Gespräch am 9. Juli ein. Dieses „Spitzengespräch“ mit 18 Betriebsräten war ergebnislos. Wie nicht anders zu erwarten lehnte Frau Breuel alle Forderungen ab und gab die politische Verantwortung an Bonn weiter. Begleitet war dieses Treffen von Demonstrationen in ostdeutschen Städten, z. B. in Magdeburg, wo der größte Industriebetrieb des Landes nach Treuhandvorstellungen von 12 000 (1989) auf 2 200 (1995) Beschäftigte abgebaut werden soll.

Die Betriebsräte wollen sich am 15. Juli erneut treffen. Sie planen nach eigenen Angaben „spektakuläre Aktionen“. Bereits seit längerem geplant ist eine Demonstration am 3. Oktober in Bonn. Ein Projekt, das inzwischen auch zaghaft von den Gewerkschaften aufgegriffen wird. — (har)



Rund 200 Betriebsräte demonstrieren vor der Treuhandanstalt am 30. 6. 92

Ost-Arbeitsmarktsituation

„Für den angespannten ostdeutschen Arbeitsmarkt bedeutet der 30. Juni einen weiteren Stichtag. Die Unternehmen der Treuhandanstalt entlassen zu diesem Datum rund 150 000 Mitarbeiter. Außerdem fällt — nachdem die spezielle Kurzarbeiterregelung für die neuen Bundesländer Ende vergangenen Jahres ausgelaufen war — nun die letzte Entlastung für diese Beschäftigtengruppe weg: Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA) hört auf, 50 Prozent der Krankenkassenbeiträge zu bezahlen. Die Folge: Die Personalkosten für Kurzarbeiter steigen. Im Osten betrifft das rund 11 800 Betriebe, die nach Angaben der Bundesanstalt Mitte Mai über 436 500 Kurzarbeiter beschäftigten.“ Der Tagesspiegel, 29. 6. 92

„Seit Ende 1989 seien über drei Millionen Stellen verloren gegangen, bis zum Jahresende 1992 sei mit einem weiteren Verlust von einer Million zu rechnen. Die Zahl der Beschäftigten werde dann bei 5,5 Millionen liegen — im Vergleich zu 1989 wäre dies nur noch die Hälfte der damaligen Arbeitnehmer ... Die offizielle Arbeitslosenquote von rund 15 Prozent zeige nur die halbe Wahrheit; die „Unterbeschäftigungsquote“, die bei rund 35 Prozent liege, belege dagegen die erschreckende Realität.“ DGB-Angaben, in: Der Tagesspiegel vom 1. 7. 92

Spott und Drohung

„Während Lenin noch spottete, die Deutschen kauften zwecks Anzettelung einer Revolution zuvor eine Bahnsteigkarte, so machen sie heute bei Betriebsbesetzungen nicht viel Federlebens. Plakate ans Werk, Einstellen der Arbeit, Interviews für die Medien, Bündel von Forderungen. Derartige Betriebsbesetzungen sind rechtswidrig, werden aber zunehmend geduldet. Es entsteht etwas, mit dem moderne Gesellschaften keine guten Erfahrungen

machten: ein rechtsfreier Raum ... In ostdeutschen Betrieben sind die Besetzungen schneller populär geworden als die Regeln der Marktwirtschaft. Sie gehören schon zur Normalausstattung des Protestes. Jede Betriebsbesetzung, die in diesem Sinne erfolgreich war, legt den Keim für weitere.“ Die Welt vom 23. 6. 92

Befürchtungen

„Ein Drittel aller Arbeitsplätze — rund drei Millionen — ist seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion ... verlorengegangen. Kein Wunder, daß sich immer mehr Protest erhebt ... Die Menschen in den neuen Bundesländern verspüren tagtäglich mehr, wie gravierend sich ihre bisherige Lebenswelt, zu der die Arbeit als ganz wichtiger Bestandteil gehörte, verändert ... Vorauszusehen, daß damit verschärfte soziale Spannungen vorprogrammiert sind, bedarf es keiner allzu ausgeprägten hellseherischen Fähigkeit.“ Berliner Zeitung, 1. 7. 92

„In der Treuhand sind zwei Drittel Ostdeutsche und ein Drittel Westdeutsche tätig. Vom ersten Tag an haben wir uns alle um gegenseitiges Verständnis bemüht. Aber es ist nicht zu verkennen, daß der psychische Graben zwischen Deutschen-Ost und Deutschen-West in den letzten Monaten wieder tiefer geworden ist.“ Birgit Breuel, in: Die Welt, 22. 6. 92

„Die zumeist von Westdeutschen geführten Gewerkschaftsverbände im Osten stehen ratlos vor der Wut der Betriebsräte, derweil die Lunte am Pulverfaß der Emotionen weiterglimmt ...“ Der Tagesspiegel, 29. 6. 92

„Ost-Betriebsräte warnen vor Eskalation ... „Wir wollen die Gelegenheit nicht verschonen, friedlich nach Lösungen zu suchen, bevor es zum Knall kommt“, sagte Wolfgang Knibbel, Betriebsratsvorsitzender ... „Die Gefahr sehen wir ganz deutlich.“ a. a. O., 11. 7. 92

Am 11. Juli hat sich in Berlin ein „Komitee für Gerechtigkeit“ gegründet. Wir dokumentieren den Gründungsappell des Komitees, ein „Diskussionsangebot für künftige Mitglieder“ und die Liste der Unterzeichner/innen.

Gründungsappell

Wir, Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben verschiedene Biographien. Unterschiedlich sind unsere soziale Herkunft, unsere politische Haltung, unser Verhältnis zur Religion. Wir sind oder sind nicht an Parteien gebunden.

Unterschiedlich war der Grad unserer Verantwortung für die Deutsche Demokratische Republik oder die Bundesrepublik Deutschland, vor allem aber für die deutsche Einheit. Von einigen von uns wurde sie verantwortlich mitgestaltet, von anderen skeptisch besonders hinsichtlich ihrer Folgen betrachtet.

Gerade weil wir uns selbst und einander durchaus kritisch sehen und uns nicht einbilden, auf alle Fragen eine Antwort und für alle Probleme eine Lösung zu haben, sind wir sicher, daß in der gegenwärtigen Situation im Osten und im Westen Deutschlands, die die Menschen so beunruhigt, von diesen selbst etwas getan werden kann und muß.

Viele Menschen in den neuen Bundesländern fühlen sich nach ihrer Hochstimmung im Jahre 1990 als Menschen zweiter Klasse, politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell ausgegrenzt.

Viele Menschen in den alten Bundesländern, die die deutsche Einheit ebenfalls begrüßt hatten, befürchten nun, daß sie diese zu teuer bezahlen müssen, daß der Druck auf ihre Arbeitsplätze zunimmt, daß Sozial- und Rechtsabbau wegen der Vereinigung stattfindet, und sie entwickeln deshalb immer stärkere Vorbehalte gegen die Ostdeutschen.

In der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa nehmen Ängste vor dem europäischen Einigungsprozeß zu, weil die deutsche Vereinigung als besorgniserregendes Beispiel angesehen wird.

Rechtsradikale und rassistische Stim-

mungen gewinnen in dieser Situation gefährlich an Boden.

Deindustrialisierung, Zerstörung der Landwirtschaft, Massenarbeitslosigkeit, sozial unverträgliche Mietsteigerungen, mindere und ungerechte Bezahlung, Schließung sozialer, wissenschaftlicher, kultureller und sportlicher Einrichtungen, Verschleuderung des ehemaligen „Volkseigentums“, Entzug von Rechten an Wohnungen, Häusern und Grundstücken, Benachteiligungen und Demütigungen der Menschen, besonders der Frauen, im Osten — geistige, moralische und wirtschaftliche Krisen im Westen — haben viele Hoffnungen zerstört, die mit der deutschen Einheit verknüpft waren, und zwingen zu neuen Überlegungen.

Die Ostdeutschen müssen ihre Interessen selber aussprechen und wahrnehmen. Dazu rufen wir auf, in den Gemeinden, Dörfern, Stadtbezirken und Städten „Komitees für Gerechtigkeit“ zu bilden, die überparteilich sind und zu denen jede und jeder Zutritt hat. Diese Komitees vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und üben Einfluß auf die Parlamentarier aus.

Es gibt einen Einigungsvertrag, aber es fehlt seit dem 3. Oktober 1990 ein Partner des Vertrages, der auf Einhaltung bestehen, Weitergehendes vereinbaren und sich gegen benachteiligende Interpretationen wenden könnte. Deshalb werden die Komitees auch die Aufgabe haben, dafür einzutreten, daß eine besondere Körperschaft für die neuen Bundesländer geschaffen wird, in welche einzelne Persönlichkeiten (nicht aber Parteien) gewählt werden und die die Befugnis eines Kontroll- und Initiativorgans erhält.

Die „Komitees für Gerechtigkeit“ sollten — sobald sie gebildet sind — Delegierte zu Kongressen auf Stadt- und Landesebene und zu einem Kongreß für

die neuen Bundesländer wählen. Auf diesem Kongreß wird über eine permanente Struktur der Komitees und deren weitere Funktion entschieden werden.

Mit diesem Anliegen stellen wir uns keinesfalls gegen die Menschen in den alten Bundesländern, weil auch ihre Zukunft nicht unwesentlich von der Lösung ostdeutscher Probleme abhängt. Wir hoffen, daß es auch in den alten Bundesländern zur Gründung solcher Komitees kommen wird. Dieses Anliegen bedeutet auch keine Unterschätzung der globalen Probleme, die immer drängender die Existenz der Menschheit überhaupt in Frage stellen. Aber die Bereitschaft der Menschen in den neuen Bundesländern, global zu denken und zu handeln, wird auch davon abhängen, ob und wie ihnen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland widerfährt.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Heinrich Albertz, Reg. Bürgermeister von Berlin a.D.
Peter Alkhaus, Professor für Urologie, Berlin
Lothar Bisky, Medienwissenschaftler, Mitglied des Landtages von Brandenburg
Frank Castorff, Intendant Volksbühne, Berlin
Tamara Danz, Rocksängerin
Franz-Josef Degenhardt, Liedermacher
Ina Deter, Musikerin
Peter Michael Diestel, Rechtsanwalt, Mitglied des Landtages Brandenburg
Eugen Drewermann, Schriftsteller
Ernst Engelberg, Professor für Geschichte, Berlin
Klaus Eschen, Rechtsanwalt, Berlin
Heinrich Fink, Professor der Theologie, ehem. Rektor der Humboldt-Universität, Berlin
Erich Fischer, Sekretär Gewerkschaft HBV, Düsseldorf

Gottfried Forck, Altbischoff der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg
Thomas Freitag, Kabarettist
Bernd Fritz, Journalist
Klaus Grehn, Präsident des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V.
Prof. Dr. Norbert Greinacher, Professor für Theologie, Tübingen
Max von der Grün, Schriftsteller
Gregor Gysi, Rechtsanwalt, Mitglied des Bundestages
Heinrich Hannover, Rechtsanwalt, Bremen
Dr. Frigga Haug, Dozentin, Hamburg
Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug, Professor für Philosophie FU Berlin
Elke Heidenreich, Journalistin und Fernsehmoderatorin
Stephan Hermlin, Schriftsteller
Dieter Hildebrandt, Kabarettist
Alfred Hrdlicka, Bildhauer und Maler
Evelin Jahl-Herberg, Doppel-Olympiasiegerin (Diskus)
Walter Janka, Schriftsteller
Lutz Kerschowski, Rocksänger
Dietrich Kittner, Kabarettist
Jens König, Chefredakteur „Junge Welt“
Prof. Dr. Walter Kreck, Professor für Theologie, Bonn
Prof. Dr. Horst Klinkmann, Professor für Nephrologie, Universität Rostock, letzter Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR
Toni Krah, Rockmusiker
Stefan Krawczyk, Liedermacher
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Wirtschaftswissenschaftler, Berlin
Dieter Lattmann, Schriftsteller
Christa Lewek, Oberkirchenrätin i.R., Berlin
Günter Maleuda, ehem. Präsident der Volkskammer der DDR, letzter Vorsitzender der Bauernpartei der DDR
Prof. Dr. Hansjürgen Matthias, Professor für Hirnforschung,

Magdeburg
Prof. Dr. Hans Mottek, Wirtschafts-wissenschaftler, Berlin
Heiner Müller, Schriftsteller und Präsident der Akademie der Künste der ehem. DDR
Manfred Müller, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen
Heinrich Pacht, Kabarettist
Prof. Dr. Norman Paech, Professor für Öffentliches Recht, Hamburg
Käthe Reichel, Schauspielerin
Rio Reiser, Rocksänger
Eckart Rottka, Richter, Berlin
Klaus Schlesinger, Schriftsteller
Christina Schenk, Mitglied des Bundestages
Bernd Schröder, Drehbuchautor
Dr. Heinrich Senfft, Rechtsanwalt, Hamburg
Prof. Dr. Dorothee Sölle, Theologin, Hamburg
Prof. Frido Solter, Regisseur, Deutsches Theater Berlin
Michael Sontheimer, Chefredakteur „die tageszeitung“
Steffi Spira, Schauspielerin
Barbara Thalheim, Liedermacherin
Prof. Dr. Werner van Treeck, Professor für Soziologie, Kassel
Prof. Dr. Marie Veit, Theologin, Gießen
Hannes Wader, Liedermacher
Stefan Wald, Kabarettist
Claus-Jürgen Warnick, Geschäftsführender Vorsitzender des Mieterbundes im Land Brandenburg
Bettina Wegener, Liedermacherin
Dr. Joachim Wegrad, Sekretär der Hauptverwaltung der Gewerkschaft HBV
Ulrich Wehling, dreifacher Olympiasieger und mehrfacher Weltmeister in der Nordischen Kombination
Bernard Woschek, Maler und Autor
Gerhard Zwerenz, Schriftsteller

Diskussionsangebot für künftige Mitglieder der „Komitees für Gerechtigkeit“

Frauen und Männer auf dem Lande ihre Arbeit verloren haben und ganze Gegenden veröden.

Hunderttausende werden aus Verwaltungen, medizinischen Einrichtungen, Schulen, Fachschulen, Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen der Betriebe und Kultureinrichtungen verdrängt. Notwendige Erneuerungen von innen werden kaum zugelassen, stattdessen wurde von außen „westlich“ bestimmt, und zwar in personeller und inhaltlicher Richtung.

Politische Ausgrenzung erfolgt in der Regel ohne den Nachweis individueller Schuld.

Fachliche Ausgrenzung vollzieht sich anmaßend. Professoren aus den alten Bundesländern, die niemand auf ihre fachliche Eignung hin überprüft, entscheiden willkürlich, ob Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ehemaligen DDR heruntergestuft oder gekündigt werden.

Ob in Wirtschaft, Medien, Kultur, Politik, Verwaltung oder Justiz, überall erklären Menschen aus den alten Bundesländern denen aus den neuen, was sie zu tun oder zu unterlassen, zu denken oder zu fühlen haben. Damit wird ein Zusammenwachsen in Deutschland immer schwieriger, wenn nicht unmöglich gemacht. Soweit Persönlichkeiten aus der ehemaligen DDR öffentlich wirksam sind, eigenständig und nicht unterwürfig auftreten, werden sie demontiert und verleumdet.

Diese Vorgänge werden nicht dadurch besser, daß sich auch Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR daran beteiligen. Wir wissen auch, daß es nicht wenige Menschen in den alten Bundesländern gibt, die dort oder in den neuen Bundesländern engagiert und aufrichtig um die Lösung in Ostdeutschland entstandener Probleme ringen. Wir verkennen nicht die großen ökonomischen, ökologischen, politischen und moralischen Probleme, die durch die Realitäten in der DDR entstanden sind.

Dennoch ist der Ansatz falsch, die neuen Bundesländer lediglich als Anschlußgebiet der Bundesrepublik

Deutschland zu betrachten und deshalb nur zu überlegen, wie die Menschen und Gegebenheiten in den neuen Bundesländern denen in den alten angepaßt werden können. Es gab Beziehungen, Werte, Leistungen in der DDR, die Respekt verlangen, die sogar fortschrittlicher für die BRD gewesen wären. Ein Vereinigungsprozeß hätte erfordert, gegenseitig genau hinzusehen und nicht den neuen Bundesländern ein ihnen fremdes System einfach überzustülpen, hätte verlangt, zum Teil neue Lösungen für beide Seiten zu finden.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte sich ein bestimmtes Spektrum von Parteien, Gewerkschaften, Vereinigungen und anderen Organisationen herausgebildet. Adäquate Organisationen wurden seit dem Herbst 1989 gebildet bzw. politisch reaktiviert und erneuert. Mit der deutschen Einheit haben sie zumeist Partner in der BRD gefunden und mit ihnen fusioniert. Das Ergebnis ist, daß sie nur begrenzt in der Lage sind, die spezifischen ostdeutschen Interessen zu artikulieren, einzubringen, geschweige denn, durchzusetzen. Sie sind sämtlich westdominiert bis in die Kirchen hinein. Ostdeutsche Organisationen sind selten geworden und spielen — soweit es sie noch gibt — nur eine relativ geringe öffentlichkeitswirksame Rolle.

III.

Die Situation in den neuen und alten Bundesländern kann in wesentlichen Zügen wie folgt unterschieden und beurteilt werden:

1. Die Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern setzt sich ebenso fort wie der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, Ungeklärt sind die sogenannten Altschulden für die Betriebe und Wohnungen in den neuen Bundesländern. Die zunächst einsetzende Konjunktur in den alten Bundesländern läßt deutlich nach.

2. In den neuen Bundesländern herrscht Massenarbeitslosigkeit. Besonders betroffen sind Frauen und Alleinerziehende. Über die Hälfte der Arbeitsplätze in der ehemaligen DDR ist bereits

vernichtet. Das führt dazu, daß viele Menschen aus dem Osten ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt im Westen suchen, wodurch sich die Konkurrenz zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ganz Deutschland erhöht.

3. Immer mehr Arbeitslose, viele Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Behinderungen in den neuen Bundesländern erleben erstmalig die demütigende Stellung als Sozialhilfeempfängerin und Sozialhilfeempfänger. Deren Zahl steigt auch in den alten Bundesländern.

4. Die Unterschiede zwischen den Einkünften der Menschen in den alten und neuen Bundesländern sind nach wie vor erheblich. Das gilt für alle Arten von Bezügen, obwohl die Waren in den neuen Bundesländern häufig sogar teurer angeboten werden. Lediglich Wohnungsmieten und ähnliche Kosten sind in den neuen Bundesländern noch niedriger. Menschen aus den alten Bundesländern, die in der Regel die gut bezahlten Posten in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Justiz und Kultur übernehmen, erhalten Westlöhne und Zuschläge, so daß die sozialen Unterschiede noch künstlich forciert und erlebbar gestaltet werden.

5. Wohnungsnot herrscht in den neuen und alten Bundesländern. Die Mieten in den neuen Bundesländern sind bereits beachtlich gestiegen und sollen ab Januar 1993 weiter steigen, obwohl die Entwicklung der Einkünfte eine soziale Verträglichkeit nicht möglich macht. Die Mieten in den alten Bundesländern sind bereits für viele sozial völlig unverträglich.

6. Soziale, kulturelle, wissenschaftliche und sportliche Einrichtungen in den neuen Bundesländern werden entweder geschlossen oder in ihren Angeboten reduziert und teurer. Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer wird verringert, Klassenfrequenzen werden dadurch erhöht und das Bildungsniveau damit gesenkt. Die Forschungseinrichtungen in Betrieben werden ausgegliedert und zumeist geschlossen. Von den über 50 Universitäten und Hochschulen der DDR sollen

mehr als die Hälfte geschlossen werden. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer wird bei steigender Studentenzahl reduziert. Die Schließung von Orchestern und Theatern, von Kulturhäusern, Jugendklubs und anderen Freizeiteinrichtungen wird fortgesetzt. In den alten Bundesländern bleiben die bisherigen Einrichtungen im wesentlichen noch erhalten, an ihren Ausbau wird mit Ausnahme von Kindergärten aber nicht gedacht.

7. Vermögensbildung fand und findet ausschließlich in den alten Bundesländern statt, so daß im Rahmen der Privatisierung von früherem „Volkseigentum“ der DDR praktisch kaum Anbieter aus den neuen Bundesländern auftreten. Bürgerinnen und Bürger sowie Firmen aus den neuen Bundesländern wird die Aufnahme von Krediten erheblich erschwert. Firmen aus den neuen Bundesländern werden selbst durch Kommunen bei der Vergabe von Aufträgen benachteiligt.

8. In den neuen Bundesländern müssen Hunderttausende um ihr Eigentum an Grund und Boden, an Wohn- und Wochenendhäusern, um ihre Nutzungs- und Mietrechte fürchten. Sogenannte Alteigentümer aus den alten Bundesländern sind gesetzlich berechtigt worden, nicht nur früheres „Volkseigentum“, sondern Grundstücke und Häuser zurückzufordern, die seit Jahren oder Jahrzehnten von Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR erhalten, gepflegt und genutzt werden, zum Teil sogar deren Eigentum geworden sind. Was für Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR existenzbedrohend ist, ist für die sogenannten Alteigentümer bzw. in den meisten Fällen inzwischen für deren Erben eine Art „Geschenk“, mit dem sie nicht mehr gerechnet hatten.

9. Durch die Neuregelung des § 25 StGB tritt vielleicht eine gewisse Verbesserung der Lage von Frauen in den alten Bundesländern ein, mit Sicherheit aber eine Verschlechterung für die Frauen in den neuen Bundesländern.

Jede einzelne dieser Erscheinungen reicht nicht aus, um den Unmut, die Unzufriedenheit und die Verzweiflung der Menschen in den neuen Bundesländern zu erklären, es ist die Summe all dieser Phänomene, es ist der Bruch mit fast allem, was den Menschen bisher vertraut und bekannt war.

I. Das gemeinsame Anliegen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Appells ist bestimmt von Humanismus und Demokratie, von der Notwendigkeit ökologischer Umgestaltung, sozialer Gerechtigkeit, Abschaffung von Armut, Elend und Unterdrückung auf dieser Welt und von Auffassungen über eine Gesellschaft, in der Bildung und Kultur einen hohen Stellenwert besitzen.

Die Verfasserinnen und Verfasser dieses Diskussionsangebots gehen davon aus, daß sich der deutsche Einigungsprozeß praktisch leider so vollzieht, daß die Chancen für ein neues Deutschland, das dem oben genannten Anliegen entspricht, vertan werden. Wir alle müssen erleben, wie den Menschen in den neuen Bundesländern mit Ver- und Mißachtung, Fremdbestimmung, politischer, sozialer und kultureller Ausgrenzung begegnet wird. Am demütigendsten für sie ist das scheinbare Mitleid für ihr Leben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, mit dem sie nicht nur für armelig, sondern zugleich für unfähig und unwissend erklärt werden.

Die Geschichte der DDR wird, ohne sie in die historischen Zusammenhänge zu stellen, auf ihren repressiven Charakter reduziert. Zugleich wird versucht, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer mit dem zweifellos vorhandenen gewesen repressiven Charakter der DDR so in Verbindung zu bringen, daß ihr Selbstwertgefühl immer weiter zerstört wird.

Die jüngere deutsche Geschichte beginnt aber spätestens mit dem ersten Weltkrieg und ist ohne die Verbrechen des Nationalsozialismus und des zweiten Weltkrieges sowie seine Folgen, einschließlich der Zeit des „Kalten Krieges“, nicht gerecht, differenziert und den historischen Zusammenhängen entsprechend aufzuarbeiten.

II.

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern wird für die Wirtschaft in den alten Bundesländern paßgerecht gestaltet. Damit ist eine einzigartige Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit verbunden.

Die Landwirtschaft wird in den neuen Bundesländern so stark reduziert, daß sie keine Konkurrenz für die der alten Bundesländer mehr darstellt. Das bedeutet, daß bereits Hunderttausende

Die drastischen Folgeerscheinungen zeigen sich in der steigenden Zahl von Selbstmorden, von zerrütteten Familien, in der anwachsenden Kriminalität und nicht zuletzt im Sinken der Geburtenrate.

IV.

Zu einer wirksamen Veränderung der Politik müssen die Ostdeutschen ihre Interessen selbst aussprechen und wahrnehmen. Dazu wurde in dem Appell zur Bildung von Komitees für Gerechtigkeit aufgerufen.

Es müssen für einen bestimmten historischen Zeitabschnitt, d.h. für eine Übergangsphase, die spezifischen Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern wesentlich besser gewährleistet werden. Dies dient dem Zusammenwachsen in Ost und West.

Die Einwohnerinnen und Einwohner der alten Bundesländer, deren Abgeordnete und Vertreter im Bundestag und Bundesrat, bilden stets eine Mehrheit, die die Zweidrittelgrenze weit übersteigt. Selbst 20 % der Stimmen aus den neuen Bundesländern bei einer Bundestagswahl würden nicht ausreichen, um die Interessenvertretung auch nur durch einen einzigen Abgeordneten zu sichern. Es bedarf deshalb für eine bestimmte Phase Sonderregelungen, um diese Interessenvertretung zu ermöglichen. Soweit es Abgeordnete aus den neuen Bundesländern gibt, treten sie in der Regel als Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker etablierter Westparteien auf, wodurch ihre Rolle häufig auf die Durchsetzung traditioneller Bonner Par-

teipolitik beschränkt bleibt.

Deshalb sollte Gegenstand rechtlich-politischer Prüfung sein, ob den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer eine Interessensvertretung in einer eigenen Körperschaft gewährt werden könnte, die Kontroll- und Initiativrechte erhält. In diese Körperschaft könnten von den Bürgerinnen und Bürgern Persönlichkeiten gewählt werden, denen sie vertrauen, und die nicht den Parteien, sondern unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sind. Die Körperschaft sollte dafür sorgen können, daß Bundesgesetze und Beschlüsse der Bundesregierung so gestaltet sind, daß sie den Verhältnissen in den neuen Bundesländern entsprechen und Diskriminierungen der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer verhindert werden. Wichtig wäre sicherlich auch eine Kontrollfunktion gegenüber der Treuhandanstalt und bei der Vergabe finanzieller Mittel in den neuen Bundesländern, damit in erster Linie Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Aufschwung (einschließlich Förderung des Mittelstandes), ökologische Umgestaltung und sozial notwendige Leistungen finanziert werden. Verhindert werden müssen Rechtsvorschriften, die zum Beispiel politisches Strafrecht ins Rentenrecht einführen, Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern aus früheren Jahren im Rentenrecht unberücksichtigt lassen, die den Menschen aus den neuen Bundesländern erworbene Rechte entziehen oder sie politisch ausgrenzen.

Bei alledem ist zu berücksichtigen,

daß es einen Einigungsvertrag gibt, aber seit dem 3. Oktober 1990 ein Partner des Vertrages untergegangen ist, der auf Einhaltung bestehen, Weitergehendes vereinbaren und sich gegen benachteiligende Interpretationen wenden könnte. Das gilt entsprechend für den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Dort waren bekanntlich Anteilscheine für Bürgerinnen und Bürger der DDR vorgesehen, die nun niemand einfordert.

Die Komitees für Gerechtigkeit sollten sich für mehr soziale Gerechtigkeit für alle Bevölkerungsschichten, für die Erhaltung sozialer, schulischer, wissenschaftlicher, kultureller und sportlicher Einrichtungen, für die Beseitigung von Benachteiligungen für Frauen, für Perspektiven für Kinder und Jugendliche, gegen politische Ausgrenzungen, rassistische und ausländerfeindliche Stimmungen einsetzen. Sie sollten einerseits diesbezügliche Aktivitäten und Aktionen von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Vereinigungen unterstützen und andererseits selbst entsprechende Aktionen durchführen. Nur dann, wenn die Menschen im Osten Deutschlands sich in großer Zahl solidarisch, selbstbewußt und selbstbestimmt für ihre Rechte und Interessen einsetzen, werden sie das gegenwärtige Ohnmachtsgefühl überwinden.

Die Befreiung vom repressiven Charakter der ehemaligen DDR im Herbst 1990 war das Werk von Millionen Menschen, sie haben keinen Grund, nun depressiv, verzweifelt oder ohnmächtig zuzusehen, wie ihre Würde und ihre In-

teressen verletzt werden.

Wie sich aus dem Appell ergibt, richtet sich das Anliegen keinesfalls gegen die Menschen in den alten Bundesländern, da auch ihre Zukunft nicht unwesentlich von der Lösung ostdeutscher Probleme abhängt. Die globalen Probleme bedrohen die Existenz der Menschheit täglich zunehmend. Die Bereitschaft der Menschen in den neuen Bundesländern, global zu denken und zu handeln, wird in dem Maße wachsen, indem sie ihre psychische Beeinträchtigung dadurch verlieren, daß ihnen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland widerfährt.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Dr. Peter-Michael Diestel, Rechtsanwalt, Mitglied des Landtages Brandenburg
Dr. Gregor Gysi, Rechtsanwalt, Mitglied des Bundestages
Stephan Hermlin, Schriftsteller
Stefan Heym, Schriftsteller
Walter Janka, Schriftsteller
Heiner Müller, Schriftsteller und Präsident der Akademie der Künste der ehemaligen DDR
Manfred Müller, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der HBV
Claus Jürgen Warnick, Geschäftsführender Vorsitzender des Mieterbundes im Land Brandenburg

Kontaktadresse des Komitees:

Komitee für Gerechtigkeit,
Bunsenstr. 2, O-1080 Berlin,
Telefon / Telefax: 030/22 52 53 72
und 030/23 86 23 6

Termine

1.8. Internationales Kurdistan-Festival im Ruhrstadion in Bochum.

3.8.-6./7.8.92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort: Schnepfenthal. Folgende Kurse werden angeboten:
— Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesellschaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln?
— Strukturpolitik in den neuen Bundesländern und moderne ökonomische Theorien
— 1945 — eine verpaßte Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 623 26 10, Fax Gera 231 80; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/22042 78, Fax: 229 74 19.

29.8.92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

12./13.9.92 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover. Tagungsraum wird noch mitgeteilt.

26./27.9.92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Voraussichtlich Nähe Leipzig.

26./27.9.92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10./11.10.92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

31.10./1.11.92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Baldige Anmeldung erbeten.

6. bis 8.11.92. Berlin: Antirassismuskongress der PDS.

7.11.92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8.11.92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

14./15.11.92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik.

28./29.11.92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

Neuerscheinung



A. Meurer, H. Vollmer, H. Hochberger, Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg, Hintergründe, Methoden, Ziele, 60 Seiten A-4, 6,00 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Zur Geschichte und zur Situation der Roma in NRW — ein Romasprecher berichtet

Die Situation der in NRW lebenden Roma spitzt sich zu. Etliche Familien haben die Aufforderung erhalten, nach Jugoslawien auszureisen. Fünf Roma-Familien haben in Köln Zuflucht in der Antoniter-Kirche in Köln gesucht. Die Gemeinde fordert das Bleiberecht. Die 15. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 20. Juni in Köln wandte sich — wie schon im letzten Jahr — mit einem Appell an die Landesregierung. Ein Vertreter der Roma sprach während des Eingangsplenums zur Situation und zur Geschichte seines Volkes. Wir dokumentieren — aus Platzgründen leicht gekürzt — seine Red. — (uld)

Die Geschichte der Roma und Sinti beginnt in Nordwest-Indien im 7. Jahrhundert. Es ist die Geschichte der Verschleppung, der Versklavung und Vertreibung. Im Zusammenhang mit den islamischen Invasionen in Indien wurden die Roma — damals noch indische Stämme — zu Zehntausenden gefangen genommen und als Sklaven in das muslimische Abbasidenreich verschleppt. Eine Gruppe von ihnen, die an die byzantinische Grenze (im heutigen Syrien) geführt wurde, fiel den byzantinischen Angriffen zum Opfer: erneut wurden sie verschleppt, diesmal nach Byzanz, in das Balkan-Gebiet. Jahrhundertlang waren die Roma-Familien Eigentum der Fürsten, Grundbesitzer und der Kirchen. Erst 1864 wurde die Sklaverei im Balkan endgültig abgeschafft. Einer Gruppe von Roma, den Sinti, gelang schon vorher die Flucht nach Westen; sie versuchten ab dem 15. Jahrhundert, sich in Westeuropa niederzulassen, wurden aber immer wieder Opfer von Vertreibung und Ausgrenzung. Nach der Aufhebung der Sklaverei im Balkan wurden tausende von Roma-Familien heimatlos. Pogrome und Kriege hinderten sie daran, sich niederzulassen und für ihre Kinder eine neue Zukunft aufzubauen. Seit ihrer Verschleppung als Sklaven in das Byzantinische Reich haben die Roma als einziges europäisches Volk keinen territorialen Zusammenhalt.

Durch die Flucht einzelner Gruppen vor Abschaffung der Sklaverei und die größere Fluchtbewegung danach entstand die Flucht-Wanderung — die wiederholten Versuche, sich in aller Herren Länder Europas niederzulassen.

Roma, Europäer seit Jahrhunderten, ausgeschlossen bis heute, seit vielen hundert Jahren in Europa zu Hause, fast 600 Jahre auch in Deutschland. Roma leben unter ständigem Druck und Rechtlosigkeit. Die Roma stellen zahlenmäßig das größte heimatlose Volk.

verstreut in den verschiedenen Ländern Europas. Minderheit seit ihrer Ankunft vor sieben Jahrhunderten, ausgegrenzt und verfolgt. Bis heute werden ihnen Sicherheit und elementare Menschenrechte vorenthalten. Die ständige Verfolgung, Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung verhindern die gesellschaftliche Entwicklung des Volkes der Roma und ihren Anschluß an die Industriegesellschaft.

Roma, die seit einer Generation oder schon länger in einem bestimmten Land leben und die durch Verfolgung, Diskriminierung und Pogrome (wie in den letzten Jahren in Rumänien, CSFR und Jugoslawien) erneut zu Heimatlosen gemacht worden sind. Diese besitzen zwar eine formale Staatsangehörigkeit, sie werden jedoch von der Mehrheitsbevölkerung sowie von den Behörden „ihres“ Landes nicht als Einheimische angesehen, sondern von der Gesellschaft und von den Privilegien „normaler“ Bürger ausgeschlossen. Insofern kann man selbst in Bezug auf diese Gruppe der „ansässigen“ Roma nur sehr eingeschränkt von „ihren Heimatländern“ sprechen. Im Nationalsozialismus sollten zeitweilig diejenigen Roma und Sinti, die als „rein-rassige Zigeuner“ klassifiziert wurden, zwangssterilisiert und in Reservaten zur Schau erhalten werden. Auch heute werden offensichtlich die Sinti und Roma wieder als bevölkerungspolitisches Experimentierfeld benutzt. Vor dem Hintergrund der neuen Flüchtlingspolitik zeichnet sich ab, daß an den Sinti und Roma ausprobiert wird, was einmal für weitere Flüchtlingsgruppen gelten soll. Die Roma bekommen die alte und neue Formel des Nationalismus gleich am Anfang zu spüren und zwar in Form einer mit rassistischen Zügen gespickten Hetzkampagne, wie in alten Hitlerzeiten vor 52 Jahren in Ost- und Westeuropa, deren erste Opfer die Roma und Sinti waren. ...

Schon länger als zwei Jahre kämpfen heimatlose Roma in Nordrhein-Westfalen um ein Bleiberecht. Im Dezember 1989 zogen sie in einem Bettelmarsch durch das Land, um auf ihre ausweglose Lage und bevorstehende Massenvertreibung aufmerksam zu machen. Daraufhin versprach die Landesregierung den Roma, welche sie selbst als de-facto-Staatenlose“ anerkannte, ein Bleiberecht zu gewähren.

Gemäß einem Erlaß des Innenministers wurden spezielle Antragsformulare von der Landesregierung entworfen, mit denen die Roma ihre Aufenthaltserlaubnis beantragten. Eine Beratungsstelle wurde mit Hilfe der Landesregierung eingerichtet, um bei der Integration der Roma in Nordrhein-Westfalen zu helfen.

Als die Formulare ausgefüllt waren, hob die Landesregierung ihren Beschluß wieder auf und die Beratungsstelle wurde einfach geschlossen. Stattdessen wurden die gemachten Angaben benutzt, um die Roma zu erfassen und ihre Abschiebung nach Jugoslawien vorzubereiten. 11 Millionen DM hat die Landesregierung der jugoslawischen Regierung angeboten, damit diese die Roma aufnimmt. In einem speziellen Ghetto in Mazedonien sollen die Roma zwangsweise angesiedelt werden. Im rassistischen Sonderlager Schutka bei Skopje, in dem schon jetzt über 40000 Roma in Hütten aus Blech und Pappkarton leben, wird für sie eine „Heimat“ konstruiert. Sie werden dem Schicksal überlassen, einem Staat, der de facto nicht mehr existiert.

Vom 27. Juni bis Dezember 1991 protestierten die heimatlosen Roma unter der Rheinkniebrücke vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Abschiebung.

Wir Roma zeigen immer wieder, daß wir hier in Deutschland mit unseren Kindern leben wollen. Über eine halbe Million Roma und Sinti wurden von den deutschen Faschisten und deren Verbündeten während des Nationalsozialismus systematisch ermordet. Aufgrund dieses nie gesühnten Völkermordes fordern wir überlebenden Roma das Bleiberecht als Wiedergutmachung für unser Volk.

Uns nach Jugoslawien zu deportieren, bedeutet, daß wir Roma wieder dem nationalen Wahn — diesmal der Jugoslawen — zum Opfer fallen werden. Wir sind ein von der UNO anerkanntes eigenständiges Volk und haben mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien nichts zu tun. Trotzdem sollen wir in die verschiedenen Armeen und Milizen gepreßt werden, sollen dort als Roma auf Roma schießen. Dabei werden wir als Kanonenfutter sogar noch gezielt in den vordersten Kampflinien eingesetzt. So wurden die Roma auch im zweiten Weltkrieg ausgenutzt, mußten für die Ziele fremder Völker sterben, und danach waren wir wieder nur die „asozialen Zigeuner“, die keiner haben will.

Meine Damen und Herren, der Nationalsozialismus hat großen Schaden in der ganzen Welt angerichtet. In der jugoslawischen Stadt Jasenovac befand sich eines der schlimmsten Konzentrationslager des Nationalsozialismus. Dort wurden von nationalsozialistischen Soldaten und deren Helfern, den kroatischen Ustascha, Wetten abgeschlossen, wer die brutalsten Methoden anwenden konnte. Aus Jasenovac wurden dann die Roma und Sinti nach Ost- und Westeuropa deportiert, um als Sklaven für die Vernichtungsmaschinerie der Nazis zu

arbeiten. In Kraguevac (Serbien) wurde eine Schulklasse des fünften Schuljahres mit ihrem Professor brutal niedergeschossen; in dieser Klasse waren mehr als die Hälfte Roma-Kinder.

Drazo Mihajlovic war ein Anhänger von Hitler. Er ließ für einen seiner Soldaten, sogenannte Cetnika, 100 Roma und Sinti erschießen. Er wollte damit beweisen, daß er besser morden konnte, als die Nazis im übrigen Europa.

In Petrorac na Mlavi wurde eine ganze Siedlung von 50 Roma-Familien mit ihren Kindern brutal niedergeschossen und in den Fluß Sagobica geworfen. Drei sippenälteste Roma wurden bis zum Hals im Sand vergraben. Drei Tage mußten sie diese Quälerei aushalten, bis ihnen dann der Kopf abgeschlagen wurde. Die Faschisten scheuten sich nicht, sogar hochschwangere Frauen umzubringen. Staatsrat Turner notierte bereits am 29. August 1942 für seinen Vorgesetzten Löhn: „Serbien ist das einzige Land, in dem die Juden- und Zigeunerfrage gelöst ist.“

Meine Damen und Herren, auch 46 Jahre nach dem Kriegsende hat für die überlebenden Roma und Sinti die Verfolgung und Vernichtung noch kein Ende gefunden. In den osteuropäischen Staaten wurde nach dem Krieg die heimatlosen Roma und Sinti faktisch gezwungen, eine formale Staatsangehörigkeit anzunehmen, um sie — die Roma — besser auszunutzen und die eigenen Ziele besser erreichen zu können. So ein formaler Status und die feindliche Haltung der Bevölkerungsmehrheiten in aller Herren Länder zwangen uns Roma und Sinti in die Flucht und auf Wanderung durch ganz Westeuropa. Die traurige Geschichte von uns Roma und Sinti geht grenzenlos weiter. Die Diskriminierung und Kriminalisierung in Mitteleuropa und sogar im hochzivilisierten Deutschland nehmen kein Ende. In aller Herren Länder folgt die totale Ablehnung. In mehreren deutschen Bundesstaaten gibt es polizeiliche Sonderkommissionen, die sich mit der Erfassung und Überwachung der Roma befassen. ...

Natürlich bestehen große Schwierigkeiten, die jahrhundertealten und auf allen Seiten bestehenden Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber dem Volk der Roma abzubauen und unsere gesellschaftlichen Eigenheiten als Bestandteil und als Bereicherung für die eigene Gesellschaft anzunehmen. ... Menschenrechte sind unter Gottes Gebot und Verheißung erteilbar. Deswegen meine Damen und Herren, appelliere ich an ihren gesunden Menschenverstand, daß sie den in Ihrer Mitte lebenden Roma und Sinti die gleichen Rechte zubilligen, die Sie selber für sich in Anspruch nehmen.

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V. (DISS) unter der Leitung von Prof. Dr. Siegfried Jäger hat eine Reihe von Broschüren zur Erforschung von Rechtsextremismus und Rassismus in der BRD herausgebracht. Da wir meinen, daß diese Broschüren eine gute Hilfe sind in der antifaschistischen Arbeit, gerade auch für kleine örtliche Gruppen, die nicht so leicht selber Forschungen zu den Problemen anstellen können, mit denen sie sich konfrontiert sehen, möchten wir einige Beispiele aus der Arbeit des Instituts vorstellen. Die Broschüren haben den Vorteil, daß sie neue Erkenntnisse, die auf gewissenhaften Untersuchungen beruhen, schnell unter die Leute bringen.

Außer dem genannten Schwerpunkt liefert das Institut u.a. auch Material zur Situation der Frauen und der Frauenbewegung in der BRD, zur Strukturkrise des Ruhrgebiets, zur Entwicklung von selbstorganisierter Lehrerfortbildung, zur Sprache und Kultur ausgewählter Grup-

Veröffentlichungen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

pen von Ausländern. Dazu kommt die Einrichtung eines Archivs zum Rechtsextremismus.

In einer Presseerklärung hat das Institut kürzlich auf eine neue Arbeit hingewiesen, einen Forschungsbericht mit dem Titel „Brandätze, Rassismus im Alltag“ zum Preis von 24 DM. Unter den wichtigsten Ergebnissen wird angeführt:

— Rassistische Denkmuster werden durch (manche) Politiker und Medien verfestigt oder gar erst erzeugt.

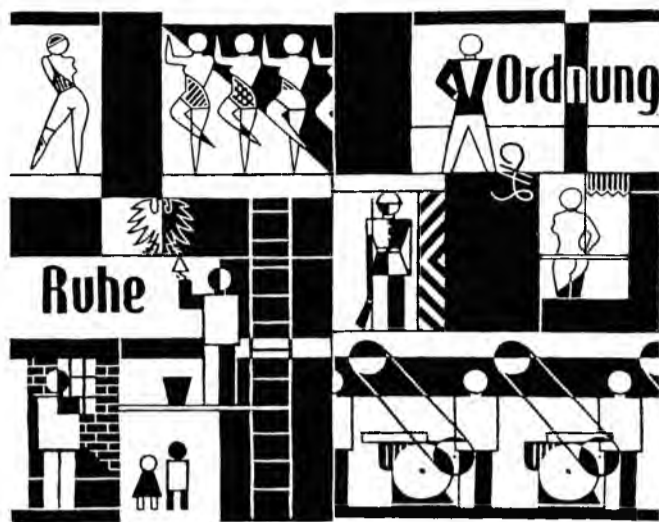
— Neben körperlichen Merkmalen dienen zunehmend auch Religion, Sitten und Gebräuche von Einwanderern und Flüchtlingen als Ablehnungsgründe.

— Auch gegenüber Bürgerinnen und Bürgern aus der ehemaligen DDR hegen viele Menschen aus der alten Bundesrepublik Vorur-

teile, die rassistischem Denken ähneln.

Ziel der Arbeit des Instituts ist nach eigener Darstellung, „fortschrittliche Bildungs- und Forschungsarbeit zu gesellschaftlich wichtigen Problemen durchzuführen, die in der offiziellen und institutionalisierten Forschungs- und Bildungslandschaft vernachlässigt werden oder gar nicht vorkommen“. Das Institut bemüht sich darum, sprachwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung im Verbund zu betreiben und legt Wert darauf, daß die Arbeitsergebnisse allen, die sie brauchen können, zugänglich gemacht werden.

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V., Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1 — (anl)



Gerd Arnzt: Ruhe und Ordnung (1926)

nicht zuletzt die Kritik an den Methoden faschistischer Publikationsmittel, die im Kapitel „Sprachliche Wirkungsmittel rechtsextremer Propaganda“ entwickelt wird.

S. und M. Jäger, „Die Demokratiemaschine ächzt und kracht — Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD“, Duisburg 1992, 7 DM — (wof)

Haider's Sprüche: Nähe zu Faschisten

Jörg Haider, deutschnationaler FPÖ-Parteiboss, führt seine Partei seit geraumer Zeit von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Dabei gibt es im deutschsprachigen Raum kaum einen „etablierten“ Politiker, der bei seinen Auftritten — offen oder versteckt — so häufig auf den Nationalsozialismus Bezug nimmt wie Haider. Eine recht eindrucksvolle Untersuchung, welcher sprachlichen Mittel sich der FPÖ-Vorsitzende dabei bedient, legt der Sprachwissenschaftler Franz Januschek vor. Seine Veröffentlichung, 1992 in der zweiten Auflage im Rahmen der DISS-Texte erschienen, liefert eine Fülle von Belegen für die Nähe vieler Äußerungen Haider zu denen der Nazis. Januscheks Text, ohne linguistische Vorkenntnisse allerdings nur schwer zugänglich, geht in seiner Analyse davon aus, daß sich die Bedeutung des „politischen Diskurses“ auf der Ebene von Anspielungen erschließt. Untersuchte die Sprachwissenschaft „brisanter Äußerungen“ nämlich nur mit Wörterbuch und Grammatik, entpuppten sie sich meist als „unspektakulär“. Umgekehrt, so Januschek, wenn jede Kritik solcher Äußerungen hilflos, wenn lediglich die Anspielung als solche kritisiert werde, „deren konstitutive Funktion für das Verstehen der Äußerung aber nicht nachgewiesen werden kann“. Mit anderen Worten: eine typische Haider-Anspielung wie der Satz „Am Kärtner Wesen könnte auch diese Republik genesen“ ist nicht nur Ausdruck verbaler Kraftmeierei; sie stellt ein „Identifikationsangebot an ein vorhandenes, von rechtsextremem und nationalsozialistischem Gedankengut geprägtes Wählerpotential“ dar. Januschek bringt darüberhinaus Beispiele für Ausdrucksformen Haider, die den „NS-Diskurs nicht explizit wiederaufnehmen und deshalb auch nicht ohne weiteres als solche erkennbar sind, die aber dennoch an ihn erinnern“, so zum Beispiel die Charakterisierung der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP als „Altparteien“ und die häufige Verwendung von schmähenden Nominalverbindungen (Beispiel: „Funktionärsdschungel“). mit denen Haider die Sprache Hitlers wiederaufnehme.

Franz Januschek, *Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider*, DISS-Texte Nr. 15, 7,00 DM — (jüg)

Warum dieser Haß in Hoyerswerda?

Unter diesem Titel dokumentieren und kommentieren Andreas Quinkert und Siegfried Jäger Titeletseiten, Artikel und Artikelseiten der Zeitung *Bild*, die die Zeit zwischen Anfang September und Anfang Oktober 1991 zur Asylpolitik veröffentlichte. In der Analyse der Artikel versuchen die Autoren zu belegen, daß „Bild ... für die Brandanschläge, für schwere Verletzungen und für den Tod von Asylbewerbern verantwortlich“ gewesen ist, in dem die Zeitung über einen geraumen Zeitraum systematisch Halbwahres und/oder Unwahres über Flüchtlinge in der BRD, über die Gründe ihrer Flucht, über ihre Lebensverhältnisse in der BRD etc. berichtet hat. Eindringlich belegt die Dokumentation, mit welcher Regelmäßigkeit und Vehemenz *Bild* die Behauptung vertritt, die Kosten eines angeblich bestehenden Mißbrauchs des Asylrechts seien untragbar für alle, und mit diesem Kostenargument die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes unterstützt. Einen traurigen Dienst hat die Redaktion von *Bild* Regierung und rechten Strömungen geleistet: Systematisch hat sie die Sozialdemokratie nach solchen Politikern abgesucht, die sich in der Asylpolitik mit der Regierung verbünden wollten. Die Dokumentation weist anhand der Wahlergebnisse in Bremen daraufhin, daß solches Sozialdemokratenum nicht zu Wählerstimmen verhilft, sondern Faschisten stärkt. Gegen die Behauptung von *Bild*, Flüchtlinge seien vor allem kriminelle „Schein“asylsuchende, die viel Geld kosten, setzen die Autoren die Behauptung, daß *Bild* anknüpfen konnte an eine allgemeine in Deutschland vorhandene Unlust zum Teilen. Die Tatsache, daß die reichen Industrienationen den armen Ländern der Welt ungleiche Tauschbedingungen aufzwingen, wenden die

Autoren dahin, die wohlhabenden Länder seien also unwillig zu teilen. Von da aus schließen sie, die „Deutschen“ wollten nicht „wirklich teilen“. Daß „Reichtum“ und „Wohlstand“ auch in dieser Republik äußerst ungleichmäßig verteilt ist, berücksichtigen die Autoren nicht.

Andreas Quinkert, Siegfried Jäger, *Warum dieser Haß in Hoyerswerda*, DISS-Skripte Nr. 4, Oktober '91 — (uld)

Der völkische Nationalismus der REPs

H. Kellershohn beleuchtet im DISS-Text Nr. 8 die Grundstruktur des völkisch-nationalistischen Denkens der REP und dieses bedingenden sozioökonomischen Widersprüche. Quellen sind das REP-Programm von 1987, das Siegburger Manifest 1985 und die Dinkelsbühler Erklärung zur Europawahl von 1988 — also alles Texte aus der Zeit vor dem DDR-Anschluß.

Der Autor begreift das Weltbild der REP als Ergebnis „spezifischer Transformation neokonservativer Ideologie“. Anhand der berühmten Rede v. Weizsäckers von 1989 analysiert er die „Essentials des Neokonservatismus“, die von den REP zugespielt werden. Das Verhältnis von Staat und Bürger soll auf eine neue ideelle Grundlage gestellt werden. Basis sind dann statt materieller Interessen das Bewußtsein, dem deutschen Volk anzugehören. Dazu wird das Grundgesetz völkisch umgewertet und „gemeinsame Wertvorstellungen deutscher und europäischer Kultur“ als über der Verfassung stehendes Prinzip eingeführt. Menschenrechte sind nicht mehr natürliche Rechte des Individuums, sondern Rechte der Deutschen. Der autoritäre umgeformte Staat legitimiert sich per se als das Volksganze, der das Gemeinwohl definiert. Der „loyale Bürger“ verzichtet auf seine egoistischen Bedürfnisse und hat dafür materiell oder ideell Teil am Erfolg der Nation.

Die Besonderheit der REP-

Ideologie liege in ihrer mittelständischen Interessenborniertheit, was aber gleichzeitig dazu führe, daß bis jetzt noch kein offener demagogischer Antikapitalismus gepflegt wird. Das durch die Entfremdung in der bürgerlichen Gesellschaft geschaffene Bedürfnis nach einem nicht-entfremdeten Zusammenleben greifen die REP auf in der Vision einer völkischen, harmonischen Gemeinschaftlichkeit, konkret der „altromischen res publica“, ein Ideal, das zugleich die „moralische Quelle von Rebellion und Gewaltbereitschaft“ abgebe.

Mit einem „effektiv inszenierten völkischen Nationalismus“ könnten die REPs eine klassenübergreifende Volkspartei neuen Stils abgeben. Sozialpsychologisch repräsentierten sie eine „Kombination von idealisierter Auflehnung und gehorsamer Unterwerfung“. Dieser Habitus entspringe u.a. „Status-ängsten und Sicherheitsstreben im Mittelstand“, „Identifikation mit der Staatsmacht bei professionellen „Hütern“ des Gemeinwohls, Existenzsorgen bei den Bauern, weltanschauliche Orientierungssuche bei halbgebildeten Intellektuellen usw.“ „Rebellenisches Anrufen des Deutschland“ ziehe aufgrund u.a. des sozialen Identitätsverlusts besonders bei männlichen, arbeitslosen Jugendlichen. Die Kritik der einzelnen Programmpunkte zur Neuordnung Europas, Ausländer/Asyl, Frauen etc. mag manchem bekannt sein aus den Volksfrontveröffentlichungen.

Helmut Kellershohn, *Der völkische Nationalismus der Republikaner*, DISS-Texte Nr. 8, 5,50 DM — (frt)

Rechtentwicklung und soziale Basis

In dem DISS-Heft Nr. 18 „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ...“ befassen sich die Autoren mit der Rechtentwicklung unter Jugendlichen. Grundlage ihres Beitrages ist die Auswertung einer Befragung von 314 Jugendlichen. Dabei

wurden zwei „Stichproben“ von Jugendlichen zwischen 18 und 22 Jahren gebildet. Eine Gruppe, die in der Studie als „benachteiligte Gruppe“ bezeichnet wird, und eine zweite „nichtbenachteiligte Gruppe“. Beide Gruppen sind jugendliche Lohnabhängige. Die Jugendlichen der „benachteiligten Gruppe“ leben unter beengten Wohnverhältnissen, hatten einen niedrigeren Schulabschluß und versuchten „trotz erschwelter Bedingungen eine Ausbildung anzustreben (vor allem beim internationalen Bund für Sozialarbeit)“. 58 % von ihnen hatten bereits eine Ausbildung abgebrochen. Von den nicht benachteiligten Jugendlichen hatten 40 % Abitur oder Fachhochschulreife. Sie hatten eine relativ gesicherte Arbeit in „prosperierenden Betrieben“, lebten zum Großteil zu Hause und waren mit ihrer Wohnsituation zufrieden.

Es „... schien alles für die Hypothese zu sprechen, daß die ‚benachteiligten‘ mehr zu politisch rechten Orientierungen neigen müßten als die ‚nichtbenachteiligten‘ Jugendlichen.“ Die Autoren zeigen dagegen, daß gerade unter den „Gewinnern des Modernisierungsprozesses“ die Neigung zu rechte Positionen stärker ist und sich in diesen individuellen Standpunkten eine „Überidentifikation mit ‚deutschen‘ Wirtschaftsinteressen ausdrückt. In der Diskussion der Ergebnisse widersprechen sie u.a. der These der „sozialen Individualisierung“ und halten die „soziale Segmentierung“ für eine wesentliche Grundlage der Entstehung rechter Orientierungsmuster. Leider kommt die Darstellung der Einzelergebnisse der Befragung etwas zu kurz. Hier müßte eine weitere Diskussion sicherlich auf die Originalstudie zurückgreifen. („Bericht aus dem Arbeitsbereich Pädagogische Psychologie Tübingen 1990“).

J. Held, H. Horn, R. Leiprecht, A. Marvakis, *Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ...*, 4,00 DM — (chc)

Ursachen rechtsradikaler Sammlung

1990 erschien die Broschüre „Die Demokratiemaschine ächzt und kracht — Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD“. Sie liegt jetzt in einer überarbeiteten 3. Auflage vor, die die schlimmen Landtagswahlresultate dieses Jahres allerdings noch nicht berücksichtigt. Siegfried und Margret Jäger haben sie gegen Tendenzen zur Verharmlosung des Rechtsradikalismus geschrieben.

Einen Ausgangspunkt für die Erklärung der Ursachen des Faschismus sehen sie in dem Ansatz von Theodor W. Adorno: Die kapitalistische Ökonomie verlangt und erzeugt eine tendenziell autoritär strukturierte Organisation der Gesellschaft; Faschismus kann daran ansetzen, daß der „Majorität“ nichts anderes übrig bleibt, als sich „dem Gegebenen“ anzupassen, wenn sie leben will.

Grundlage der Stärkung faschistischer Kräfte ist nach Ansicht der Autoren eine „strukturelle Verwertungskrise“ des Kapitals, die mit dem Schlagwort „Ende des Fordismus“ umschrieben werden kann. Diese Krise führt zu sozialen Umbrüchen. Worin sie bestehen, wird nicht näher untersucht — ebenso wenig, welche treibende Rolle die Interessen der Konzerne spielen. Die Autoren leiten daraus jedoch die Möglichkeit einer dauerhaften Stabilisierung des Rechtsradikalismus ab.

Die Förderung dieser Entwicklung durch die Regierungspolitik entwickeln Siegfried und Margret Jäger ausschließlich an dem durch die Ausländergesetze geschürten Rassismus. Sie heben darauf ab, daß Ungleichheit zur gesellschaftlichen Norm wird. Faschistische Ideologen treiben dies durch moderne Formen des Rassismus, vor allem den Ethnopluralismus, voran.

Die Broschüre ist ein nützlicher Beitrag zu einer notwendigen Diskussion. Interessant ist

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank)

Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelldressen

15/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120 722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierzehntäglich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelldressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rg.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz